

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Daniel Frei  
Friedenssicherung  
durch Gewaltverzicht?

Heinz Magenheimer  
Regionalisierung eines  
Nuklearkrieges in Europa?

René Herrmann  
ABM in den achtziger Jahren  
Technische Möglichkeiten  
und strategische Zwänge

ISSN 0479-611 X

B 15-16/83  
16. April 1983

Daniel Frei, Dr. phil., geb. 1940; Professor für Politische Wissenschaft/Internationale Beziehungen an der Universität Zürich. Verfasser verschiedener Bücher in deutscher und englischer Sprache zu Fragen der Kriegsverhütung, Sicherheit, Nuklearstrategie, Neutralität, Krisenmanagement, Ost-West-Beziehungen, außenpolitischen Einstellungen.

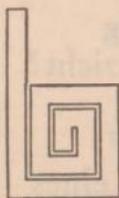
Veröffentlichungen u. a.: Der ungewollte Atomkrieg, München 1983; Internationale Zusammenarbeit, Königstein/Taunus 1982.

Heinz Magenheimer, Dr. phil., geb. 1943 in Wien; Studium der Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Wien; seit 1972 Referent am Institut für Strategische Grundlagenforschung der Landesverteidigungsakademie; seit 1977 Redaktionsmitglied der Österreichischen Militärischen Zeitschrift, Lehrbeauftragter an der Universität Salzburg.

Veröffentlichungen u. a. in Fachzeitschriften zum Thema Wehrwesen, Entwicklung der Streitkräfte, Sicherheitspolitik und Kriegsgeschichte; Abwehrschlacht an der Weichsel 1945, Freiburg i. Br. 1976.

René Herrmann, Dr. phil., geb. 1945; Studium in Mainz, Bonn und Harvard; 1973—1979 wiss. Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; 1980—1982 der Rand-Corporation, Santa Monica; seit Mai 1983 des Atlantic Institute, Paris; Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

Veröffentlichungen u. a. zu Themenstellungen aus dem Bereich der Konfliktforschung, zu Fragen der westlichen Verteidigungspolitik, modernen strategischen Denkens und der strategischen Politik der USA.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?

## Einleitung

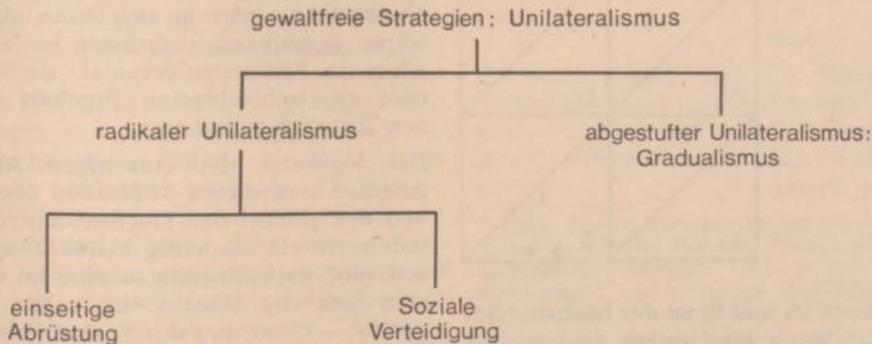
„Frieden schaffen ohne Waffen“ — die im Zeichen dieses Schlagworts geführte Diskussion um gewaltfreie Alternativen zur militärischen Sicherheitspolitik hat sich leider irgendwie in eine Lage zwischen zwei Stühlen hineinmanövriert: Auf der einen Seite sitzen jene, die aus verständlichem Unbehagen über die nicht bestreitbare Unstabilität des Abschreckungssystems und die jederzeit drohende Möglichkeit eines nuklearen Holocaust die herkömmlichen, in der Tat unbefriedigenden Ansätze der Sicherheitspolitik grundsätzlich in Frage stellen und, von dieser wohlbegründeten Kritik ausgehend, vorschnell und unkritisch oder auf jeden Fall wenig kritisch, d. h. ohne weitere Prüfung, sich vorbehaltlos hinter gewaltfreie Alternativen stellen. Auf dem andern Stuhl sitzen jene, die sich die Sache allzu leicht machen, indem sie aus einer Haltung des „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ solche gewaltfreien Alternativen ohne weitere Bemühungen um Begründungen und mit pauschaler Gebärde zurückweisen. Beide Seiten besitzen etwas gemein-

chen Mitteln. Ein solcher Versuch soll im folgenden aus sozialwissenschaftlicher Sicht unternommen werden. Hierfür sind drei Schritte erforderlich: 1. Herausarbeiten der logischen Struktur der verschiedenen Theorien der gewaltfreien Verteidigung, d. h. deren Umsetzung in ein Gefüge überprüfbarer Hypothesen, 2. deren „theorieimmanente“ Überprüfung auf Vollständigkeit und Widerspruchsfreiheit und 3. ein Vergleich dieser Hypothesen mit der verfügbaren empirischen Evidenz. Es geht folglich nicht darum, einfach „Argumente zu sammeln“, sondern in wissenschaftstheoretisch und methodologisch reflektierter Weise Schlüsse zu ziehen, soweit solche Schlüsse möglich und zulässig sind.

Der Bereich der Strategien, die auf Gewaltverzicht beruhen, soll dabei, wie in Abbildung 1 dargestellt, abgegrenzt und gegliedert werden:

Auszugehen ist von der Definition von „Gewaltfreiheit“ als eines einseitigen Verzichts auf Gewaltanwendung gegenüber einem Geg-

Abb. 1: Gewaltverzichtsstrategien



sam: den Verzicht auf eine gründliche gedankliche Durchdringung der Problematik. Die Aufgabe lautet folglich, das Versäumte nachzuholen, und zwar mit wissenschaftli-

*Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrags ist unter dem gleichen Titel als selbständige Schrift erschienen in der Reihe „Tatsachen und Meinungen“ des Schweizerischen Ostinstituts (Verlag SOI), Bern 1983. Eine Kurzfassung erscheint im Loseblattwerk „Das christliche ABC“ des Verlags H. Schäfer, Bad Homburg.*

ner, der möglicherweise Gewalt anzuwenden bereit ist. Gemeinsames Hauptmerkmal aller gewaltfreien Strategien bildet der Gedanke der einseitigen Vorleistung oder der sog. Unilateralismus. Zu unterscheiden ist sodann zwischen radikalem Unilateralismus und Gradualismus. Der erste Ansatz beruht auf einer Politik des vollständigen einseitigen Entgegenkommens, d. h. auf einer Politik der größtmöglichen und in einem einzigen Zug erbrachten Vorleistung, der zweite auf einer

schrittweisen Durchführung dieser Politik, verknüpft mit der Erwartung auf Gegenseitigkeit (Reziprozität). Bei der Konkretisierung des radikal-unilateralistischen Ansatzes sind die einseitige Abrüstung und die Soziale Verteidigung auseinanderzuhalten. Denkbar wäre noch eine dritte Variante: das radikale politisch-diplomatische Entgegenkommen; da sich dessen Logik von derjenigen der einseitigen

gen Abrüstung kaum unterscheidet, soll auf dessen Erörterung hier verzichtet und es lediglich zum Zweck von Analogieschlüssen herangezogen werden. Nicht berücksichtigt, weil eine ganz andere Problematik darstellend, sind die Verfahren des vertraglichen Gewaltverzichts (z. B. Kellogg-Pakt), der bilateralen Nichtangriffspakte und der multilateralen Gewaltverbote (z. B. UNO-Charta).

## I. Die Theorien

### 1. Die Theorie der einseitigen Abrüstung

Die Idee einer einseitigen Abrüstung ist nicht neu und wurde schon in der Zwischenkriegszeit durch zahlreiche Befürworter artikuliert, die ihre Leser oder Zuhörer beschworen, doch endlich aus dem „Zirkel des Fluches“<sup>1)</sup> auszubrechen. Heute sprechen manche von der Notwendigkeit, „aus der geschichtlichen Zwangslogik auszusteigen“<sup>2)</sup>. Das Problem läßt sich — weniger bildlich, aber um so präziser — in spieltheoretischer Notation fassen als sog. Gefangenendilemma<sup>3)</sup>.

Abb. 2: Gefangenendilemma

		Land A	
		abrüsten	nicht abrüsten
Land B	abrüsten	3 / 3	4 / 1
	nicht abrüsten	1 / 4	2 / 2

Für jedes Land (A und B) ist der höchste Nutzen 4; denn wenn man selber weiterrüstet,

während das andere Land abrüstet, hätte man auf jeden Fall die Oberhand. Die zweitbeste Lösung mit dem Nutzen 3 ist die beidseitige Abrüstung; die drittbeste mit dem Nutzen 2 ist das beidseitige Nichtabrüsten oder Weiterrüsten, und das schlimmste, was einer Partei passieren könnte, wäre eine Situation, in der sie selber abrüstet, die Gegenseite aber weiterrüstet (= Nutzen 1). Die Regeln der Rationalität gebieten es jedem Partner, sich für den schlimmsten Fall vorzusehen, also jene Handlungsalternative zu wählen, die auch dann noch ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis verspricht, wenn der Partner eine ungünstige Handlungsalternative wählen sollte. Folglich wird er, um das Ergebnis 1 (einseitige Abrüstung und Überrumpelung durch den Gegner) zu verhüten, „für alle Fälle“ und „zur Sicherheit“ nicht abrüsten — und genau so denkt auch der andere. Folglich rüstet keiner ab, obwohl sie beide an sich daran interessiert wären, gemeinsam abzurüsten (je Nutzen 3); allein das Mißtrauen veranlaßt sie beide, mit dem zweitschlechtesten Ergebnis (je Nutzen 2) vorlieb zu nehmen.

Die Vertreter der einseitigen Abrüstung möchten nun dieses Mißtrauen überwinden und den „Zirkel des Fluches“ durchbrechen, indem sie ein eindeutig klares Zeichen setzen, eine entwaffnende — eine im wörtlichsten Sinn des Wortes sich selbst entwaffnende — Geste tun durch eine dramatische Abrüstungsvorleistung. Diese soll dem Gegner zeigen, daß sein Mißtrauen sich erübrigt und er folglich risikolos ebenfalls den Pfad der Abrüstung beschreiten kann. Mit anderen Worten: Als Hauptursache der bisher tragisch vorherrschenden Situation der Nichtabrüstung gelten in dieser Sicht das Mißtrauen und das daraus folgende Mißverständnis über die Absichten des anderen.

Die — meist nicht ausgesprochene — Annahme der Abrüstungs-Unilateralisten lautet

<sup>1)</sup> Leonhard Ragaz, Die Abrüstung der Schweiz, Zürich 1929.

<sup>2)</sup> Frieden mit anderen Waffen, Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, Reinbek 1981.

<sup>3)</sup> Anatol Rapoport und Albert Chammah, Prisoner's Dilemma. A Study in Conflict and Cooperation, Ann Arbor 1965. Weitere Literatur ist erfaßt bei: Daniel Frei, Internationale Zusammenarbeit. Theoretische Ansätze und empirische Beiträge, Königstein 1982.

folglich, daß Mißtrauen und Mißverständnis sich durch Verhandeln, überhaupt durch verbale Kommunikation nicht überwinden lassen, sondern nur durch nichtverbale Kommunikation. Bekanntlich stagnieren die meisten Abrüstungsverhandlungen über kurz oder lang zum „dialogue des sourds“, wo die Parteien am grünen Tisch sitzen und, wie es jeweils in den Presse-Verlautbarungen beschönigend heißt, „ihre Standpunkte offen austauschen“. Wo verbale Verständigung in solcher Weise hohl wird, nützt es, gewisse Dinge einfach zu tun, statt zu sagen. Statt beispielsweise zu sagen: „Wenn du abrüstest, rüsten auch wir ab, und wir erwarten umgekehrt, daß ihr jeden Abrüstungsschritt, den wir tun, durch entsprechende Schritte beantwortet“ — statt in solcherlei Verhandlungen überhaupt einzutreten, die über kurz oder lang scheitern müssen, lohnt es sich gemäß der Theorie des radikalen Unilateralismus, einen Schritt einfach einmal zu tun und vertrauensvoll abzuwarten, was dann weiter geschieht. Radikaler Unilateralismus heißt also „Verständigung durch Taten“.

Verständigung durch Taten, oder genauer: durch Taten allein, hat im übrigen auch den Vorteil, daß bestimmte delikate Bereiche des gegenseitigen Spannungsverhältnisses dadurch nicht berührt werden. Taten sind Taten und weiter nichts als Taten — man braucht, im Gegensatz zu verbalen Verhandlungen und Abmachungen, dabei nicht einzugestehen, man anerkenne die Gegenseite oder gar die Richtigkeit des Standpunktes der Gegenseite. Man tut etwas, weil man es tut; falls der Versuch fehlschlägt und die Gegenseite nicht gleichzieht, kann man sich immer noch dadurch rechtfertigen, daß man die Tat eben als „autonome Maßnahme“ verstehe, als Ausfluß freien Willens und keineswegs als Verpflichtung aufgrund einer Abmachung. Man braucht sich dann auch nicht vorwerfen zu lassen, man habe sich täuschen lassen und sei leichtgläubig oder naiv gewesen. Nichtverbale Verständigung, Verständigung durch Taten allein, ist somit prestigeneutral, und das fällt in einem so prestigegeladenen Bereich wie dem Spannungsfeld der Sicherheitspolitik erheblich ins Gewicht.

Eine weitere der Theorie der einseitigen Abrüstung zugrunde liegende Annahme lautet, daß Mißtrauen eine Folge der Rüstung ist und nicht umgekehrt. Die Tatsache, daß zwei Gegner bis an die Zähne bewaffnet sich einander gegenüberstehen, schafft eine Situation der

sich laufend fortpflanzenden Gegnerschaft und Furcht voreinander. So meint beispielsweise Erich Fromm: „Das Schlimmste, was die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten voreinander zu fürchten haben, ist die Furcht selbst.“<sup>4)</sup> Wie „Skorpion und Tarantel in einem Glas“<sup>5)</sup> sind sie gezwungen, einander bis zum Tode zu bekämpfen — einfach weil sie beide wissen, daß der andere einen Stachel hat. Der Schritt der einseitigen Abrüstung hat, so nimmt die Theorie an, eine entspannende Wirkung; mit einemmal verschwindet dann die Situation der Gegnerschaft, und das Gefangenendilemma hört auf, ein Dilemma zu sein.

Zudem hat gemäß dieser Theorie ein solcher Schritt noch weitere heilsame Folgewirkungen: Einmal löst er eine Art „Hemmungs-Mechanismus“ aus — Wehrlose werden nicht angegriffen. Lorenz<sup>6)</sup> hat bei der Untersuchung des Verhaltens von Wölfen festgestellt, daß Wölfe bei der Bereinigung von Konfliktsituationen um Rang und Führung zum Zeichen der Unterwerfung als „Demutsgebärde“ dem Gegner den Hals zum Biß hinhalten; diese Geste löst beim Gegner einen „Hemmungs-Mechanismus“ aus, der den Kampf anhält und beendet<sup>7)</sup>. Schließlich veranlaßt die unilaterale Geste beim Gegner eine entsprechende Antwort, und er zieht reziprok nach. „Einer muß anfangen“ — das hat eine Demonstrationswirkung, und der andere folgt nach, d. h. die Geste des Entgegenkommens wird imitiert.

Zusammengefaßt und als Pfeildiagramm<sup>8)</sup> dargestellt bietet die Theorie des Unilateralismus folgendes Bild von den Zusammenhängen zwischen Ursache und Wirkungen vor

<sup>4)</sup> Erich Fromm, Argumente zur einseitigen Abrüstung, in: Donald Brennan (Hrsg.), Strategien der Abrüstung, Gütersloh 1962, S. 213; vgl. Hanne Birckenbach und Christian Wellmann, Einseitige Abrüstung und/oder Defensive Verteidigung?, in: Dieter Lutz und Dorothee Gremliza (Hrsg.), Rüstung zum Tode?, Hamburg 1981, S. 60 f.

<sup>5)</sup> Louis Halle, Der Kalte Krieg, Hamburg 1967, S. 15.

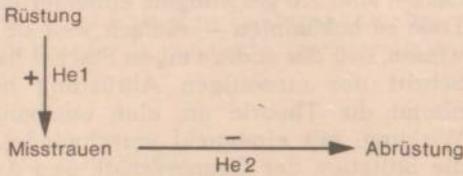
<sup>6)</sup> Konrad Lorenz, Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression, Wien 1963, Kap. VII.

<sup>7)</sup> Jerome Frank, Muß Krieg sein?, Darmstadt 1974, S. 59—62; Adam Roberts, Gewaltloser Widerstand bei der Bemühung um Frieden, in: Anwar Barkat (Hrsg.), Alternativen zum Konflikt, Genf 1970, S. 105.

<sup>8)</sup> Das Zeichen + bedeutet, daß die Beziehung positiv ist („je mehr ... desto mehr ...“; „führt zu ...“). Das Zeichen — steht für eine negative Beziehung („je mehr ... desto weniger ...“; „verhindert ...“).

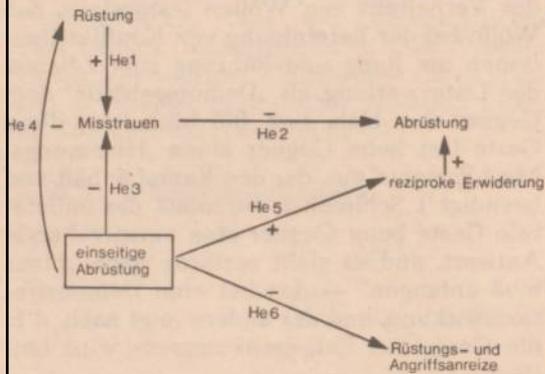
und nach Vornahme eines einseitigen Abrüstungsschrittes:

**Abb. 3: Ausgangslage (Annahmen gemäß Theorie):**



He1: Hypothese der Konfliktverursachung durch Rüstung  
He2: Hypothese des Gefangenendilemmas

**Abb. 4: Wirkungen der einseitigen Abrüstung:**



He3: Hypothese der Kommunikation durch Taten  
He4: Hypothese der Beseitigung der Konfliktursachen  
He5: Hypothese des Demonstrations-/Imitationseffekts  
He6: Hypothese des Hemmungs-Mechanismus

Auf diese Weise „auseinandergenommen“ und ausformuliert, läßt sich die Theorie der einseitigen Abrüstung wesentlich besser diskutieren als in der schummrigen Form, in der sie leider ihre Vertreter häufig vortragen. Die Theorie bezieht sich im übrigen gleichermaßen auf einseitige Abrüstung schlechthin wie auf einseitige Abrüstung in einem bestimmten Bereich, wie z. B. dem Bereich der Nuklearwaffen, den die britische „Campaign for Nuclear Disarmament“ mit ihrer „ban the bomb“-Devise ins Auge faßt<sup>9)</sup>.

<sup>9)</sup> Theodor Ebert, Verteidigung ohne Drohung, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 1, Düsseldorf 1971, S. 215 f.; Philip Towle, Unilateralism or Disarmament by Example, in: Arms Control, 1981, Heft 1, S. 107—118.

## 2. Die Theorie der Sozialen Verteidigung (SV)

Ausgangspunkt der Theorie der Sozialen Verteidigung (englisch: „Civilian Defence“) bildet die Überlegung, nicht Territorien, nicht „sozusagen Quadratmeter“<sup>10)</sup>, sondern Werte oder eine Lebensweise zu verteidigen<sup>11)</sup>.

Man verwehrt dem Angreifer den Zugang zum Territorium nicht, um so mehr aber den Zugang zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen des besetzten Landes. Damit gleicht die SV der Strategie des Guerillakriegs, der von den Guerillas ebenfalls ohne Kontrolle des umstrittenen Territoriums geführt wird — und oft mit Erfolg<sup>12)</sup>. Ebenfalls naheliegend ist der Vergleich mit dem System der Territorialverteidigung (nicht zu verwechseln mit dem vorher gebrauchten Begriff der „territorialen Verteidigung“<sup>13)</sup>.

Im Gegensatz zum Guerillakrieg und zur Territorialverteidigung jedoch möchte die SV den Gegner und Besetzer mit friedlichen Mitteln vertreiben, d. h. mit der Taktik des gewaltlosen Widerstandes oder Aufstandes. Diese Taktik umfaßt ihrerseits zwei Komponenten: Verweigerung („denial“) und Unterlaufen („undermining“). Die Taktik der Verweigerung frustriert den Besetzer mit allen Formen passiven Widerstands, d. h. mit Streiks, Langsamarbeit, Dienst nach Vorschrift, Protestdemonstrationen, Wallfahrten, Boykott, Sich-dumm-Stellen („Schwejk“), scherzhaften Übertreibungen<sup>14)</sup>, eventuell auch mit „Gewalt gegen Sachen“, d. h. Sabotage, Unbrauchbarmachung von Anlagen, Diebstahl wichti-

<sup>10)</sup> Maja Bisig und Rudolf Eppe, Soziale Verteidigung. Eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz, Zürich 1976, S. 15.

<sup>11)</sup> Johan Galtung, zit. in: Roland Vogt, Konzepte der sozialen Verteidigung, in: Demokratische Sicherheitspolitik, Hamburg 1974, S. 11.

<sup>12)</sup> Anders Boserup und Andrew Mack, War without Weapons, London 1974, S. 68—88.

<sup>13)</sup> Adam Roberts, Nations in Arms. The Theory and Practice of Territorial Defence, London 1976, S. 34.

<sup>14)</sup> Gene Sharp, Zur Technik der gewaltlosen Aktion, in: Adam Roberts, Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren, Göttingen 1971, S. 28 f.; ders., Das politische Äquivalent des Krieges — die gewaltlose Aktion, in: Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Friedensforschung, Köln 1968, S. 477—513.; Donald Keys, Disarmament: The Human Factors, in: Ervin Lazlo und Donald Keys (Hrsg.), Proceedings on a Colloquium on the Social Context for Disarmament, Oxford 1981.

ger Teile von Maschinen, Entfernung von Orientierungsschildern<sup>15)</sup>.

Das Unterlaufen des Gegners geht noch einen Schritt weiter: Es wird versucht, den Gegner selbst zu beeinflussen, beispielsweise durch Gewissensappelle, Verwicklung der Soldaten in Diskussionen, Mobilisierung der Weltöffentlichkeit usw.<sup>16)</sup>, ferner durch verschiedene Techniken des zivilen Ungehorsams von der Steuerverweigerung bis zur Meuterei, wobei insbesondere die Technik der „zivilen Usurpation“, d. h. Aufbau paralleler Institutionen (Arbeiterräte, Volksjustiz, Parallelregierung, Parallelverwaltung) eine besonders wichtige Rolle spielt<sup>17)</sup>. Über das richtige Maß solcher Aktionen, vor allem über die zulässigen Grenzen der „Gewalt gegen Sachen“, sind sich die Vertreter der Theorie der SV nicht einig. Dagegen besteht Konsens über die Technik der Verweigerung und des Kernstücks der Taktik der SV. Den der Verweigerung zugrundeliegenden Gedanken hat am treffendsten Schelling zum Ausdruck gebracht:

„Disziplinierte Gewaltlosigkeit — ein sich über alle Bedenken hinwegsetzender Widerwille gegen Gefügigkeit — hat diese einzigartige Abwehrqualität: gelingt es einem, andere dafür zu gewinnen, so macht er sie gegen Drohungen völlig immun. Hat sich gezeigt, daß jemand durch keinerlei Sanktionen, keinerlei Strafen, keinerlei Anreize zur Raison zu bringen ist, dann sind gezielte Drohungen fruchtlos. Er kann immer noch aus Bosheit oder Rachsucht bestraft werden, oder weil der Tyrann nicht zu glauben vermag, daß seine Unbotsmäßigkeit von Dauer sein kann. Aber wenn er zu der Überzeugung gelangt, daß alle Zwangsmaßnahmen zwecklos sind, daß er seine wehrlose Bevölkerung ebensowenig zu kommandieren vermag wie er Pflanzen Befehle erteilen kann, dann ist es mit seiner Autorität vorbei.“

Befragt man, von solchen Beschreibungen und Umschreibungen abgesehen, die Theorie der SV auf ihren theoretischen Gehalt, so erkennt man drei Hypothesen. Als erstes wird — im Gegensatz zur „Strategie des Eintrittspreises“ der herkömmlichen militärischen

Verteidigung — mit der Technik der SV gewissermaßen eine „Strategie des Aufenthaltspreises“ gewählt (Hs1): Das Eindringen in das Territorium ist leicht und wird dem Gegner nicht verwehrt; aber hat er sich erst festgesetzt, so wird ihm der Aufenthalt und die Nutzung des besetzten Territoriums mit allen Mitteln außer direkter Gewalt schwergemacht. Statt dem Gegner zu schaden oder ihn zu töten, minimiert man seine Gewinne<sup>18)</sup>; statt ihm Kosten zu erzeugen — beispielsweise durch Vergeltungsschläge —, verwehrt man ihm den Nutzen, so daß es sich für ihn nicht mehr lohnt oder der Aufwand der Besetzung ihn mehr kostet als der geringe politische und wirtschaftliche Ertrag, den er erlangt.

Die zweite Hypothese knüpft daran an: Wenn der potentielle Angreifer schon vor seinem Aggressionsentscheid weiß, was ihn erwartet, erzeugt die Technik der SV eine „Warnungswirkung“ (Hs2). Ganz ähnlich wie im Rahmen der militärischen Abschreckung wird der potentielle Angreifer in seinem Kosten-/Nutzen-Kalkül das, was die SV ihm an Ungemach bereiten kann, vorwegnehmen, und er wird dadurch von einem Angriff abgehalten<sup>20)</sup>, vorausgesetzt, es gelingt, ihm die Folgen eines allfälligen Einmarsches rechtzeitig und glaubwürdig klarzumachen, was am besten durch manöverähnliche Übungen in SV geschieht<sup>21)</sup>. Dann hat SV Vorwirkungen, die durchaus der Abschreckungswirkung militärischer Verteidigung und Vergeltung vergleichbar sind, und sie dient somit der „Dissuasion“ oder Abhaltung<sup>22)</sup>, d. h. der Gegner wird davon überzeugt, daß es sich nicht lohnt.

Nebst der gleichwertigen Dissuasionswirkung und im Gegensatz zur militärischen Landesverteidigung besitzt die SV, so meinen ihre Vertreter, noch einen weiteren Vorzug, und dieser gibt Anlaß zu einer dritten Hypothese (Hs3), der Bekehrungshypothese: Ihr zufolge wird durch das Handeln im Geiste des gewaltfreien Widerstandes „die militärisch-aggressive Moral in der Armee und in der

<sup>15)</sup> Anders Boserup und Andrew Mack (Anm. 11), S. 40—47.

<sup>16)</sup> Ebd., S. 47—54.

<sup>17)</sup> Theodor Ebert, *Gewaltfreier Aufstand*, Freiburg i. Br. 1968, S. 230—235.

<sup>18)</sup> Thomas Schelling, *Einige Fragen zur Sozialen Verteidigung*, in: Adam Roberts (Anm. 13), S. 282 f.

<sup>19)</sup> Trygve Hedtjörn, Bengt Höglund und Asne Lieden, *Verteidigung ohne Krieg. Die Skandinavische Alternative*, Wuppertal 1974, S. 89.

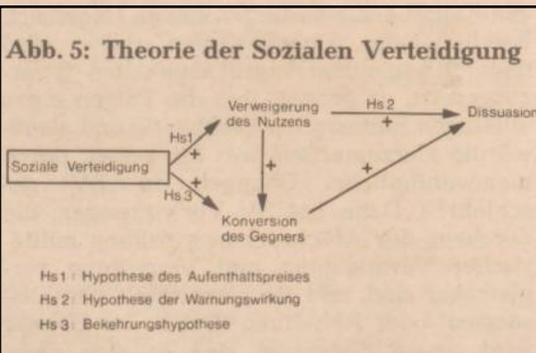
<sup>20)</sup> Roland Vogt (Anm. 10), S. 24.

<sup>21)</sup> Theodor Ebert, *Von aggressiver Drohung zu defensiver Warnung*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Friedensforschung und Gesellschaftskritik*, Frankfurt M. 1970, S. 583; ders. (Anm. 8), S. 233.

<sup>22)</sup> Anders Boserup und Andrew Mack (Anm. 11), S. 131—139.

Bevölkerung des Angreifers beeinflusst und verändert<sup>23)</sup>. Ziel ist in erster Linie die Motivation des Gegners und seiner Soldaten oder Beamten, und dieses Ziel wird anvisiert durch größtmöglichen und engen Kontakt mit diesem. Zunächst werden dadurch Meinungsgegensätze und Spannungen in den Reihen der Besetzer geweckt, und schließlich folgt „eine totale Bekehrung der Okkupanten“ durch das Bemühen, „durch effektive Fraternisierung und andere Beeinflussungsformen ihn dazu zu bringen, seine grundlegenden Loyalitäten aufzugeben“<sup>24)</sup>. Wenn der Besetzer dann gezwungen wird, seine „infiltrierten“ Truppen auszuwechseln und frische, „nichtverdorbene“ Besatzungstruppen zu schicken, so wird durch eine solche Rotation der Keim des Zweifels und der Opposition in das Heimatland des Besetzers getragen und erhält dort zusätzliche Wirkung.

Zusammenfassend, systematisch analysiert und als Pfeildiagramm dargestellt, gestaltet sich die Theorie der SV wie in Abbildung 5 dargestellt.



Aufgrund der beiden zentralen Hypothesen (Hs1 und Hs3) entsteht als Folgewirkung die Dissuasion (Hs2). Die Konversionswirkung wird gemäß dieser Theorie zusätzlich verstärkt durch die demonstrative Verweigerung.

### 3. Die Theorie des Gradualismus

Die Theorie des Gradualismus knüpft an die radikal-unilateralistischen Theorien an und verfeinert diese. Auch hier geht es darum, mit unilateralen Schritten einen friedenserzeugenden Prozeß auszulösen. Doch sind diese Schritte von vornherein so dimensioniert, daß mit ihnen nicht alles aufs Spiel gesetzt wird.

Der Spannungsabbau erfolgt nicht mit einem Schlag und einem Satz, sondern vorsichtig, schrittweise, eben graduert. „Gradualismus“ ist die Methode des kalkulierten und schrittweisen Entgegenkommens, von Osgood mit dem treffenden Begriff der „Graduated and Reciprocated Initiative in Tension-Reduction“ (abgekürzt GRIT) bezeichnet<sup>25)</sup>. Der bedeutendste Theoretiker in bezug auf diese gradualistische Strategie ist neben Osgood Etzioni, der in seinem Buch „Siegen ohne Krieg“ in prägnanten Formulierungen diese Strategie darstellt:

„Der befriedigendste Weg, um den Wandel zum friedlichen Wettbewerb zu vollenden, ist der, der als ‚graduelles Verfahren‘ bekannt wurde. Der Schlüssel des graduellen Verfahrens ist die Unterteilung des Wandlungsprozesses in zahlreiche begrenzte Schritte... Die Aufteilung des Wandlungsprozesses in viele Schritte läßt es zu, bei jedem Schritt nur minimal von jenem ‚sicheren‘ Zustand abzuweichen, an den man sich gewöhnt hat. Wenn man nur einen kleinen Schritt auf einmal unternimmt, läßt dies auch Experimente zu. Erfüllt die andere Seite auch ihre Verpflichtungen? Baut auch sie ihre Rüstung ab? Funktionieren die Überwachungsmethoden wie erwartet? Die kleinen Schritte geben ein Gefühl des Wiederumkehrkönnens. Das alles ergibt eine ‚Strategie der geringsten Verluste‘, bei der die sich addierenden Gewinne groß sein können, aber die tatsächlichen Risiken und die eingebildeten Befürchtungen auf ein Minimum beschränkt bleiben.“<sup>26)</sup>

Der zentrale Begriff lautet hier: „Strategie der geringsten Verluste“. Damit ist nichts anderes gemeint, als daß im einseitigen Entgegenkommen liegende Risiken minimalisiert und erträglich gemacht werden durch eine Art Unterteilung, Parzellierung der einzelnen Spannungsschritte in kleine Teilschritte. Etzioni spricht bezeichnend vom „Gefühl des Wieder-Umkehren-Könnens“, und er hat dabei natürlich nichts anderes als die bei einem solchen Abbau von Droh- und Druckmitteln stets gegenwärtige Möglichkeit im Auge, dieses Droh- und Druckmittel doch wieder zu gebrauchen. Czempiel umschreibt daher die-

<sup>25)</sup> Charles Osgood, Wechselseitige Initiative, in: Ekkehard Krippendorff (Anm. 13), S. 357—392; ders., Calculated De-escalation as a Strategy, in: Dean Pruitt und Richard Snyder (Hrsg.), Theory and Research on the Causes of War, Englewood Cliffs 1969, S. 213—216.

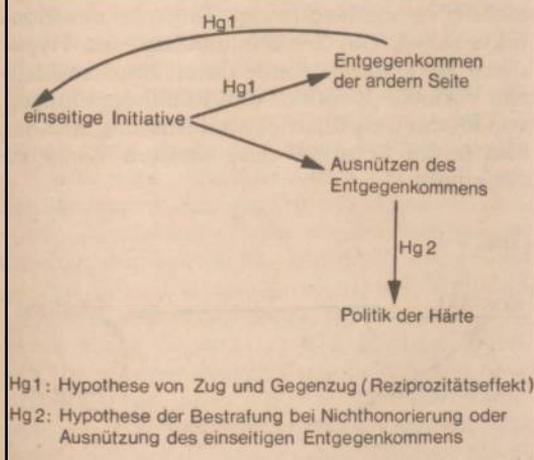
<sup>26)</sup> Amitai Etzioni, Siegen ohne Krieg, Düsseldorf 1965, S. 280 f.

<sup>23)</sup> Frieden mit anderen Waffen (Anm. 2), S. 186.

<sup>24)</sup> Trygve Hedtjörn u. a. (Anm. 18), S. 92.

ses Verfahren richtig als „Strategie der Risikofreien Induktion“<sup>27)</sup>. Man sucht gewissermaßen einen Mittelweg „zwischen Zynismus und Märtyrertum“<sup>28)</sup>. Die gradualistische Strategie vermischt also Nachgiebigkeits- und Härtesignale, Zuckerbrot und Peitsche. Man handelt im Prinzip in der Richtung auf ein Nachgeben hin, aber man handelt von einer Position der Stärke aus.

Abb. 6.: Theorie des Gradualismus



Das Modell macht deutlich, wie der hier angestrebte Prozeß zu verstehen ist: als Lernprozeß nämlich, in welchem eine Seite die andere „lehrt“, sich zu entspannen und ihre Feindseligkeit abzubauen, und zwar indem sie ihr „Lernhilfen“ oder positive und negative Anreize anbietet — je nach Verhalten Belohnung oder Bestrafung. Allerdings ist umstritten, ob „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ in ihrer Wirkung gleichwertig sind<sup>29)</sup>.

Dahinter steht letztlich die Vorstellung von der Umkehrbarkeit der Eskalation; es ist be-

zeichnend, daß die Idee des Gradualismus in unmittelbarem Anschluß an die ersten Schritte auf dem Gebiet der Eskalationsforschung entstand<sup>30)</sup>. Die Theorie des Gradualismus will zeigen, wie zwei Staaten, wenn sie sich erst einmal in die „Höhe“ intensiver Eskalation „verstiegen“ haben, wieder einen gesichtswahrenden Weg zurückfinden, ohne unzumutbare Risiken eingehen zu müssen. Anwendbar ist dieses Verfahren gemäß der Auffassung seiner Vertreter sowohl im diplomatischen wie auch im strategischen und rüstungskontrollpolitischen Bereich; je nachdem geht es um eine Politik der kleinen Schritte, um die Zähmung und schließlich um die Beendigung einer bewaffneten Auseinandersetzung oder um schrittweise Abrüstung oder wenigstens um „Initiativen zur gegenseitigen Zurückhaltung“<sup>31)</sup>. In allen Anwendungsbereichen besitzt die Strategie des Gradualismus wie die radikal-unilateralistische Strategie den Vorzug, daß man Schritte einfach tut, statt lange und mühselig über sie zu verhandeln; d. h., auch der Gradualismus macht sich die Vorzüge einer „Kommunikation durch Taten“ zunutze.

Aus spieltheoretischer Sicht bietet der Gradualismus tatsächlich einen Ausweg aus dem Gefangenendilemma, nämlich durch die Einführung eines offenen Zeithorizonts<sup>32)</sup>. Sobald die Entscheidung über Nachgeben oder Hartbleiben keine einmalige Entscheidung mehr darstellt, sondern in eine beliebig gestaffelte Sequenz von Teilentscheiden verwandelt werden kann, besteht ja die Möglichkeit, Risiken einzugehen und frühere Entscheide durch anderslautende spätere Entscheide wieder zu korrigieren. Die Peinlichkeit des Entscheids wird dadurch weitgehend verringert, ja, das Dilemma hört im Grunde auf, ein Dilemma zu sein.

<sup>27)</sup> Ernst-Otto Czempel, *Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung*, München 1972, S. 101.

<sup>28)</sup> Karl Deutsch, *The Analysis of International Relations*, Englewood Cliffs 1968, S. 151.

<sup>29)</sup> Herbert Simons, *The Carrot and the Stick as Handmaidens of Persuasion in Conflict Situations*, in: Gerald Miller (Hrsg.), *Perspectives on Communication in Social Conflict*, Englewood Cliffs 1974, S. 172—205.

<sup>30)</sup> Richard Smoke, *Theories on Escalation*, in: Paul Lauren (Hrsg.), *Diplomacy*, New York 1979, S. 162—182.

<sup>31)</sup> William Epstein, *Disarmament and International Security — Some New Approaches*, in: Erwin Lazlo und Donald Keys (Hrsg.), *Disarmament — The Human Factor*, New York 1981, S. 29.

<sup>32)</sup> Anatol Rapoport und Albert Chammah, *Prisoner's Dilemma. A Study in Conflict and Cooperation*, Ann Arbor 1965.

## II. Kritik der Theorien

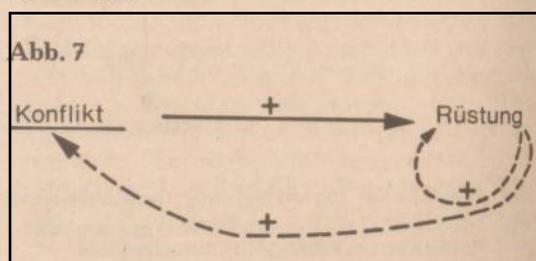
Im folgenden geht es darum, die drei Theorien kritisch zu überprüfen, und zwar zunächst noch ohne Rückgriff auf empirisches Material, d. h. rein „theorieimmanent“ in bezug auf ihre innere Widerspruchsfreiheit und Vollständigkeit. Die im Abschnitt I geleistete Aufschlüsselung der Theorien in ihre Einzelthesen erleichtert dieses Vorhaben wesentlich.

### 1. Lücken in der Theorie der einseitigen Abrüstung

Der Theorie der einseitigen Abrüstung kann man die Eigenschaft der inneren Folgerichtigkeit nicht abstreiten; jede Folgerung ergibt sich logisch aus den Prämissen, und das Hypothesengefüge ist offensichtlich widerspruchsfrei. Hingegen kann man nicht umhin, bereits auf theoretischer Ebene kritische Fragen aufzuwerfen und auf mögliche Vereinfachungen und Auslassungen hinzuweisen. Diese Kritik betrifft im besonderen die Hypothese He 1 (Konfliktverursachung durch Rüstung), die Hypothese des Demonstrations-/Imitationseffekts (He 5) und die Hypothese des Hemmungs-Mechanismus (He 6). Alle drei Hypothesen scheinen daran zu krankeln, daß bestimmte zusätzliche Variablen, die hier zweifellos mit im Spiel sind, von den Theoretikern der einseitigen Abrüstung bewußt oder unbewußt vernachlässigt werden. Dies gilt für mindestens drei Aspekte.

An erster und entscheidendster Stelle ist die Annahme zu überprüfen, wonach Rüstung Mißtrauen erzeugt, das seinerseits Abrüstung verhindert — es sei denn, man unterbreche den „Zirkel des Fluches“ durch einseitige Abrüstung. Diese Annahme erweckt den Anschein, daß Rüstung das erste Glied in einer fatalen Kette von Ursache-Wirkungsbeziehungen bilde, die Wurzel aller Probleme darstelle. Allein, niemand wird im Ernst behaupten wollen, daß Waffen von selbst entstehen und gewissermaßen naturwüchsig wuchern, sondern Waffen sind Mittel zum Zweck — zum Zweck der „Sicherheit“, der „Verteidigung“, der „nationalen Ehre“, der „Förderung des gerechten Kampfs gegen Unterdrückung“ oder was immer an politischen Zielsetzungen den Rüstungsanstrengungen zugrunde liegen mag. Es ist zunächst die Spannung, die Rüstung hervorruft, und nicht umgekehrt — ebenso wie erst Entspannung Abrüstungsmaßnahmen möglich macht. Hinter der Span-

nung stehen Konflikte, und zwar nicht einfach Mißverständnisse, sondern meist sehr handfeste Interessenkonflikte und tiefwurzeln Wertkonflikte. Natürlich ist die Annahme sinnvoll, daß die Rüstung ihrerseits auf den Konflikt zurückwirkt und dessen Lösung nicht erleichtert, sondern ihn anheizt und dann zu weiteren Rüstungsanstrengungen führt und auch eine Eigendynamik aufweist — aber die eigentliche Ursache liegt nicht hier, sondern in der Tatsache des Konflikts selbst. Die Zusammenhänge um Hypothese He 2 wären somit durch eine zusätzliche Variable „Konflikt“ und Rückkoppelungen von Rüstung zu Rüstung und Rüstung zu Konflikt in der in Abb. 7 dargestellten Weise zu verfeinern.



Falls diese Überlegungen zutreffen, ist es natürlich müßig, sich um die Abschaffung der Rüstung allein zu bemühen, ohne den hinter ihr stehenden Konflikt zu lösen oder wenigstens über ein allgemein anerkanntes Verfahren zur friedlichen Lösung dieses Konflikts zu verfügen. Diese Erkenntnis wird unabhängig von ideologischen Bekenntnissen und politischen Interessen von allen Abrüstungsunterhändlern immer wieder bestätigt. Nur ein wirklich funktionierendes internationales Sicherheitssystem, beispielsweise ein System kollektiver Sicherheit, kann einen Ausweg aus dem Rüstungsdilemma weisen. Über diesen Zusammenhang besteht unbestrittener Konsens; dies zeigt z. B. die von der UNO-Generalversammlung einstimmig angenommene Studie „The Relationship between Disarmament and International Security“<sup>33)</sup>.

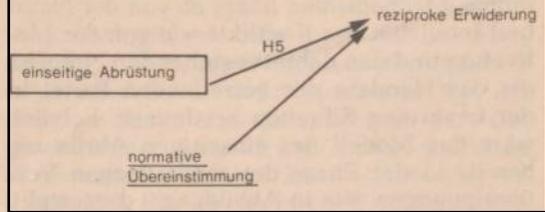
Ein zweiter Einwand muß bei Hypothese He 5 ansetzen: Besitzt eine unilaterale Abrüstungsgeste wirklich die demonstrative Kraft, die die andere Seite zum sofortigen Gleichziehen veranlaßt? Die Annahme eines automatisch und in jedem Fall wirksam werdenden De-

<sup>33)</sup> A/36/597 vom 9. 12. 1981.

monstrations-/Imitationseffekts scheint reichlich kühn. Insbesondere gilt es zu fragen, ob eine solche Wirkung tatsächlich in jedem Fall erwartet werden darf und nicht vielmehr von bestimmten Randbedingungen abhängt. Um welche Randbedingungen könnte es sich dabei handeln? Offenbar beruht die Hypothese betreffend den Demonstrations-/Imitationseffekt auf der weiter nicht geprüften und als selbstverständlich hingenommenen Annahme, hüben wie drüben verhalte man sich gemäß dem „Gesetz der Fairness“: Wenn man nachgibt, so hat der andere doch fairerweise auch nachzugeben. Diese Annahme ist nun allerdings alles andere als selbstverständlich. Wer vom Guten seiner Sache und von der Schlechtheit des Gegners überzeugt ist, an seinen Sieg glaubt und nicht einen Kompromiß will, wird vermutlich im einseitigen Entgegenkommen des andern entweder eine besonders raffinierte Falle wittern oder es als Zeichen der Schwäche deuten. In der polarisierten Situation eines intensiven Konflikts kann eine Partei bei einem plötzlichen Nachgeben ihres Gegners zum Schluß gelangen, daß ihr eigener Konfrontationskurs offenbar Früchte trage; dann wird sie aber, statt ebenfalls nachzugeben, ihren Druck vielmehr erst recht noch verstärken. Wahrscheinlich hängt die Neigung, ein Nachgeben der Gegenseite nicht als Entgegenkommen, sondern als Zeichen der Schwäche zu beurteilen, vom jeweiligen kulturellen Kontext ab: Ein in einer hochindustrialisiert-arbeitsteiligen westlichen Kultur lebender und an das Prinzip des „fair deal“ gewohnter Diplomat oder Politiker wird ganz anders reagieren als ein afrikanischer Staatsmann, hinter dem eine Tradition charismatischer, prestigeorientierter Herrschaft steht. Ein westlicher Diplomat wird auch anders reagieren als ein arabischer Diplomat oder anders als ein ostasiatischer Unterhändler, in dessen Kultur der Einsatz und Gebrauch von Übermacht („viele gegen einen“) nichts Anstößiges darstellt, sondern Ausdruck besonderer Geschicklichkeit und Tüchtigkeit ist. Man spricht hier von „Stilen“ in der Außenpolitik, und vieles, was in diesem Zusammenhang gesagt wird, läßt sich mit dem modernen Begriff der „interkulturellen Problematik“ ohne weiteres theoretisch fassen und überrascht keineswegs.

Der Zusammenhang zwischen einseitiger Abrüstung und Demonstrationseffekt wäre demnach durch die Randbedingung „normative Übereinstimmung“ entsprechend Abbildung 8 zu relativieren.

Abb. 8:



Es ist zu befürchten, daß gerade in den schwierigsten Konflikten unserer Zeit diese normative Übereinstimmung fehlt; nicht zuletzt deshalb lösen sie ständig neue Runden des Wettrüstens aus. Hier mit der einfachen Empfehlung der einseitigen Abrüstung einen Ausweg finden zu wollen, heißt die Bedeutung dieser wichtigen Randbedingung verkennen.

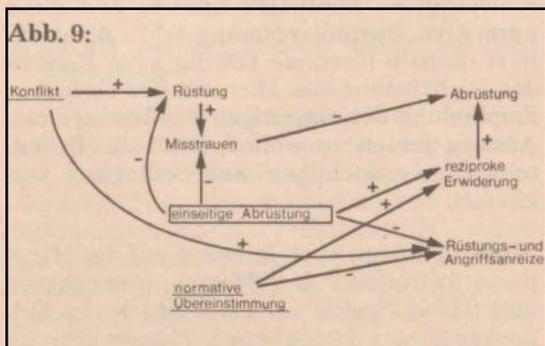
Schließlich sind auch in bezug auf die Hypothese betreffend den Hemmungsmechanismus (He 6) Zweifel am Platz. Schon der Entdecker dieses biologischen Phänomens, Lorenz, hat darauf hingewiesen, daß der moderne Mensch keine Gelegenheit mehr hat, „durch Schmerzensschreie, Demutgebärden usw. die Aggressionshemmung des Gegners wachzurufen“<sup>34)</sup>. Vielleicht muß man sich überhaupt fragen, ob es nicht Vorzug und Übel des Menschen zugleich ist, daß ihn die Natur gewissermaßen in die Freiheit entlassen und sein Verhalten nicht mehr ausschließlich durch derartige Instinkte gelenkt wird. Es ist somit die Prämisse dieser Hypothese in Frage zu stellen. Zudem gilt es noch eine andere Überlegung mitzubedenken, wie sie Karsten Voigt treffend formuliert hat:

„Es wird davon ausgegangen, daß Wehrlose nicht angegriffen werden, weil von diesen selbst keine Gefahr ausgeht. Das aber ist sehr unsicher und betrifft allenfalls einen einzigen der zahlreichen Kriegsgründe: den präventiven Schlag, der unternommen wird aus der Furcht, sonst selbst durch die Waffen des Angegriffenen vernichtet zu werden. Alle anders motivierten Aggressionen würden auf diese Weise nicht nur nicht verhindert, sondern sogar begünstigt werden.“<sup>35)</sup>

<sup>34)</sup> Konrad Lorenz (Anm. 5), S. 361; Adam Roberts (Anm. 6), S. 105.

<sup>35)</sup> Karsten Voigt, Pazifismus, Widerstand oder Abschreckung?, in: Antikriegstag, Düsseldorf 1981, S. 215.

Anders gesagt: Auch die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit allfällig vorhandener Hemmungs-Mechanismen hängt ab von der Natur und Intensität des Konflikts wie von der Motivation und den dahinter stehenden Normen, die das Handeln der betreffenden Partei in der konkreten Situation bestimmen. Folglich wäre das Modell der einseitigen Abrüstung bereits in der Phase der theoretischen Vorüberlegungen, wie in Abbildung 9 dargestellt, zu ergänzen.



Damit ist die Aussagekraft der Theorie der einseitigen Abrüstung erheblich vergrößert und präzisiert. Einseitige Abrüstung hat eine Chance, *wenn* gewisse Randbedingungen zutreffen. Diese Randbedingungen sind so beschaffen, daß sie diese Chancen erheblich einschränken. Diese Aussage darf bereits im Zuge einer rein theoretischen Erörterung gewagt werden; wie groß jene Chance ist, läßt sich auf empirischem Weg ermitteln.

## 2. Lücken in der Theorie der Sozialen Verteidigung (SV)

Die Theorie der SV besticht zunächst durch ihre Eleganz und Knappheit — mit nur drei Variablen und Hypothesen wird hier die Lösung eines Problems erreicht, das die Menschheit seit Jahrtausenden plagt. Diese Einfachheit muß allerdings auch stutzig machen. Insbesondere ist auch hier die Frage zu stellen, ob denn nicht über die drei Variablen hinaus nicht noch eine ganze Reihe weiterer Variablen am Werk sind und die Chancen der Nutzenverweigerung, der Dissuasion und des Bekehrungseffekts bestimmen.

Ausgangspunkt einer kritischen Beleuchtung der Theorie der SV muß das Kernelement sein, auf welches die Anwendung dieser Theorie letztlich hinausläuft: die Dissuasions- oder Abhaltewirkung. Dissuasion wie Abschreckung finden letztlich in der Perzeption

des Adressaten statt, d. h. in der aus seiner Sicht angestellten Kosten-/Nutzen-Bewertung im Zuge der Entscheidungsfindung betreffend seiner Aggression. Damit sind stets zwei Elemente im Spiel: Ob es sich für den potentiellen Aggressor lohnt, zuzuschlagen, hängt zwar gewiß auch von seinen wahrgenommenen Kosten ab, die man mit der Warnungswirkung der SV als groß in Aussicht stellt, aber auch von seinem Nutzen. Es ist das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen, das sein Handeln bestimmt, nicht die Einschätzung der Kosten allein. Dieser Aspekt wird von den Theoretikern der SV weitgehend vernachlässigt.

Er ist indessen in doppelter Weise von Bedeutung: einmal in bezug auf die Art des mit einer Besetzung angestrebten Nutzens und sodann in bezug auf die Werte, die man mit einem harten Vorgehen zur Brechung des gewaltfreien Widerstandes vereinbar hält. Diese beiden Variablen sind unbedingt in das Bild miteinzubeziehen.

Forndran<sup>36)</sup> hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertreter der SV ihre Aufmerksamkeit vorwiegend auf die Verhinderung der wirtschaftlichen und sozialen Kontrolle eines potentiellen Angreifers über ein bestimmtes Territorium richten. Damit setze die Theorie der SV voraus, daß dies das einzige mögliche Ziel eines Angriffs sei, und „sie schreibt dem Gegner vor, was er mit seinem Angriff bezwecken muß“. Daneben gebe es aber noch ganz andere Motivationen beim Gegner, die nicht die wirtschaftliche Ausnutzung des eroberten Gebiets zum Inhalt haben: strategische Überlegungen wie die Absicht, sich ein Glacis oder ein Sprungbrett für weitere Vorstöße zu schaffen, ferner ideologische Motive und damit die Unterdrückung oder Vernichtung („Liquidierung“) der Elite des besiegten Landes oder eines bestimmten Bevölkerungsteils, z. B. der Juden, denen gewaltfreier Widerstand vermutlich wenig geholfen hätte. Den in der jüngsten Geschichte beobachtbaren Aggressionsfällen lagen recht häufig auch solche nichtwirtschaftlichen Motive zugrunde. Oft waren strategisch motivierte Eroberungen sogar ein ausgesprochen „schlechtes Geschäft“, so das amerikanische Engagement in Vietnam oder die sowjetische Besetzung Afghanistans. Damit ist eine erste Einschränkung ausgesprochen: SV mag wirksam sein, *wenn* die Motive des Aggressors sich aus-

<sup>36)</sup> Erhard Forndran, *Abrüstung und Friedensforschung*, Düsseldorf 1971, S. 74 f. und 86—90.

schließlich oder vorwiegend auf die Eroberung und Ausbeutung des wirtschaftlichen Potentials beziehen.

Eine zweite Einschränkung gilt es in bezug auf den Konversionseffekt zu erwähnen. Ob sich die Vertreter der Besatzungsmacht durch die Akte gewaltfreien Widerstandes beeindrucken lassen oder nicht, hängt nur zum Teil von der Überzeugungskraft dieser Akte selbst ab. Ebenso wichtig sind die eigenen Prädispositionen, genauer: die vom Besetzer selbst hochgehaltenen (oder eben nicht hochgehaltenen) Werte. Diese bestimmen auch den Grad an Entschlossenheit, vielleicht Brutalität, mit der man gewillt ist, den Widerstand zu brechen. Die Methode der Sozialen Verteidigung muß nicht im Hinblick auf das, was verteidigt werden soll, sondern im Hinblick auf die Psyche und die Werte des Angreifers beurteilt werden. Der Nutzen ist relativ, hängt ab von den jeweiligen Umständen<sup>37)</sup>.

Drittens fällt auf, daß die Vertreter der Theorie der SV nur selten klar aussprechen, welch hohes Maß an Disziplin und Geschlossenheit von Führung und Bevölkerung erforderlich wäre, um den Belastungsproben der Einschüchterungs- und Spaltungsversuche der Unterdrücker gewachsen zu sein. Die wenigen Hinweise, die sich in bezug auf dieses Problem finden, lassen aufhorchen. So meint Frank<sup>38)</sup>: „Gandhi beging nie den Fehler, die Bedeutung der Disziplin zu unterschätzen.“ Und die Verfechter einer schweizerischen Variante der SV kommen in ihrer Analyse des Versagens des gewaltfreien Widerstands der ČSSR-Bevölkerung gegen die sowjetische „brüderliche Hilfeleistung“ von 1968 zum Schluß, daß die Zugeständnisse, die die Führung machte, dem Widerstand die Kraft nahm<sup>39)</sup>. Der Bedarf an Disziplin ist so groß, daß eine erfolgreiche SV eine „Politisierung des Militärs und eine Militarisierung der Politik“ voraussetzt<sup>40)</sup>, eine „totale Mobilmachung der gesamten Bevölkerung“<sup>41)</sup>. Da kann man dann mit von Baudissin meinen, „meine große Sorge ist, daß die Gesellschaft, die zu Sozialer

Verteidigung fähig ist, eine nicht-pluralistische wäre“<sup>42)</sup>.

Schließlich gilt es — viertens — zu beachten, daß ein intelligenter Aggressor und Besetzer seinerseits durchaus Möglichkeiten hat, die Strategie der SV zu durchkreuzen und Gegenstrategien zu entwickeln. Leider sind auch Bösewichte lernfähig ... Die Vertreter der SV finden sich im Grunde in der Situation jenes sprichwörtlichen Generals und Kriegsplaners, der sich verbissen auf den letztvergangenen Krieg vorbereitet. Die jüngsten Fälle des Versagens der Strategie der SV lassen sich nicht zuletzt auf den Umstand zurückführen, daß der Aggressor und Unterdrücker aus dem letztvergangenen Fall seine Lehren zog und mit einem unerwarteten Kurs die Opfer seiner Aggression verblüffte und überspielte. Wer 1968 ein „zweites Ungarn“ erwartete, fand sich durch den Umstand überrumpelt, daß die Besatzungstruppen der Mächte des Warschauer Paktes in der ČSSR zunächst darauf verzichteten, gründlich „Ordnung zu schaffen“ und beispielsweise die Führung auszuwechseln oder zu liquidieren; erst im Laufe des Jahres 1969 erfolgte mit subtil abgestuften Schritten eine allmähliche Beseitigung des „Prager Frühlings“ und eine psychologisch geschickt eingefädelte Umlenkung des allgemeinen Ärgers der Bürger auf die Führer des „Prager Frühlings“ als die durch ihr „Abenteurertum“ und ihren „mangelnden Realitätssinn“ im Grunde letztlich verantwortlichen Verursacher der ganzen mißlichen Lage — das Opfer wurde zum Schuldigen. Und während 1981 die Polen sich auf eine „zweite ČSSR“ und auf einen Einmarsch sowjetischer Truppen vorbereiteten, wurde mit der überraschenden Einführung eines Militärregimes und vor allem mit der wochenlangen vollständigen Lahmlegung des öffentlichen Kommunikationsnetzes und der sofortigen Isolierung allfälliger Widerstandsführer einem breit angelegten Widerstand im Sinn der SV gewissermaßen durch Lahmlegung der „Nervenbahnen“ vorgebeugt, ehe überhaupt auch nur Ansätze eines koordinierten und wirksamen Widerstandes hätten organisiert werden können.

Das — allzu einfache — Modell der SV ist folglich durch Einbau von vier weiteren Variablen zu erweitern (siehe Abbildung 10).

<sup>37)</sup> Anders Boserup und Andrew Mack (Anm. 11), S. 127.

<sup>38)</sup> Jerome Frank (Anm. 6), S. 388.

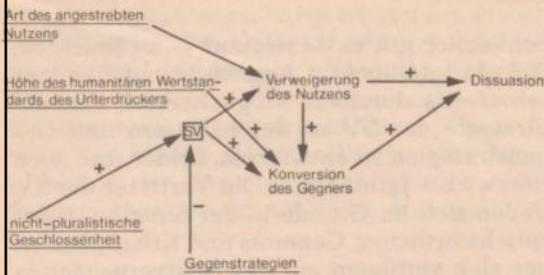
<sup>39)</sup> Maja Bisig und Rudolf Epple (Anm. 9), S. 47 f.; vgl. auch Vladimir Horsky, *Der Fall ČSSR 1968/69*, in: *Demokratische Sicherheitspolitik*, Hamburg 1974, S. 117 ff.

<sup>40)</sup> David Whynes, *The Economics of Third World Military Expenditure*, Austin 1979, S. 149.

<sup>41)</sup> Diskussionsvoten zu Theodor Ebert (Anm. 8), S. 247.

<sup>42)</sup> von Baudissin, Diskussionsvotum, in: Gert Krell und Werner Damm, *Abrüstung und Sicherheit*, München 1979, S. 112.

Abb. 10:



Diese Zusatzvariablen lassen sich als einschränkende Bedingungen formulieren: Die SV vermag dissuasiv zu wirken und den Gegner zu bekehren,

- wenn der Aggressor nicht einen nicht-wirtschaftlichen Nutzen anstrebt;
- wenn der humanitäre Wertstandard des Unterdrückers hoch ist;
- wenn die zu verteidigende Gesellschaft eiserne Disziplin und Geschlossenheit aufweist, und
- wenn der Unterdrücker keine Gegenstrategien ergreift.

Diese vier theoretisch unerläßlichen Randbedingungen schränken den Spielraum der SV bis zu deren praktisch vollständigen Infragestellung ein. Aufgrund solcher theoretischer Überlegungen ist zu erwarten, daß Versuchen zur Anwendung der SV entweder der Erfolg versagt bleibt oder, falls ein Erfolg eintritt, dieser sich mit einer besonders günstigen Konfiguration der genannten Randbedingungen erklären läßt. Die Bestätigung oder Widerlegung dieser theoretischen Vermutung bildet freilich eine rein empirische Aufgabe und kann mit empirischen Mitteln gelöst werden.

### 3. Probleme der Theorie des Gradualismus

Auch die Theorie des Gradualismus erweist sich nicht als so problemlos, wie das die verschiedenen Vertreter dieser Theorie gerne wahrhaben möchten. Zunächst muß man sich fragen, ob denn der Gedanke der Risikofreien Induktion, wie er dem GRIT zugrunde liegt, nicht einen Widerspruch in sich darstellt. Wie Luhmann<sup>43)</sup> und andere festgestellt haben, entsteht Vertrauen letztlich erst, wenn

<sup>43)</sup> Niklas Luhmann, *Vertrauen. Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart 1968.

Risiken in Kauf genommen werden, ja Luhmann definiert das Problem des Vertrauens sogar als nichts anderes als das „Problem der riskanten Vorleistung“<sup>44)</sup>. In Kauf zu nehmen ist damit auch eine gewisse — vorübergehende — Verwundbarkeit.

Wenn die Schritte im Sinne der unilateralen Vorleistungen zu groß bemessen werden und das Risiko Verwundbarkeit schafft, so liegt einmal mehr weiter nichts als eine klassische Gefangenendilemma-Situation vor, und in einer solchen ist man definitionsgemäß nicht bereit, den „Zirkel des Fluches“ zu durchbrechen. Hat man also nur die Wahl zwischen kleinen, risikofreien oder risikoarmen Vorleistungen, denen freilich zuwenig vertrauensbildende Kraft innewohnt, oder großen, vielleicht Vertrauen schaffenden Vorleistungen, die jedoch unzumutbar viel Risiken und Verwundbarkeit mit sich bringen und vor allem gegenüber der herkömmlichen Dilemma-Situation nichts Neues bedeuten? Es scheint in der Tat, daß es einen dritten Ausweg nicht gibt.

Die politische Praxis bestätigt diese Befürchtung. Einseitige Vorleistungen beispielsweise durch Verzicht auf Indienstellung bestimmter neuer Waffensysteme oder durch Rückzug von Truppenteilen werden von der Gegenseite häufig als rein „kosmetische Maßnahmen ohne jede echte Bedeutung“ abgetan und folglich auch nicht erwidert<sup>45)</sup>. Darum bleibt es in der Regel bei sehr marginalen Maßnahmen wie beispielsweise den sog. CBMs (Confidence-Building Measures, Vertrauensbildende Maßnahmen), wie sie im Rahmen der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) festgeschrieben worden sind<sup>46)</sup>. Versuche zu weiterreichender Vertrauensbildung bleiben dagegen mit eintöniger Regelmäßigkeit stecken.

Ähnlich wie die Theorie der einseitigen Abrüstung krankt auch die Theorie des Gradualismus im übrigen am mangelnden Sinn für interkulturelle Unterschiede im Bereich der Verhaltensnormen, die den Ausgang eines Konflikts bestimmen. Sie geht implizit von

<sup>44)</sup> Ebd., S. 21.

<sup>45)</sup> IPRA (International Peace Research Association) Study Group on Disarmament, Building Confidence in Europe, in: *Bulletin of Peace Proposals*, 2/1980, vol. II, S. 1—17.

<sup>46)</sup> Kalevi Ruhala, *Confidence Building Measures*. Hamburg 1981.

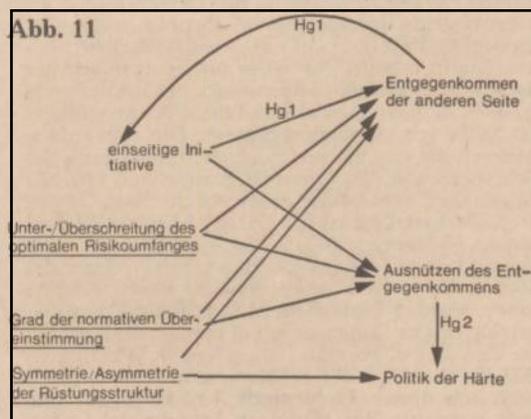
der Vorstellung der „Fairneß“ aus, von der moralischen Erwartung, daß ein Entgegenkommen hüben ein Entgegenkommen drüben verdiene, und — noch wichtiger — von der Erwartung, die andere Seite denke genau gleich und strebe im Grunde nichts anderes an als auch die Entwicklung dieser Fairneß. Die Frage ist hier angebracht, ob die Theoretiker des Gradualismus damit nicht einfach einem eurozentrisch-angelsächsischen Vorurteil erliegen, einem Mißverständnis, das blind macht für alle Haltungen gegenüber Macht, Machtgebrauch, Schwäche und Ausnützung von Schwächen, wie sie beispielsweise in den Bezugsrahmen des Marxismus-Leninismus, der arabischen „Bargaining“-Kultur und des ostasiatischen Konfliktstils beobachtet werden können. Auch hier ist folglich die Variable „normative Übereinstimmung“ zusätzlich einzubeziehen.

Wo eine besondere, kulturell bedingte, „faire“ Selbstbeschränkung des Handelns fehlt und von einem rein „rationalen“ Kosten-Nutzen-Kalkül ausgegangen wird, lauten die Überlegungen eines Empfängers einseitiger Vorleistungen vermutlich ganz anders, als von der Theorie des Gradualismus angenommen: Er schließt, wie Weede<sup>47)</sup> darlegt, dann aus dem Nachlassen von Anstrengungen des Gegners, daß der „Preis der Hegemonie“ geringer geworden ist, daß hartnäckiges und vielleicht sogar beschleunigtes eigenes Rüsten eigenes Übergewicht ermöglicht. Es besteht sogar Anlaß zur Befürchtung, daß die Strategie des Gradualismus eine „self-destroying prophecy“ bildet und der Anreiz zur Gegenseitigkeit durch einseitige Vorleistungen nicht automatisch gesteigert, sondern vielleicht sogar systematisch verringert wird. Oder, wie es Weede im Sinn der ökonomischen Rationalität knapp formuliert: „Wenn A den Preis der Hegemonie für B senkt, sollte A sich nicht über B's steigende Nachfrage nach Vorherrschaft wundern.“<sup>48)</sup>

Ein weiteres, damit teilweise zusammenhängendes Problem ergibt sich aus der Notwendigkeit, einseitige Vorleistungen überhaupt

wahrzunehmen<sup>49)</sup>. Die vorherrschende Neigung der Staaten, gradualistische Schritte des Entgegenkommens der anderen Seite ohne Federlesens als ungenügend, ja lächerlich zu verwerfen oder überhaupt zu ignorieren, gründet nicht allein in kulturell bedingten Unterschieden der grundsätzlichen Einstellung zu Konflikt und Kompromiß, sondern häufig in viel elementarerer Schwierigkeiten mit der Wahrnehmung. Je komplexer die Waffensysteme und je verschiedenartiger die geographisch-strategischen Voraussetzungen der Dispositive, desto problematischer wird ein Vergleich der Schritte. Der auffallend große Zeitbedarf für aktuelle Rüstungskontrollverhandlungen — im Fall von SALT II sechs Jahre — und die Kompliziertheit von Rüstungskontrollvereinbarungen — im Fall des SALT-II-Abkommens umfaßt der Vertragstext nahezu 100 Druckseiten — weisen deutlich auf diese Schwierigkeit hin. Wenn schon der verbale Dialog im Rahmen von Rüstungskontrollverhandlungen dermaßen kompliziert ist, so gilt dies um so mehr für die Bemühungen im Zeichen des Gradualismus, mit nichtverbalen Winken und Signalen eine Verständigung anzubahnen. Es ist demnach die Variable „Symmetrie/Asymmetrie der Rüstungsstrukturen“ unbedingt in das Bild einzubeziehen.

Das modifizierte Modell des Gradualismus (Abbildung 11) enthält demnach drei zusätzliche Variablen, die die Möglichkeit eines reibungslosen Entspannungs- und Deeskalationsprozesses erheblich einschränken.



<sup>47)</sup> Erich Weede, Kosten-Nutzen-Kalküle und Abschreckungspolitik, in: Philip Sonntag (Hrsg.), Rüstung und Ökonomie, Frankfurt 1982, S. 95.

<sup>48)</sup> Ebd., S. 95.

<sup>49)</sup> Johan Niezing, Strategy and Structure. Studies in Peace Research, Amsterdam 1978, S. 35 f.

### III. Empirische Belege<sup>50)</sup>

#### 1. Analogieschlüsse in bezug auf die Erfolgchancen der einseitigen Abrüstung

Das „Experiment“ der einseitigen Abrüstung ist bisher von keinem Land in so systematischer Weise durchgeführt worden, daß es möglich wäre, gültige, verlässliche und statistisch signifikante Folgerungen zu ziehen. Immerhin bieten sich verschiedene Vergleichsmöglichkeiten an, die als Analogien ergiebig und aufschlußreich sind.

*Analogie 1: Nichtgerüstete und schwachgerüstete Länder im Zweiten Weltkrieg:* Dänemark hatte am Vorabend des Zweiten Weltkriegs seine Streitkräfte weitgehend abgerüstet und 1939 mit dem Deutschen Reich einen Nichtangriffspakt geschlossen. Norwegen verfügte zwar über eine Armee, hatte aber nach einer Phase der einseitigen Abrüstung zu spät mit dem Wiederaufbau begonnen.

<sup>50)</sup> Gemäß den Regeln wissenschaftlichen Schließens darf eine Hypothese als zutreffend gelten, wenn und solange sie verschiedene Falsifizierungsversuche, d. h. Überprüfungen anhand der empirisch gesicherten Realität, erfolgreich überstanden hat. Die Kriterien, die im einzelnen bestimmen, was „erfolgreich“ heißt, sind mit den Begriffen „Gültigkeit“ (Validität), „Verlässlichkeit“ (Reliabilität) und „statistische Signifikanz“ klar benennbar. Dieses Ideal wissenschaftlicher Wahrheitsfindung ist indessen im Bereich der alternativen Sicherheitsstrategien der Gewaltfreiheit nicht praktikierbar, und zwar aus dem einfachen Grund, weil es keine oder zuwenig „Fälle“ gibt, die in diesem Sinne als empirisches Material herangezogen werden können. In dieser Lage die Hypothesen der Gewaltfreiheit als „unbeweisbare Hirngespinnste“ abzutun, wäre aber kurzichtig und liefe auf ein „positivistisches“ Mißverständnis heraus. Der Wille zur Überprüfung der Hypothesen braucht keineswegs zu kapitulieren, sondern er kann sich auf anderem Wege erfüllen: mit Hilfe von Analogieschlüssen. Die erkenntnistheoretische und methodologische Problematik des Gebrauchs von Analogien ist hinreichend bekannt (vgl. auch: Ernest May, *Lessons of the Past*, Oxford 1972; Gerhart Bruckmann (Hrsg.), *Langfristige Prognosen*, Würzburg 1977, S. 72—75; Frederic Vester, *Neuland des Denkens*, Stuttgart 1980; Alexander George, *Towards a more Soundly Based Foreign Policy: Making Better Use of Information*, in: Commission on the Organization of the Government for the Conduct of Foreign Policy, Vol. II, Washington 1975, S. 26 und 78 ff.). Schlüsse sind sinnvoll, falls man sich dieser Problematik bewußt bleibt und stets sorgfältig den „Grad an Isomorphie“ (Johan Galtung, *International Relations and Small Group Theory*, in: Morton Kaplan (Hrsg.), *New Approaches to International Relations*, New York 1968, S. 296 f.) im Auge behält, der zwischen Analogie und „gemeinter“ Realität besteht, d. h. die Art und Anzahl gemeinsam geteilter struktureller Gegebenheiten erfaßt als Relationen zwischen Variablen.

Beide wurden im April 1940 im Zuge der „Operation Weserübung“ Opfer der deutschen Aggression. In diesen Fällen traf offensichtlich nicht zu, was die Theorie der einseitigen Abrüstung erhofft: Weder war der Wehrlose gegen Angriffe immun (Hypothese He6), noch führte die einseitige Abrüstung bzw. Nichtrüstung zu einem Demonstrations-/Imitationseffekt beim Gegner (Hypothese He5).

*Analogie 2: Die Politik des „Appeasement“:* Die diplomatische Variante des Unilateralismus, das einseitige und großzügige diplomatische Entgegenkommen, hat als Technik des „Appeasement“ zufolge des Ganges der Ereignisse am Vorabend des Zweiten Weltkriegs einen schlechten Ruf. Der Begriff bezog sich ursprünglich auf die Politik des Briten Chamberlain<sup>51)</sup>, der glaubte, anlässlich der von Hitler bewußt und aggressiv inszenierten Sudeetenkrise von 1938 durch großzügige Territorialgeschenke an das nationalsozialistische Deutschland Hitlers Gefräßigkeit zu stillen und den heraufziehenden Gefahren eines neuen Weltkriegs ein für allemal die Spitze zu brechen — „peace for our time“ zu bringen. Er ging implizit von der Hypothese aus, Hitler sei eine infolge der verschiedensten Umstände komplexbeladene, politisch frustrierte Person, die man mit etwas Vertrauen sehr wohl wieder zur Vernunft zurückbringen und von ihren Komplexen und Obsessionen heilen könne. Bekanntlich wurde Hitler dann aber mit jedem Entgegenkommen seiner Gegner nur immer gefräßiger; seine Verachtung für die „dekadenten“ Westmächte wuchs zusehends; zugleich schwanden auch noch allfällige letzte Hemmungen seiner Aggressivität. Die Hypothese des Demonstrations-/Imitationseffekts erwies sich folglich nicht nur als falsch, sondern es zeigte sich, daß hier ausgerechnet die gegenteilige Hypothese zutrifft: Je nachgiebiger der eine, desto aggressiver der andere, und desto mehr wird der, der nachgibt, ausgenützt.

Selbstverständlich darf dieser Einzelfall nicht verallgemeinert werden. Es gibt auch Fälle einseitigen diplomatischen Entgegenkommens, die einen fruchtbaren Verhandlungs-

<sup>51)</sup> Keith Eubank, *Détente 1919—1939. A Study in Failure*, in: George Schwab (Hrsg.), *Détente in Historical Perspective*, New York 1975; Paul Kennedy und Jack Spence (Hrsg.), *Appeasement*, *British Journal of International Relations (Special Issue)* 1980, Heft 3.

prozeß auszulösen vermochten<sup>52)</sup>, so das positiv schockierende Angebot des ägyptischen Präsidenten Sadat, nach Jerusalem zu fahren und mit Ministerpräsident Begin zu sprechen. Offenbar hängt der Erfolg bzw. Mißerfolg einer Politik der unilateralen Beschwichtigung von den jeweiligen Umständen ab; sucht man nach weiteren Aufschlüssen über die Art dieser Umstände, so drängt sich (wie schon unter II.1. angedeutet) eine nähere Prüfung der Konfliktmotive und des politischen Weltbildes auf, von dem die Adressaten der Beschwichtigung ausgehen.

*Analogie 3: Einseitiger Verzicht auf bzw. Nichtverfügbarkeit bestimmter Waffensysteme:* Die Situation einer einseitigen Abrüstung besteht dann wenigstens teilweise, wenn eine Seite über ein bestimmtes Waffensystem verfügt und die andere Seite nicht. Dann findet sich diese andere Seite in bezug auf das betreffende Waffensystem in der Lage eines einseitig Abgerüsteten oder Nichtgerüsteten. Gemäß der Theorie der einseitigen Abrüstung ist zu erwarten, daß der gerüstete Gegner nicht nur auf einen Einsatz der betreffenden Waffe gegen denjenigen, der sie nicht besitzt, verzichtet, sondern sie seinerseits abschafft. Die Ausgangslage einer solchen asymmetrischen Rüstung bestand bereits mehrere Male, so am Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem Atommonopol der Vereinigten Staaten und vor und nach dem Zweiten Weltkrieg im Bereich der Kriegführung mit chemischen Waffen (C-Waffen). Was läßt sich aus diesen Fällen folgern? Es drängen sich zwei schockierende Erkenntnisse auf:

1. Die eine bestimmte Waffe besitzende Seite hat ihr Monopol keineswegs freiwillig aufgegeben und das Waffensystem abgerüstet. Abrüstung bzw. Nichtgebrauch erfolgte dagegen dann, wenn auch die andere Seite über die betreffende Waffe verfügte und deren Wirkung so gewissermaßen neutralisiert hätte — so (bisher) im Bereich der Atomwaffen im System der gegenseitigen Abschreckung und während des Zweiten Weltkriegs im Bereich der C-Kriegführung; beide Seiten waren damals für einen C-Krieg gerüstet, verzichteten jedoch gegenseitig darauf.

2. Die Nichtgerüsteten wurden nicht nur nicht als Opfer der betreffenden Waffe eher verschont als die Gerüsteten, sondern sie fie-

len zudem als erste und einzige der betreffenden Waffe zum Opfer. Der einzige bisher geführte Atomkrieg (USA gegen Japan 1945) war ein Atomkrieg gegen eine nur konventionell bewaffnete Macht. Die Fälle von nachweisbarem Einsatz von C-Waffen betreffen ausschließlich Wehrlose in der Dritten Welt, die keine Möglichkeit haben, ihrerseits mit C-Waffeneinsatz Vergeltung zu üben (italienische Giftgasabwürfe gegen Abessinier 1935/36; „Yellow Rain“-Einsatz gegen Kambodschaner, Laoten und Afghanen seit 1978). Auch bei Heranziehung dieser Analogie erweisen sich die zentralen Hypothesen des Unilateralismus nicht nur als unrichtig, sondern es trifft einmal mehr ausgerechnet die gegenteilige Hypothese zu. Diese Erkenntnisse sind von größter praktischer Bedeutung im Zusammenhang mit aktuellen Vorschlägen zur einseitigen Aufgabe der Atombewaffnung in Großbritannien<sup>53)</sup>, aber auch im Zusammenhang mit den Vorschlägen für einen Verzicht auf Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa; in der Regel gehen solche Vorschläge von der Hypothese aus, daß, wer über keine Atomwaffen verfüge und keine Atomwaffen Verbündeter auf seinem Territorium zulasse, auch nicht zum Ziel eines atomaren Angriffs werde. Diese Annahme entbehrt jeglicher Grundlage.

*Analogie 4: Eigenschaften von Opfern „ziviler“ Verbrechen:* Im übrigen ließe sich die dritte Analogie noch weiter verfolgen, und sie liefert im Bereich des „zivilen“ Verbrechens zahlreiche in diesem Zusammenhang wichtige Aufschlüsse. Die „Viktimologie“ (Lehre vom Opfer) als jüngster Zweig der Kriminalistik hat mit Hilfe ausgezeichneter statistischer Grundlagen in wachsendem Maße Klarheit darüber geschaffen, daß die Opfer von Vergewaltigungen, Entreißdiebstählen, Beraubungen, Erpressungen und Nötigungen offenbar stets ein Merkmal gemeinsam teilen: Schwäche. Sie ist es, die Kriminelle anzieht, denn Kriminelle verspüren eine wenig erstaunliche Vorliebe, bei der Übernahme von Risiken das geringere Risiko auszuwählen.

*Analogie 5: Verhalten von Einzelpersonen im Laborexperiment:* In Versuchen<sup>54)</sup> wurde abgeklärt, wie sich Versuchspersonen einem

<sup>53)</sup> Sally Zuckermann, *Nuclear Illusions and Reality*, New York 1982, S. 141 f.

<sup>54)</sup> Gerald Shure, Robert Meeker and Earle Hansford, *The effectiveness of pacifist strategies in bargaining games*, in: *Journal of Conflict Resolution* 1965, Heft 9, 106—117.

<sup>52)</sup> John Herz, *Détente and Appeasement from a Political Scientist's Vantage Point*, in: George Schwab (Hrsg.), *Détente in Historical Perspective*, New York 1975.

Gegner gegenüber verhalten, der durchweg „pazifistisch“ spielt, d. h. auf aggressives Vorgesprochen verzichtet und eine Aggression einer Versuchsperson nie vergilt. Von insgesamt 143 Versuchspersonen hatten sich 75 am Anfang erklärtermaßen vorgenommen, ein hartes, aggressives Spiel zu spielen; 68 kündigten an, fair zu spielen und die Punktgewinne mit dem Gegner zu teilen. Aber bereits nach den ersten Spielzügen und sobald sie das stets entgegenkommende Verhalten des Gegners erkannten und dessen unilateralistische Strategie begriffen, wechselten 54 dieser 68 „fairen“ Versuchspersonen zu einer aggressiveren Spielweise, während sich von den 75 ursprünglich aggressiven Spielern nur wenige durch das Entgegenkommen des Gegners bekehren ließen. Hier werden also sowohl die Hypothese des Verschwindens eines Aggressionsanreizes bei Wehrlosigkeit des Opfers wie die Hypothese des Demonstrations-/Imitationseffekts widerlegt.

Diese Befunde sind von andern Forschern, denen sie gegenintuitiv und moralisch unannehmbar erschienen, wiederholt einer kriti-

schen Reanalyse unterzogen worden<sup>55)</sup> — mit dem verblüffenden Ergebnis, daß sie auch bei anderer Anordnung der Versuchsanlage immer wieder bestätigt werden mußten.

Die vorstehend genannten fünf Analogieschlüsse sollten nicht mit der in der öffentlichen Diskussion meist vorherrschenden physikalischen Analogie der sog. Vakuumtheorie verwechselt werden. Im Grunde bildet die „Vakuumtheorie“ weiter nichts als eine bequeme bildliche Metapher, die ihrerseits kaum irgendwelchen Erklärungswert für soziale und politische Beziehungen besitzt. Die hier vorgestellten Analogieschlüsse betreffen dagegen unmittelbar Variablen, die im politischen Umfeld wirksam sind, und sie erklären, warum auch in diesem Umfeld ein allfälliger „horror vacui“ besteht und die mit dem Grundsatz der einseitigen Abrüstung verknüpften Erwartungen zunichte macht.

<sup>55)</sup> Vgl. Literaturangaben bei: Luc Reychler, The Effectiveness of a Pacifist Strategy in Conflict Resolution: an Experimental Study, in: Journal of Conflict Resolution 1979, Heft 23, S. 228—260.

Tabelle 1: 10 Fälle von SV, beurteilt nach dem theoretischen Modell

	Verweigerung des Nutzens	Konversion des Gegners	Dissuasion	nicht-wirtschaftliche Ziele	hoher Wertstandard	Geschlossenheit, Disziplin	Gegenstrategien	Erfolg <sup>1)</sup>
1. amerikanische Kolonien, 1763—1776	ja	z. T.	?	nein	ja	ja	nein	ja
2. passiver Widerstand Ungarns gegen Österreich, 1850—1867	z. T.	nein	nein	ja	ja	z. T.	nein	z. T.
3. finnischer Widerstand gegen Rußland, 1898—1905	z. T.	nein	nein	ja	nein	ja	ja	nein
4. chinesische Boykotte gegen Japan, 1905	ja	nein	nein	nein	nein	z. T.	ja	nein
5. Ruhrkampf, 1923—1925	ja	z. T.	?	nein	ja	z. T.	nein	ja
6. indische Unabhängigkeitsbewegung (bis 1947)	ja	z. T.	nein	nein	ja	z. T.	nein	ja
7. dänischer Widerstand, 1940—1945	z. T.	z. T.	nein	ja	z. T.	z. T.	ja	nein
8. norwegischer Widerstand, 1940—1945	z. T.	z. T.	nein	ja	z. T.	z. T.	ja	nein
9. CSSR 1968/1969	z. T.	z. T.	nein	ja	nein	nein	ja	nein
10. Polen 1981/1982	z. T.	nein	nein	ja	nein	z. T.	ja	nein

<sup>1)</sup> Abzug der Besetzungs- oder Kolonialmacht

## 2. Analogieschlüsse und empirische Befunde in bezug auf die Erfolgchancen der Sozialen Verteidigung (SV)

Die empirische Haltbarkeit der Theorie der SV läßt sich nach zwei Richtungen hin ermitteln: durch Analogieschlüsse insofern, als die SV mit anderen unilateralistischen Strategien gemeinsame Züge trägt, und durch eine systematisch-empirische Auswertung der historisch bekannten Fälle von SV.

Der erste Ansatz sei, um Wiederholungen des im vorstehenden Abschnitt Gesagten zu vermeiden, lediglich der Vollständigkeit halber kurz erwähnt. Er gibt, dieselben fünf Analogien gebrauchend, auch hier zu zwei skeptischen Schlüssen Anlaß: 1. Vor einer Überschätzung des Demonstrations- und Bekehrungseffekts ist zu warnen. 2. Wenn die Umrüstung von militärischer Verteidigung auf SV ein Land weniger gefährlich macht, so besteht keinerlei Grund zu glauben, es sei deshalb als potentiell Opfer von Aggressionen weniger attraktiv — im Gegenteil.

Aufschlußreich ist eine Betrachtung der bisherigen Fälle von SV und gewaltfreiem Aufstand bzw. Widerstand. Eine systematische empirische Untersuchung hierzu liegt noch nicht vor. Dagegen ermöglicht die behelfsmäßige Übersicht in Tabelle 1 wenigstens einige provisorische Erkenntnisse. Die Liste der Fälle (mit Ausnahme Polens) wurde der Standardliteratur über SV entnommen<sup>56)</sup>, während ihre Einordnung gemäß den im Modell unter II.3. genannten Variablen erfolgt. Es zeigt sich, daß in zwischenstaatlichen Konflikten der Strategie der SV nur selten Erfolg beschieden war. Trat ein Erfolg ein, so stand die Konfiguration der Randbedingungen aus-

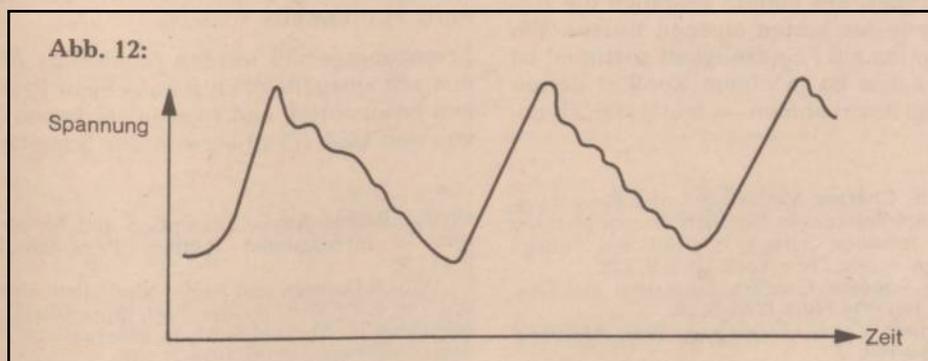
nahmslos günstig: keine nichtwirtschaftlichen Ziele und hoher humanitärer Wertstandard bei der Besetzungsmacht, keine besonderen Gegenstrategien. Obwohl die Anzahl der Fälle nicht ausreicht, um im statistischen Sinn signifikante Schlüsse zu ziehen, scheint die Folgerung doch unausweichlich, daß das ursprüngliche, einfache Modell der SV nicht bestätigt wird. Es sind die zusätzlichen Randbedingungen, die den Erfolg oder Mißerfolg der Strategie der SV offenbar recht nachhaltig mitzugestalten pflegen.

Die Problematik der SV ist deren Verfechtern nicht entgangen. In der neueren wissenschaftlichen Literatur zu dieser Strategie macht sich denn auch eine gewisse Akzentverlagerung fühlbar; es zeichnen sich in der Weiterentwicklung der Diskussion vielmehr drei Stoßrichtungen ab: 1. SV wird nur noch als „special option for special circumstances“<sup>57)</sup> empfohlen. 2. SV wird bejaht, aber gewissermaßen als „zweite Front“ zusätzlich zu und koordiniert mit herkömmlicher militärischer Verteidigung. 3. Das Interesse der nach wie vor unbeeirrten Vertreter der SV verlagert sich vom Bezugfeld der internationalen Konflikte und des Widerstands gegen fremde Besetzer auf die vorwiegend innenpolitisch orientierte Durchsetzung eines ökologistischen Programms, insbesondere im Zeichen des Widerstands gegen den Bau von Atomkraftwerken, Atommülldeponien, Flughafen-erweiterungen, Straßenbauten und anderen großtechnischen Eingriffen in die Natur<sup>58)</sup>. Diese dreifache Verlagerung der Diskussion

<sup>57)</sup> Adam Roberts, Security through Alternative Defence, in: Science and Public Policy 1981, Heft. 5, S. 348.

<sup>58)</sup> Theodor Ebert, Die Soziale Verteidigung im Bezugfeld alternativer Sicherheitskonzepte, in: Gert Krell und Werner Damm (Hrsg.), Abrüstung und Sicherheit, München 1979.

<sup>56)</sup> Vor allem Gene Sharp, Das politische Äquivalent (Anm. 13), S. 494 f.; Maja Bisig und Rudolf Epple (Anm. 9), S. 37—55.



um SV durch ihre Befürworter selbst ist mindestens so aufschlußreich wie die empirisch feststellbaren praktischen Erfahrungen mit ihr.

### 3. Empirische Belege zur Theorie des Gradualismus

#### *Beleg 1: Der zeitliche Verlauf von Eskalations- und Deeskalationsprozessen*

Die in den letzten Jahren sehr extensiv und intensiv betriebene Erforschung der Dynamik von Eskalations- und Deeskalationsprozessen, besonders im Zusammenhang mit internationalen Krisen und Kriegausbrüchen bzw. -beendigungen, hat erkennen lassen, daß das Auf und Ab der Spannung meist einem typischen Verlaufsmuster folgt<sup>59)</sup>.

Auf die einfachste Formel gebracht: Eskalation und Deeskalation verhalten sich nicht wie symmetrische Spiegelbilder zueinander. Eskalationen erfolgen rasch und heftig; die Deeskalation dagegen geschieht langsam und zögernd. Die Asymmetrie von Eskalation und Deeskalation ist im übrigen inzwischen wiederholt auch in experimentellen Untersuchungen im Rahmen der Kleingruppenforschung bestätigt worden<sup>60)</sup>.

Verschiedene Untersuchungen haben Theorien zu erarbeiten vermocht, die erklären, warum es in Krisen und Konflikten leichter „hinauf“ geht als „hinunter“. Dabei stehen kognitive Faktoren im Vordergrund, insbesondere die Fähigkeit der Wahrnehmung von Alternativen<sup>61)</sup>. Zudem besteht seitens des Adressaten von einseitigen Gesten des Entgegenkommens die verständliche Neigung, das Entspannung signalisierende Verhalten des Gegners nicht gemäß den Absichten des Gegners zu interpretieren, sondern gemäß dem eigenen, vom Konflikt geprägten Vorurteil, und dieses führt ihn zum Schluß, die Nachgiebigkeit des andern bestätige die Angebrachtheit des harten eigenen Kurses. Wo die Perzeption auf Feindseligkeit gestimmt ist — und solches ist in einem Konflikt definitionsgemäß anzunehmen —, lautet die „Hypo-

these“, die der Perzeption zugrunde liegt, daß alles, was der andere tut, entweder gefährlich oder verdächtig oder die Folge „realistischer“ Rückzugswillens angesichts der eigenen Entschlossenheit darstellt; es ist schwer, den Adressaten der Spannungsgeste zu einer anderen als einer dieser drei Interpretationen zu veranlassen<sup>62)</sup> und ihn dazu zu bringen, Entspannungsgesten tatsächlich als Ausdruck von Entspannungswillen zu perzipieren. Für die Theorie des Gradualismus bedeutet dies, daß der Wunsch nach einer Umstülpung des Eskalationsprozesses nicht so einfach erfüllbar ist wie erhofft.

#### *Beleg 2: Diplomatische Reaktionen auf diplomatisches Entgegenkommen*

Die jüngste Vergangenheit erlebte ein großangelegtes praktisches Experiment im Geiste des Gradualismus, nämlich die Politik der west-östlichen Entspannung und insbesondere — im deutschen und europäischen Kontext — die von Brandt und Bahr konzipierte Politik des „Wandels durch Annäherung“ in Gestalt der (bundes-)deutschen Ostpolitik. Andererseits beanspruchte auch der Osten für sich, jeweils mit Entspannungsinitiativen vorangegangen zu sein und im „Kampf für die friedliche Koexistenz“ eine führende Rolle gespielt zu haben. Die theoretischen Hintergründe dieser Politik, wie sie von den verantwortlichen Staatsmännern zum Teil ausführlich dargelegt worden sind, nahmen häufig Bezug auf gradualistische Konzeptionen und machten diese sich zu eigen. Die Dauer dieses Prozesses — mehr als 20 Jahre — gestattet die Anwendung der empirischen Technik der Zeitreihenanalyse, und zwar anhand sog. Ereignisdaten (Events Data), die eine gültige und verlässliche Erfassung feindseliger und freundlicher Akte gegenüber dem Partner erlauben. Für die Periode 1946—1963 haben Gamson/Modigliani<sup>63)</sup> die in Abbildung 13 gezeigten Beziehungen ermittelt (Prozentwerte spaltenweise addiert).

Erwartungsgemäß werden feindselige Aktionen mit spiegelbildlich feindseligen Reaktionen beantwortet, und zwar in stärkerem Maß von den USA (79 %) als von der Sowjetunion

<sup>59)</sup> Vgl. z. B. Charles McClelland und Gary Hogard, Conflict Patterns in Conflicts among Nations, in: James Rosenau (Hrsg.), International Politics and Foreign Policy, New York 1969, S. 723.

<sup>60)</sup> Thomas Bonoma, Conflict, Escalation and Deescalation, Beverly Hills 1975, S. 49.

<sup>61)</sup> Ole Holsti, Crisis, Escalation, War, Montreal 1972, S. 143—168.

<sup>62)</sup> Vgl. Robert Jervis, Perception and Misperception in International Politics, Princeton 1976, S. 111 ff.

<sup>63)</sup> William Gamson und André Modigliani, Untangling the Cold War, Boston 1971, Appendix E; neu berechnet in: Michael Sullivan, International Relations, Englewood Cliffs 1976, S. 287.

Abb. 13

		Verhalten der USA		Verhalten der UdSSR	
		feindlich	freundlich	feindlich	freundlich
Reaktion der UdSSR	feindlich	68	43	79	20
	freundlich	32	57	21	80
		100	100	100	100

(68 %). Die für die Theorie des Gradualismus entscheidende Frage lautet indessen, ob freundliche und entgegenkommende Aktionen von der anderen Seite durch ebenso freundliche und entgegenkommende Reaktionen erwidert werden. Das ist in der Tat der Fall, aber nicht immer — in 57 % der Fälle seitens der Sowjetunion und in 80 % der Fälle seitens der USA. Dieser Unterschied legt den Schluß nahe, daß nationale und ideologische Faktoren das Entspannungsverhalten möglicherweise ebenso stark prägen wie das Ge-

ziehungen im Zeitabschnitt 1960—1980<sup>64</sup>), ebenfalls beruhend auf Ereignisdaten (Korrelationskoeffizienten mit time-lags von t bis t-3; bei Signifikanzniveau unter 0.05 steht ein \*, bei 0.01 zwei \*\*) s. Tab. 2:

Die die Beziehungen zwischen Aktion und Reaktion beschreibenden Korrelationskoeffizienten führen zu folgenden Erkenntnissen: Wenn die Sowjetunion sich auf eine kooperative, freundliche Haltung festlegt, pflegt die Regierung der USA zwei und drei Jahre dar-

Tabelle 2:

Verhalten der Westmächte	Verhalten der UdSSR							
	kooperativ				konfliktiv			
	t	t-1	t-2	t-3	t	t-1	t-2	t-3
kooperativ:								
USA	.43*	.08	.25	-.06	-.21	-.14	-.20	-.31
GB	.22	-.29	.08	.25	-.34	-.05	-.08	.03
F	.63**	-.21	.38	.03	-.40*	-.44*	-.38	-.13
BRD	.61**	.14	.25	.23	-.41*	-.19	-.10	.01
konfliktiv:								
USA	.26	-.02	-.43*	-.45*	.50**	.05	-.28	-.43*
GB	-.18	-.08	-.15	-.02	-.18	-.14	-.16	-.08
F	-.16	-.10	-.02	-.23	.78**	.51*	-.07	-.26
BRD	-.18	-.20	-.35	-.34	.76**	.53**	.17	-.22

setz der Reziprozität, das gemäß den theoretischen Erwartungen des Gradualismus hier wirksam werden müßte.

Ähnliche und mit einer methodisch weiterführenden Analyse gewonnene Ergebnisse zeitigt eine Untersuchung der Ost-West-Be-

auf mit einer Dämpfung ihres konfliktiven Verhaltens gegenüber der Sowjetunion zu

<sup>64</sup>) Daniel Frei und Dieter Ruloff, *East-West Relations in Europe. A Systematic Survey*, Cambridge Mass. 1983, Vol. 1, chapter 5, table 5.11.

reagieren. Wenn die Sowjetunion die Menge ihrer konfliktiven Akte gegenüber den USA drosselt, reagieren die USA drei Jahre später mit einem ähnlichen Kurswechsel. In bezug auf die gleichzeitig stattfindenden Interaktionen (d. h. zum Zeitpunkt t) pflegen die Westmächte auf sowjetische Initiativen fast spiegelbildlich prompt zu reagieren. Allgemein erfolgen aber auch hier die konfliktiven Reaktionen auf konfliktive Aktionen weit prompter als kooperative Reaktionen auf kooperative Aktionen. Die Hoffnungen auf einen durch eine inhärente Dynamik angetriebenen und sich gewissermaßen selbsterhaltenden Prozeß der Entspannung finden sich daher, soweit sie auf gradualistischen Überlegungen beruhen, teilweise enttäuscht. Die vielbeklagte „Krise der Entspannung“ mag etwas mit dieser Diskrepanz zwischen Erwartungen und tatsächlichen Möglichkeiten zu tun haben; solche Diskrepanzen pflegen naturgemäß das Gefühl der Enttäuschung zu wecken.

*Beleg (Analogie) 3: Reaktionsmuster in experimentellen Konfliktspielen*

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen positiven und negativen Anreizen — die Frage nach „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ somit — hat viele Forscher zu vergleichenden Untersuchungen dieser beiden Strategien veranlaßt. Meist wurden sie in der Hoffnung vorgenommen, die Überlegenheit der positiven Anreize zu belegen. Sie gehen daher in der Regel von derselben Grundhypothese aus wie die Theorie des Gradualismus. In einer Serie von 100 experimentellen Konfliktspielen wurde gezählt, wie viele Male die Versuchspersonen auf einen freundlichen Stimulus feindlich oder freundlich und wie viele Male die Versuchspersonen umgekehrt auf einen freundlichen, Entspannung signalisierenden und eine Vorleistung enthaltenden Stimulus freundlich oder feindlich reagieren. Die Ergebnisse finden sich in Abbildung 14 (als Vierfeldertafel dargestellt und spaltenweise prozentuiert).

Betrachtet man zunächst die linke Spalte, so erkennt man, daß feindliche Stimuli erwartungsgemäß öfters feindliche Reaktionen auslösen als freundliche Reaktionen (63:37); das entspricht der Logik der Eskalation. Für die Theorie des Gradualismus aufschlußreich ist die Zeile rechts; obwohl die Stimuli freundlich und entgegenkommend sind, reagieren

<sup>65)</sup> Robin Jenkins, Perception in Crises, in: IPRA Studies in Peace Research 1969, Heft 1.

Abb. 13

		Stimulus	
		feindlich	freundlich
Response	feindlich	63	53
	freundlich	37	47
		100	100

die Spieler in mehr als der Hälfte der Situationen, nämlich 53 mal, feindlich. Anders gesagt: Die Wahrscheinlichkeit, daß auf einen freundlichen Stimulus auch ein freundlicher Response folgt, liegt unter 50 Prozent (47%). Die Strategie des Gradualismus erweist sich also in knapp der Hälfte aller Fälle als wirksam.

*Beleg (Analogie) 4: Überwindung des Gefangendilemmas im „Metagame“?*

Die mathematische Spezialdisziplin der Spieltheorie und auf ihr beruhende Laborversuche haben eine erdrückende Fülle logischer und empirischer Evidenz erarbeitet. Diese zeigt, daß, sobald ein Gefangendilemma nicht bloß in einem einzigen Zug und Gegenzug gelöst zu werden braucht — und folglich nicht lösbar ist —, die Situation sich wesentlich anders darstellt: Ist der Zeithorizont offen, so lassen sich rationale Lösungen des Dilemmas finden; solche abzuleiten ist das Anliegen der sog. „Metagame“-oder „Supergame“-Theorie<sup>66)</sup>. Damit wird der Dilemmacharakter des Dilemmas im Grunde zum Verschwinden gebracht<sup>67)</sup>. Empirisch-experimentelle Untersuchungen im Labor bestätigen diese Theorie: Wo mehrere, vielleicht gar unbegrenzt viele Züge zur Verfügung stehen, pflegt sich über kurz oder lang eine Zusammenarbeit einzuspielen<sup>68)</sup>.

<sup>66)</sup> Nigel Howard, Paradoxes of Reality, Cambridge Mass. 1971, S. 23—37; Thomas Saaty, Mathematical Models of Arms Control and Disarmament, New York 1968, S. 94—100; Michael Taylor, Anarchy and Cooperation, New York 1976, Kap. 3 und S. 64—68; Henry Hamburger, Games as Models of Social Phenomena, San Francisco 1979, S. 232—236.

<sup>67)</sup> Steven Brams, Game Theory and Politics, New York 1975, S. 38.

<sup>68)</sup> Anatol Rapoport und Albert Chammah (Anm. 31); Anatol Rapoport, Game Theory as Conflict Resolution, Dordrecht 1974, S. 28; Daniel Frei, Internationale Zusammenarbeit, Königstein 1982, S. 36—45.

## IV. Folgerungen

Die kritische Analyse und empirische Überprüfung von drei Spielarten unilateralistischer Strategien des Gewaltverzichts gibt zu drei allgemeinen Feststellungen Anlaß:

1. Die theoretischen und empirischen Befunde machen den Schluß unausweichlich, daß das Mittel des Unilateralismus das angestrebte Ziel, nämlich die Abhaltung oder Vertreibung eines Aggressors oder die Herbeiführung von Entspannung und Frieden, nicht erreicht. Diese Folgerung gilt uneingeschränkt für die einseitige Abrüstung, fast uneingeschränkt für die Soziale Verteidigung und bedingt auch für den Gradualismus. Darüber hinaus bestehen Gründe für die Befürchtung, daß der Unilateralismus nicht nur sein Ziel verfehlt, sondern zusätzlich die Werte, die man mit diesem Mittel schützen möchte, gefährdet und mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sogar opfert. Bei nüchterner, rationaler Prüfung bleibt also nur die Feststellung, daß die Annahmen über Mittel-Zweck-Beziehungen, von denen die Vertreter der Gewaltfreiheit ausgehen, nicht stimmen.

2. Dieser ernüchternde Befund ist um so bedauerlicher, ja tragischer, als die Vertreter der Gewaltfreiheit häufig aus besten idealistischen Motiven und aus einem durchaus gerechtfertigten Unbehagen über den Zustand des militärischen Drohsystems heraus han-

deln. Aber gerade darum müssen sie sich die Frage gefallen lassen, ob sie es sich wirklich leisten können, wertvollste idealistische Motivationskräfte und wichtige moralische und politische Energien ins Abseits zu lenken und dort letztlich nutzlos verpuffen zu lassen.

3. Es wäre viel besser und sinnvoller, wenn sie diese Energien der eigentlichen und zentralen Aufgabe der Menschheit zugute kommen lassen würden, nämlich der Schaffung eines funktionierenden Systems der kollektiven Sicherheit, verbunden mit einer voll verifizierbaren und voll garantierten allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Die Vertreter der Gewaltfreiheit neigen dazu, das Übel lediglich an den Symptomen zu bekämpfen und nicht an der Wurzel. Die Wurzel allen Übels ist das Fehlen von Institutionen und Verfahren, um Konflikte gewaltlos zu regeln. Genauso wie wir im innenpolitischen Bereich unsere Differenzen auch nicht mehr mit Keulen und Messern austragen, sondern mit Abstimmungen, Wahlen und notfalls vor Gericht — genauso sind auch in der Weltpolitik Institutionen und Regeln aufzubauen. Es ist die kriegerische internationale Politik in eine friedliche „Weltinnenpolitik“ umzuwandeln. Hier liegt die große Herausforderung unserer Zeit, und darauf sollte die Friedensbewegung ihre Anstrengungen richten.

## Regionalisierung eines Nuklearkrieges in Europa?

## I. Grundsätzliche Fragen

Die verschiedenen Aktionen zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung im Mittelstreckenbereich führten als Hauptargument ins Treffen, daß die vorgesehene Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa die „Regionalisierung“ eines Atomkrieges in Europa bedeute und daher das atomare Risiko in diesem Raum bedenklich erhöhe. Dieses Hauptargument wurde in abgewandelter Form — „Europäisierung des Atomkrieges“, „Schießplatz der Supermächte“ — immer wieder vorgebracht<sup>1)</sup> und trug dazu bei, die Argumentation der Befürworter des „Nachrüstungsbeschlusses“ in Verlegenheit zu bringen. Insbesondere wurde herausgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland, auf die bereits seit Jahren eine Vielzahl sowjetischer SS-4/5-Raketen sowie taktische Atomwaffen gerichtet wären, ohnehin ein großes nukleares Risiko zu tragen hätte. Es wäre daher kaum zumutbar, dieses Risiko weiter zu erhöhen.

Neben dieser Position in der Debatte besteht eine andere, vor allem von sowjetischer Seite geübte Argumentationsweise darin, die „Regionalisierung“ eines Atomkrieges in doppeltem Sinne zu gebrauchen: Einerseits werde die „Nachrüstung“ den Westeuropäern ein bedeutend höheres Risiko im Falle einer nuklearen Auseinandersetzung in Europa bringen, indem sie die Staaten Westeuropas zu „nuklearen Geiseln“ mache<sup>2)</sup>; andererseits sei eine solche „Regionalisierung“ kaum vorstellbar, da jeder nukleare Angriff auf sowjetisches Territorium durch eurostrategische Waffen von der UdSSR als strategische Herausforderung betrachtet und auch mit strategischen Mitteln beantwortet werde.

Die Installierung neuer Mittelstreckenwaffen durch die USA diene somit nicht der Verteidigung Westeuropas, sondern sei für den

„Erstschlag gegen strategische Objekte im europäischen Teil der UdSSR bestimmt“<sup>3)</sup>. Von sowjetischer Seite wurde weiter dazu erklärt, daß ein Atomkrieg, einmal in Gang gesetzt, nie begrenzt bleiben würde und daß die Eskalation im Grunde genommen unvermeidlich wäre: „Falls die amerikanischen Mittelstreckenraketen sowjetisches Territorium treffen, wird der Gegenschlag nicht nur gegen jene Länder gerichtet sein, in denen sie abgefeuert wurden, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten, und zwar genauso, als wenn die Raketen in Montana gestartet worden wären.“<sup>4)</sup>

Eine dritte Position zu diesem Thema besagt, daß gerade die beabsichtigte Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa zu einer „Verklammerung“ (coupling) des westeuropäischen mit dem amerikanischen Nuklearpotential führen und damit der Tendenz der „Regionalisierung“ eines Kernwaffenkrieges entgegenwirken würde. Die dementsprechende Gedankenfolge lautet, daß sich die Führung der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa im Falle eines Krieges mit dem Warschauer Pakt relativ früh entscheiden müßte, ob sie diese Waffen der Zerstörung preisgeben oder gegen die UdSSR einsetzen wolle. Im Falle der zweiten Alternative, dem Angriff gegen Ziele auf sowjetischem Boden, müsse man mit einem sowjetischen strategischen Gegenschlag gegen das Territorium der USA rechnen, womit das besagte Streben nach Regionalisierung letztlich gescheitert sei<sup>5)</sup>.

Die Frage nach der Regionalisierung eines Kernwaffenkrieges ist somit mit extrem voneinander abweichenden Aussagen belastet, die offenbar von Voraussetzungen ausgehen, die sich im Grundsätzlichen unterscheiden.

<sup>1)</sup> Siehe dazu: Erhard Eppler, Deutschland — Vorfeld oder Schlachtfeld, in: Josef Joffe (Hrsg.), Friede ohne Waffen. Der Streit um die Nachrüstung, München 1981, S. 78. Siehe auch: Senkung der atomaren Hemmschwelle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 21. 11. 1981, S. 8 (Leserbrief).

<sup>2)</sup> Generalleutnant Nikolaj Petrow, Über das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West, in: Europäische Rundschau, 3/1981, S. 98.

<sup>3)</sup> Ebd., S. 98; ebenfalls: Gegen Wettrüsten und Kriegsgefahr, in: Prawda vom 25. 7. 1981.

<sup>4)</sup> Georgij A. Arbatow, Der sowjetische Standpunkt, München 1981, S. 170. Ebenfalls: Aussage Arbatows am 15. 3. 1981 in Bonn.

<sup>5)</sup> Diese Position vertritt Walter Schilling, Zum NATO-Doppelbeschluss: Stationierung der neuen Waffen auf See?, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 5/1982, S. 142.

Zur Präzisierung des Themas sei zunächst vorausgeschickt, daß die Frage der „Regionalisierung“ in den Bereich derjenigen Überlegungen gehört, die mit der Begrenzung atomar geführter Kampfhandlungen in Europa zu tun haben. Hierbei sind dreierlei Arten von Begrenzungen zu beachten:

1. zeitliche Begrenzung von Kampfhandlungen;
2. Begrenzung der Waffenwirkung und des Ausmaßes der Zerstörungen, d. h. qualitative Begrenzung, die auch mit dem Begriff der „Schadenskontrolle“ umschrieben wird;
3. regionale, geographische Begrenzung.

## II. Der Begriff der „Begrenzung“ in der strategischen Doktrin der USA

Soweit faßbar, taucht der Begriff der „Begrenzung“ oder „Regionalisierung“ eines Krieges erstmals in den Grundsatzserklärungen des Nationalen Sicherheitsrates, der NSC-30 vom 10. September 1948 und der NSC-68 vom 14. April 1950, auf, die durch die Unterschrift des Präsidenten der USA Weisungscharakter erhielten. Die Absicht einer Begrenzung konventioneller und nuklearer Konflikte kommt noch deutlicher in der Doktrin der „Flexible Response“ ab 1961 zum Ausdruck, wonach ein möglicher Krieg, z. B. in Europa — falls die Abschreckung versagt — mit verschiedenen, „abgestuften“ und der Lage angepaßten Mitteln geführt werden sollte. Gleichzeitig sollte das Bestreben maßgeblich sein, einen solchen Krieg auf einer möglichst niedrigen Eskalationsstufe zu beenden<sup>6)</sup>.

Ein einkalkuliertes Unterlaufen des nuklearen Risikos durch die überlegenen konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion wollte man seitens der NATO mittels Kontrolle dieses nuklearen Risikos durch konventionelle Kräfte in geographisch begrenzten Räumen verhindern. Daß diese Doktrin jedoch erhebliche Schwächen und Risiken in der Durchführung auf Grund verschiedener technischer Unzulänglichkeiten, etwa hinsichtlich der Zielgenauigkeit der landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM), aufwies, stand auf einem anderen Blatt.

In der Folge kam es ab 1969 im Zuge des Konzepts der „Realistic Deterrence“ unter der Präsidentschaft Nixons zu einer weiteren Ausformung des Begriffes „Regionalisierung“ im Sinne einer geteilten Verantwortung zwischen den USA und den verbündeten Nuklearmächten, wobei die Regionalmächte die Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung in ihrer Region übertragen erhielten. In erster Linie waren für die Formu-

lierung dieses Konzepts die Erfahrungen der Vereinigten Staaten im Vietnam-Krieg maßgeblich. Das besagte Konzept wurde im politischen Bereich mit der Kurzformel „Hilfe zur Selbsthilfe“ bezeichnet.

Die Schaffung der Mittel zur Durchführung der flexiblen und begrenzten Optionen war ein wichtiges Anliegen der USA in den siebziger Jahren, wozu im Nuklearbereich etwa die Einführung der Kurzstreckenrakete Lance, die Konstruktion der Mittelstreckenrakete Pershing II und von Marschflugkörpern (Cruise Missiles) sowie die laufende Verbesserung der Zielgenauigkeit von Geschossen und Lenkwaffen zählten. Operative Maßnahmen, wie etwa die Stationierung von ca. 170 schweren Jagdbombern vom Typ F-111 in Südostengland, sollten die Möglichkeiten einer angemessenen Erwidierung auf dem europäischen Kriegsschauplatz ergänzen.

Im sogenannten Schlesinger-Konzept von 1974 erhielt die Tendenz zur „Begrenzung“ eine Formulierung, wonach „die Notwendigkeit von Selektivität und Beschränkung zum Zwecke einer Minimalisierung von kollateralem Schaden und der größtmöglichen Vermeidung von Zivilopfern sowohl auf die taktisch-nukleare Kriegführung wie auf die strategische Kriegführung zutrifft“<sup>7)</sup>.

Es ist wichtig festzuhalten, daß etwa ab Mitte der siebziger Jahre die technischen Voraussetzungen für eine den Lagebedingungen angepaßte Zielauswahl bzw. für einen raschen Zielwechsel eine neue Qualität für einen möglichen Konflikt in Europa geschaffen haben. Im Falle eines Großangriffs auf Westeuropa hat der Warschauer Pakt theoretisch nur mit dem Risiko einer begrenzten strategischen Konfrontation mit den USA zu rechnen. Damit ruht die Abwehr eines solchen Angrif-

<sup>6)</sup> Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef 1978<sup>3</sup>, S. 354.

<sup>7)</sup> Aussage Schlesingers vor dem Club der Auslandsjournalisten am 10. 1. 1974; A. H. Cordesman, Deterrence in the 1980s: Part I (Adelphi Papers Nr. 175), London 1982, S. 14ff.

fes in vermehrtem Maße als bisher auf den Schultern der in Europa vorhandenen NATO-Kräfte<sup>8)</sup>. Der Stärkung der konventionellen Kampfkraft wird erhöhte Bedeutung beigegeben.

Trotzdem soll der kontrollierte Einsatz von Kernwaffen neben der Erzielung von Zeitgewinn dazu dienen, den gegnerischen Angriff auf möglichst niedriger Ebene konform zu den politischen Interessen der Bündnispartner zum Stehen zu bringen. Man erkennt unschwer, daß bereits durch das „Schlesinger-Konzept“ eine Begrenzung von Kriegshandlungen im Sinne der oben angeführten drei Arten sowie im Sinne einer möglichst raschen Kriegsbeendigung ins Blickfeld rückt.

Die angestrebte Verbesserung der „Kriegsführungsfähigkeit“ im Nuklearbereich hat massive Kritik, vor allem durch sowjetische Politiker und Militärs, hervorgerufen, ist aber auch im Westen nicht unwidersprochen geblieben. Demgegenüber hat man seitens der NATO immer wieder und mit Entschiedenheit hervorgehoben, daß eine verbesserte Fähigkeit zur Durchführung nuklearer und konventioneller Kampfhandlungen, deren wirksame Ergänzung angestrebt wird, auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckung erhöhe und damit zur Friedenssicherung beitrage<sup>9)</sup>. Die Kombination konventioneller und nuklearer Verteidigungsoptionen erhalte angesichts der beträchtlichen Unterlegenheit der NATO in Europa auf konventionellem Gebiet großes Gewicht. Einer der Hauptvertreter dieser Denkschule ist Colin S. Gray, der die angestrebte verbesserte „Kriegsführungsfähigkeit“ ebenfalls im Sinne einer glaubhaften Abschreckung, aber nicht im Sinne einer erhöhten Kriegsdrohung vertritt.

In diesem Zusammenhang steht der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979, der nicht in der Absicht gefaßt worden ist, der wachsenden Zahl an sowjetischen SS-20-Raketen und Mittelstreckenbomben (Backfire, Su-24) ein gleich großes Potential ähnlicher Waffen entgegenzustellen, sondern in der Absicht, eine „Verklammerung“ des westeuropäischen mit dem amerikanischen Potential zu

erzielen<sup>10)</sup>. (Eine Parität mit dem sowjetischen Mittelstreckenarsenal schied von vornherein aus, da auf beiden Seiten ein unterschiedliches Bedrohungskalkül vorlag, das einer näheren Betrachtung wert wäre.)

Diese „Verklammerung“ dient dazu, einen Zusammenhang der Kräftearsenale, aber auch der Zielplanung, sicherzustellen, wie er sich nach der Präsidenten-Weisung Nr. 59 vom 25. Juli 1980 und dem damit verbundenen Konzept der „Countervailing strategy“ ergibt. Hierin wurde nochmals die Absicht, über selektive Optionen und eine überlebensfähige Kommandostruktur zu verfügen, betont, um die Durchführbarkeit von „Counterforce“-Optionen, d. h. von Angriffen auf militärische Ziele in der Sowjetunion, zu verbessern<sup>11)</sup>. Allerdings hat man an diesem Konzept bemängelt, daß auch ein eventueller „selektiver“ Einsatz strategischer Waffen durch die USA die Gefahr eines massiven sowjetischen „Entwaffnungsschlages“ gegen militärische Einrichtungen der NATO in Westeuropa heraufbeschwöre<sup>12)</sup>.

Die besagte „Verklammerung“ bezweckt zwar einerseits, einen Rückgriff auf die strategischen Waffensysteme der USA möglichst lange hinauszuschieben, bietet jedoch aus europäischer Sicht den Nachteil — falls die Abschreckung versagen sollte —, die nukleare Kriegsführungsoption zu erhöhen, d. h. mehrere Kernwaffen-Szenarien zuzulassen. Es wurde allerdings kritisch vermerkt, daß auch den „selektiven Optionen“ sehr viel Theorie anhafte und diese keineswegs die Gewähr böten, einen weltweiten Kernwaffenkrieg zu vermeiden.

Als Zwischenergebnis kann man festhalten: Aus der Sicht der amerikanischen Doktrin der „Flexible Response“ und ihrer späteren Ausformungen liegt die Tendenz vor, der Drohung eines Kernwaffenkrieges, aber auch eines konventionellen Krieges mit der Begrenzung in zeitlicher, geographischer und qualitativer Hinsicht zu begegnen. Die Höhe der atomaren Schwelle bleibt zwar weiterhin un-

<sup>8)</sup> Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 6), S. 365.

<sup>9)</sup> Dazu: Horst Afheldt, Kernwaffenkrieg — begrenzt auf Europa? in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 9/1979, S. 145. Hier findet sich auch eine Analyse der Vor- und Nachteile taktischer Atomwaffen und möglicher Konsequenzen.

<sup>10)</sup> Zur „Nachrüstungsproblematik“: Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa, in: Österreichische Militärzeitschrift (ÖMZ), 5/1981, S. 369ff.; ebenfalls: Nukleare Mittelstreckenwaffen: die Ausgangspositionen, in: ÖMZ, 2/1982, S. 156.

<sup>11)</sup> Dazu: Anthony H. Cordesman, a. a. O. (Anm. 7), S. 22.

<sup>12)</sup> Christopher J. Markins, TNF Modernization and „Countervailing strategy“, in: Survival, 4/1981, S. 160.

bestimmt, es besteht jedoch offenkundig die Absicht, diese nach Möglichkeit anzuheben<sup>13)</sup>. Daß die europäische Perspektive in manchen Dingen — etwa hinsichtlich der

Vermeidung von Zerstörungen — von den amerikanischen Vorstellungen abweicht, umreißt die politischen Dimensionen der „Nachrüstung“.

### III. Die sowjetischen Optionen

Die bisherigen Ausführungen münden in das Zentralproblem, ob nämlich die sowjetische Führung bereit wäre, ebenfalls eine Kriegsbegrenzung und -regionalisierung zu akzeptieren, bzw. welche anderen Optionen erfolgversprechender erschienen.

Wie man einer tiefschürfenden Untersuchung über die verschiedenen militärischen Wahlmöglichkeiten entnehmen kann<sup>14)</sup>, halten sich Vorteile und Nachteile eines konventionell oder unter Einschluß nuklearer Mittel geführten sowjetischen Großangriffs gegen die NATO etwa die Waage. Wenn man nur die Option eines konventionell geführten Großangriffs des Warschauer Paktes betrachtet, so hat es den Anschein, daß ein Überraschungsangriff, u. U. „aus dem Stande“, leichte Vorteile gegenüber einem Angriff nach längerer Vorbereitungs- und Vorwarnzeit besitzt, wobei es ein Hauptanliegen sein müßte, einen taktisch-nuklearen Gegenschlag der NATO zu „unterlaufen“<sup>15)</sup>.

Aus der Sicht der Führung des Warschauer Paktes dürfte bei einem konventionellen Angriff sowohl unter der Voraussetzung des Überraschungsmoments („Blitzkrieg“) als auch unter der Annahme einer längeren Vorbereitungszeit das Nachführen der zweiten strategischen Staffel aus Ostpolen und aus den drei westlichen Militärbezirken der UdSSR entscheidende Bedeutung besitzen. Die Gefährdung des Heranführens dieser Kräftegruppe an die Hauptfront in Mitteleuropa mittels konventioneller Abriegelung in der Tiefe des Raumes, noch mehr aber mittels nuklearer Einsätze — F-111, F-4, Tornado, Pershing-IA —, erscheint als ein wichtiges militärisches Problem. Die neuen nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) der NATO werden dieses Problem verschärfen. Verschiedene Hinweise auf westlicher Seite haben keinen Zweifel daran gelassen, daß diese strategisch-operative Schwäche des Warschauer

Paktes erkannt worden ist<sup>16)</sup>. Aber auch die Gefährdung der grenznah eingesetzten zweiten Staffel kann nicht übersehen werden. Die in den Räumen der östlichen DDR stationierten sowjetischen Divisionen werden voraussichtlich eine Spanne von 15 bis 20 Stunden benötigen, um an die deutsch-deutsche Grenze zu gelangen. Hierin besteht ebenfalls die Möglichkeit einer weitreichenden atomaren oder konventionellen Gefechtsfeldabriegelung durch die NATO<sup>17)</sup>.

Ohne näher auf die Einsatzkriterien der vorgesehenen Mittelstreckensysteme der NATO einzugehen, soll jedoch betont werden, daß diese Systeme nicht dazu dienen, das gegen Westeuropa gerichtete sowjetische Kernwaffenpotential auszuschalten. Deshalb kann auch nicht von der Absicht seitens der NATO die Rede sein, mit diesen Mittelstreckenwaffen, von denen sich die Cruise Missiles rein technisch gar nicht dazu eignen, einen Präventivschlag gegen Kernwaffenstellungen in der westlichen Sowjetunion zu führen. Nach bisherigen Erkenntnissen werden nukleare Ziele im westlichen Teil der UdSSR überwiegend von Atomwaffen mit interkontinentaler Reichweite abgedeckt. Die vorgesehenen Mittelstreckensysteme dienen in erster Linie für selektive Einsätze militärischer Natur in der Tiefe des Raumes, wobei der Gegner die damit verbundenen Begrenzungen erkennen soll<sup>18)</sup>.

An dieser Stelle sei noch eingefügt, daß man sich unter dem Begriff „konventionell“ nicht etwa jene Art von Kriegführung vorstellen darf, wie sie noch am Ende des Zweiten Weltkrieges gebräuchlich gewesen ist. Es soll mit diesem Begriff nur der Unterschied zur nuklearen Kategorie betont werden. Es steht fest, daß der Typ der „konventionellen“

<sup>16)</sup> Markins, a. a. O. (Anm. 12), S. 161; neueste Formulierung dieses Gedankens in: Die Welt vom 30. 9. 1982 (Risiko eines Atomkrieges verringern).

<sup>17)</sup> Karl P. Stratmann, a. a. O. (Anm. 14), S. 131.

<sup>18)</sup> Stratmann, Das „eurostrategische“ Kräfteverhältnis, in: Europa-Archiv, 13/1981, S. 388. Siehe auch Anthony H. Cordesman, a. a. O. (Anm. 7), S. 36.

<sup>13)</sup> Siehe dazu die ausführliche Erklärung von General Rogers, in: FAZ vom 30. 9. 1982, S. 1.

<sup>14)</sup> Karl P. Stratmann, NATO-Strategie in der Krise? Baden-Baden 1981, S. 136 ff.

<sup>15)</sup> Ebd., S. 124 ff.

Kampfführung, wie er auf Grund der beiderseitigen Vorstellungen in Europa zur Austragung kommen könnte, gegenüber 1945 eine neue Dimension des Waffeneinsatzes und der Waffenwirkung erschließt.

Wendet man sich nun der Option eines umfassenden nuklearen „Entwaffnungsschlages“ gegen Westeuropa durch den Warschauer Pakt zu, so ergibt sich, daß zwar eine präventive Ausschaltung der nuklearen Systeme in Westeuropa durchaus denkbar ist, daß jedoch diese Variante ebenfalls bedeutende Nachteile aufweist. Darunter fallen etwa der vorzüglich hohe Grad der Eskalation, das große Ausmaß der zu erwartenden Zerstörungen in einem als „Beute“ gedachten Westeuropa und das Kalkül, daß die Führungen der USA und anderer NATO-Staaten kaum mehr Hemmungen bei der Auslösung eines nuklearen Gegenschlages mit den noch verbliebenen Kernwaffensystemen besitzen dürften. Auch das noch vorhandene französische und — unter gewissen Voraussetzungen — britische Arsenal wäre zu berücksichtigen.

Die Risikoerwartung der östlichen Führungsstellen wird somit in diesem Fall kaum niedriger sein als bei der Option eines rein konventionellen Großangriffes. Verschiedene sowjetische Äußerungen deuten daher auf die Vorteile eines in der ersten Phase rein konventionell geführten Krieges hin, wobei der Übergang zum Kernwaffeneinsatz als ausgesprochen kritischer und schwieriger Moment beurteilt wird<sup>19)</sup>. Im übrigen sei betont, daß die Risikoerwartung auf östlicher Seite derart betrachtet werden muß, daß hierbei immer das Kalkül einer „Worst case analysis“ einbezogen sein dürfte.

Dergestalt kann man den sowjetischen Überlegungen entnehmen, daß die Führungsstellen des Warschauer Paktes insgesamt gesehen dem Arsenal taktischer Nuklearwaffen (TNF) der NATO einen hohen Abschreckungswert beimessen und auch einen entsprechenden Respekt zollen. Die vehemente Kritik am „Nachrüstungsbeschluß“ der NATO kann hierbei als indirekte Bestätigung gelten.

Es wird daher sehr darauf ankommen, ob sich die sowjetische Führung bei einem Kernwaffeneinsatz der NATO gegen die zweite strategische Staffel oder gegen andere militärische

Ziele im Hinterland, etwa auf dem Boden Polens oder der ČSSR, bewegen läßt, diesen als „begrenzte Option“ zu betrachten, sofern sowjetisches Territorium verschont worden ist. Tut sie dies, so liegt der Schluß nahe, daß die sowjetischen Führungsstellen ebenfalls unter Einsatz „begrenzter“ Mittel reagieren werden.

Man muß hierbei berücksichtigen, daß gerade die schnelle Zunahme des SS-20-Potentials mit hoher Treffgenauigkeit (Streukreisradius: 200—400 m), mit Nachladefähigkeit und geringer Verwundbarkeit nicht allein dem Aufbau einer Drohposition dient, sondern auch eine erheblich gesteigerte „Kriegsführungsfähigkeit“ in sich birgt. Dies gilt z. B. im Vergleich zu den älteren SS-4/5-Raketen.

Von den SS-20 sind mit Stichtag 1. Juli 1982 laut NATO-Angaben insgesamt 315 Raketen mit 945 Gefechtsköpfen in 35 Stellungen vorhanden gewesen<sup>20)</sup>. Andere Berichte sprachen Mitte Februar 1983 sogar von 351 SS-20 mit 1053 Sprengköpfen. Zu diesem Mittelstreckenpotential kommen ca. 75 Backfire-Bomber, ca. 450 schwere Jagdbomber Su-24 Fencer, die neuerdings auch außerhalb der UdSSR stationiert werden, sowie eine große Anzahl von Jagdbombern mit Reichweiten über 1000 km (MiG-27, Su-7, Su-17/20). Es erscheint daher unglaublich, wenn man von der Hand weisen wollte, daß alle diese Mittel nicht auch die Möglichkeit einer flexiblen Begrenzung und Regionalisierung eines Krieges in Europa böten<sup>21)</sup>.

Verschiedene sowjetische Äußerungen lassen im Rückschluß erkennen, daß — entgegen anderer Stellungnahmen — „Selektivität“ im Kernwaffeneinsatz nicht ausgeschlossen ist, jedoch einer anderen Wertung als der in der NATO üblichen unterliegt. Die zahlreichen Manöver des Warschauer Paktes der vergangenen Jahre, bei denen man den Aktionen unter atomaren Bedingungen eine gewisse Bedeutung eingeräumt hat, unterstützen diese Überlegungen. Im militärischen Schrifttum der UdSSR liegen genug Hinweise vor, die die Variante eines begrenzten, lokalisierten Krieges nicht völlig ausschließen<sup>22)</sup>. Die sowjetische Führung verfügt über viel mehr nukleare „Anpassungsfähigkeit“, als man ih-

<sup>19)</sup> Dazu ausführlich: J. Douglass/A. Hoerber, *Conventional War and Escalation: The Soviet View*, New York 1981, S. 41 ff.

<sup>20)</sup> Europäische Wehrkunde, 9/1982, S. 426.

<sup>21)</sup> Dazu: Karl P. Stratmann, a. a. O. (Anm. 14), S. 149 ff.

<sup>22)</sup> Douglass/Hoerber, *Soviet Strategy for Nuclear War*, Stanford (Cal.) 1979, S. 48—52; Karl P. Stratmann, a. a. O. (Anm. 14), S. 176 ff.

ren deklaratorischen Aussagen entnehmen kann<sup>23)</sup>.

Im allgemeinen wird jedoch aus östlicher Sicht viel stärker als in der westlichen Diskussion das Moment der Ungewißheit und Unberechenbarkeit von Abläufen und Reaktionen im Falle eines Überschreitens der atomaren Schwelle betont.

Zusammenfassend kann man vorsichtig formulieren, daß sich die sowjetische Führung bzw. die Führung des Warschauer Paktes u. U. künftig näher mit den Möglichkeiten eines begrenzten Kernwaffeneinsatzes befassen dürfte, falls sie den Eindruck gewinnt, daß auch die Gegenseite einer solchen Option zu-neigt<sup>24)</sup>.

Ein zusätzlicher Aspekt zur „Regionalisierung“ besteht darin, daß in Europa nach 1945 bereits zwei begrenzte Konflikte im sowjetischen Machtbereich stattgefunden haben, nämlich in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968. In beiden Fällen kam die bewaffnete Macht, wenn auch innerhalb der eigenen Einflußsphäre, zur Lösung des Konflikts zur Anwendung. Außerdem sei nicht vergessen, daß an der europäischen Peripherie, etwa im Zuge des griechisch-türkischen Konflikts um Zypern 1974, begrenzte Streitigkeiten zur militärischen Austragung kamen, bei denen von vornherein nicht feststand, ob es bei einer Lokalisierung bleiben werde. Die sowjetische Führung hat somit politisch wie auch militärisch sehr wohl Gelegenheit gehabt, praktische Erfahrungen bei der Austragung begrenzter Konflikte in Europa nach 1945 zu sammeln.

Keht man zum Ausgangspunkt des Themas zurück, so muß man letztlich die mehrmals

vorgelegten Vorschläge der Sowjetunion, beiderseits auf einen nuklearen Ersteinsatz („first use“) zu verzichten, erwähnen. Nachdem im April 1982 eine ausführliche Studie von vier amerikanischen Persönlichkeiten veröffentlicht worden war, die der NATO die Vorteile einer solchen Option vor Augen führen wollte<sup>25)</sup>, kam es zu grundsätzlichen Stellungnahmen von offizieller Seite, darunter des Oberbefehlshabers der NATO in Europa, General Rogers.

Ausschlaggebend ist die auffallende Unterlegenheit der NATO bei den konventionellen Streitkräften. Bei den Divisionen liegt ein Verhältnis von 25 : 59, bei den Kampfpanzern ein solches von ca. 6 100 : 18 000 zuungunsten der NATO im Abschnitt Europa-Mitte vor. Trotz des Bestrebens der NATO, ihr konventionelles Potential zu stärken, habe ein ausdrücklicher Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen seitens der NATO u. a. den Nachteil, der sowjetischen Führung die Unwägbarkeiten bei einem konventionellen Angriff auf Westeuropa zu verringern. Erst nach einer ausreichenden Verbesserung der konventionellen Schlagkraft könne man sich mit dem „Verzicht auf einen nuklearen Ersteinsatz“ näher befassen<sup>26)</sup>.

Im Zuge der Stellungnahmen zu dieser Problematik wurden auch Einzelheiten einer Option seitens der NATO-Führung vorgelegt, die auf die Möglichkeiten einer weitreichenden Bekämpfung der zweiten strategischen Staffel des Warschauer Paktes durch rein konventionelle Kampfmittel und durch verbesserte Zielerfassungsgeräte eingingen. Auch aus diesen Äußerungen ist eine Tendenz zur Hebung der atomaren Schwelle bzw. zur Konfliktbegrenzung im qualitativen Sinne abzulesen<sup>27)</sup>.

#### IV. Schlußbetrachtung

Zusammenfassend kann man festhalten:

1. Die nukleare und nichtnukleare Doktrin der USA befaßt sich hinsichtlich des Falles eines dem Westen aufgezwungenen Krieges in zunehmendem Maße mit der Variante

<sup>25)</sup> McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara, Gerard Smith, Kernwaffen und das Atlantische Bündnis, in: Europa-Archiv, 7/1982, S. 183—198.

<sup>26)</sup> Niemals eine Aggression gegen den Warschauer Pakt..., in: FAZ vom 24. 6. 1982, S. 5; siehe auch FAZ vom 18. 5. 1982, S. 2.

<sup>27)</sup> FAZ vom 30. 9. 1982 (General Rogers: Die konventionelle Verteidigung Europas möglich).

Schließlich sei hervorgehoben, daß es eine Verengung des Blickwinkels wäre, die besagte „Regionalisierung“ als ein nur auf Europa bezogenes Problem zu betrachten. Die zahlreichen Konflikte der jüngsten Vergangenheit weisen verschiedene Versuche auf, Begrenzungen im Dienste der Erhaltung des Weltfriedens anzustreben. Außerdem wäre es zielführend, im Gesamttraum Europa Unterscheidungen auf die Unterbereiche Nord-, Mittel- und Südeuropa hin vorzunehmen.

<sup>23)</sup> Foreign Affairs Research Institute (London), 17/1980, S. 6.

<sup>24)</sup> Dazu: Markins, a. a. O. (Anm. 12), S. 160.

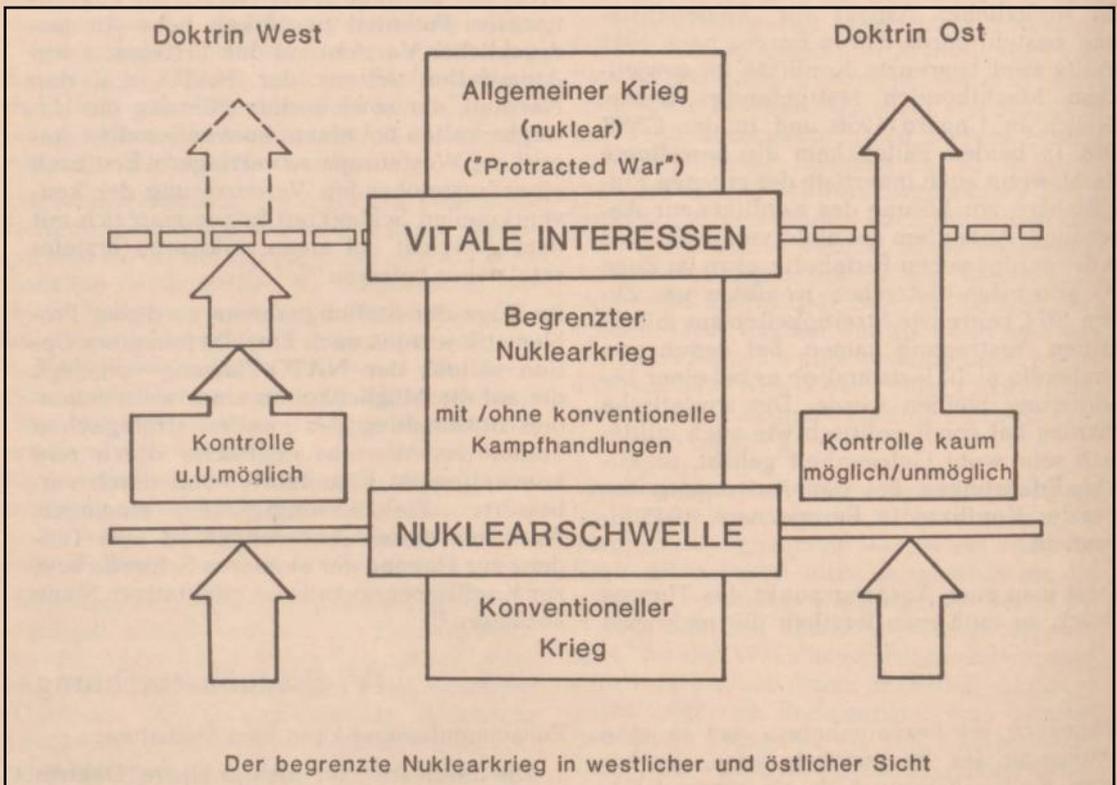
einer Begrenzung und Regionalisierung dieses Konflikts unter dem Leitgedanken der Schadensminderung und raschen Wiederherstellung des Friedenszustandes.

2. Die sowjetischen Überlegungen bezweifeln zwar entschieden und in sehr hohem Maße die Anwendbarkeit einer solchen Konzeption, weisen aber indirekt die Aufgabe, sich mit dieser Art des Krieges zu befassen, nicht völlig von der Hand.

3. Trotz der Hinweise, die von der verbesserten Fähigkeit atomarer Waffensysteme für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld sprechen, dienen diese Waffen im Verbund mit den konventionellen Kräften vor allem der gegenseitigen Abschreckung. Dieser Abschreckungswert wird seine Wirkung in dem Maße

nell geführten Angriffes auf Westeuropa vor Augen zu führen. Mit neuen Präzisionslenk Waffen sollen möglichst viele Schwachstellen in der Tiefe des gegnerischen Raumes bedroht werden, wobei man westlicherseits davon ausgeht, daß sich ca. 52% der beweglichen und vorrangig zu bekämpfenden Ziele und sogar 96% der festen „Vorrangziele“ außerhalb einer 30-km-Zone östlich der Grenze zur DDR und ČSSR befänden<sup>28)</sup>. Allerdings hat General Rogers niemals Zweifel daran gelassen, daß die Option eines nuklearen Ersteinsatzes in Anbetracht der konventionellen Unterlegenheit der NATO-Streitkräfte aufrechterhalten bleibt.

Das Gesamtproblem mündet in die Frage nach der sowjetischen Stellungnahme zu den



beibehalten, in dem sich die Verantwortlichen der Folgen eines Kernwaffeneinsatzes, auf welcher Ebene auch immer, bewußt sind.

In Ergänzung des Voranstehenden sei angefügt, daß der sogenannte Rogers-Plan in den letzten Monaten eine sehr deutliche Erläuterung erfahren hat, wobei die erklärte Absicht darin besteht, einerseits die Nuklearschwelle anzuheben, andererseits dem Warschauer Pakt die Risiken eines auch rein konventio-

westlichen Konzepten, zum Rogers-Plan, zur INF-Stationierung sowie zur Theorie des „begrenzten Krieges“ im allgemeinen. Vereinfacht ausgedrückt läßt sich sagen, daß die sowjetische Führung alle diesbezüglichen Aus-

<sup>28)</sup> Benjamin F. Schenner, NATO's New Strategy: Defend Forward, But Strike Deep, in: Armed Forces Journal International, November 1982, S. 55; siehe auch: Das ist der Rogers-Plan, in: FAZ vom 30. 11. 1982, S. 12.

sagen über die amerikanischen Vorstellungen zu den selektiven und begrenzten Optionen unter dem Aspekt eines Strebens nach Erlangung der strategischen Überlegenheit und einer „Kriegsführungsfähigkeit“ deutet<sup>29)</sup>.

Selbst die angekündigte Aufstellung der 572 amerikanischen Mittelstreckensysteme wird unter diesem Gesichtspunkt betrachtet; man geht dabei soweit, diese Systeme ausdrücklich als „Erstschlagswaffen“ zu bezeichnen<sup>30)</sup>, was jedoch auf die Cruise Missiles technisch und operativ gesehen *nicht* zutrifft. Abgesehen davon kommt den sowjetischen Experten zugute, daß innerhalb des westlichen Bündnisses unterschiedliche Interpretationen des Begriffes „selektive und begrenzte Optionen“, auch von offizieller Seite, kursieren.

Die sich häufende Literatur über die Begrenzbarkeit bzw. Nichtbegrenzbarkeit eines Kern-

waffenkrieges in Europa betont im wesentlichen immer wieder die außerordentlichen Gefahren des Versuches, einen einmal ausgebrochenen Nuklearkrieg unter Kontrolle zu halten, ohne die voneinander abweichenden Doktrinen in West und Ost näher zu berücksichtigen<sup>31)</sup>. Aus mancherlei Aussagen ist jedoch zu entnehmen, daß zwar eine „Regionalisierung“ weitgehend theoretischen Charakter besitzt, daß jedoch die Komplexität des modernen Kriegsbildes, die Einsatzkonzeption der Waffensysteme, der operative Ansatz und die Unwägbarkeiten der Lageentwicklung den Rückgriff auf Nuklearwaffen, in welchem Rahmen auch immer, nicht ausschließen. Daraus folgt, daß die Führungsstäbe in West und Ost trotz aller Unwägbarkeiten, die mit der Möglichkeit des „begrenzten Krieges“ einhergehen, diese Option mit der gebotenen Behutsamkeit untersuchen müssen. Proklamationen und Erklärungen, die sich wie magische Beschwörungsformeln anhören, gehen am Kern der Dinge vorbei.

<sup>29)</sup> Dazu ausführlich: Lawrence Freedman, Limited War, Unlimited Protest, in: Orbis, Frühjahr 1982, S. 95; Leon Gouré, The U. S. „Countervailing Strategy“ in Soviet Perception, in: Strategic Review, Herbst 1981, S. 51. — Eine gute Erklärung des Sachverhalts wird auch geboten bei John Erickson, The Soviet View of Deterrence: A General Survey, in: Survival, November/Dezember 1982, S. 247 ff.

<sup>30)</sup> Neuerdings vertreten von Alexander Falin, in: FAZ vom 5. 11. 1982, S. 2 (Falin: 600 Sprengköpfe auf SS-20-Raketen).

<sup>31)</sup> Dazu neuerdings im Überblick: Robert Scheer, Und brennend stürzen Vögel vom Himmel. Reagan und der „begrenzte“ Atomkrieg, München 1983; ebenfalls: K. D. Voigt, Das Risiko eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa, in: Europa-Archiv, 6/1982, S. 151—160.

## ABM in den achtziger Jahren

### Technische Möglichkeiten und strategische Zwänge

#### I. Vorbemerkungen und Übersicht

Der Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen (ABM-Vertrag) wurde vor elf Jahren abgeschlossen<sup>1)</sup>. Seit dieser Zeit haben sich die Voraussetzungen, die den Abschluß dieses Vertrages ermöglichten, grundlegend gewandelt; in seiner gegenwärtigen Form wird er daher wohl kaum die nächsten elf Jahre überdauern.

Es sind vor allem zwei Entwicklungen, die die Frage, ob ausreichend leistungsfähige und finanzierbare Raketenabwehrsysteme in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren erprobt und disloziert werden können, in den Vordergrund gerückt haben:

— die sowjetische strategische Rüstung hat zu der schneller als erwartet eintretenden

<sup>1)</sup> Die wichtigsten Bestimmungen des ABM-Abkommens von 1972 und des Zusatzabkommens von 1974 lassen sich wie folgt zusammenfassen: Beide Vertragspartner dürfen jeweils eine ABM-Stellung in Betrieb nehmen, durch die entweder nur die Hauptstadt oder nur eine ICBM-Silo-Anlage verteidigt wird.

Diese ABM-Stellungen unterliegen den folgenden Begrenzungen:

— Keine ABM-Stellung darf mehr als 18 Gefechtsführungsradar- und zwei große Radaranlagen enthalten.

— Keine Stellung darf über mehr als 100 Startanlagen für Abfangraketen verfügen; diese Startanlagen dürfen nicht nachladefähig sein, und keine Abfangrakete darf mehr als ein Ziel bekämpfen können.

Erlaubt sind innerhalb enger Grenzen Test- und Entwicklungsanordnungen in vereinbarten und genau bezeichneten Gebieten. Nicht erlaubt sind die Entwicklung, das Testen und Dislozieren von luft-, see- oder weltraumgestützten ABM-Systemen. Radaranlagen und Luftabwehrraketen dürfen weder in einem ABM-Modus getestet werden, noch die Eigenschaften von ABM-Systemen enthalten.

Die Modernisierung und Ersetzung von ABM-Systemen bzw. deren Komponenten ist erlaubt.

Außerdem sieht der Vertrag gegenseitige Konsultationen im Rahmen einer „Standing Consultative Commission“ für den Fall vor, daß ABM-Technologien, die auf physikalischen Prinzipien beruhen, die zur Zeit des Vertragsabschlusses noch nicht bekannt waren, verfügbar werden.

Im fünfjährigen Abstand finden Revisionskonferenzen statt.

Verwundbarkeit der silogestützten Interkontinentalraketen (ICBM) der USA geführt;

— der Wandel in den Konzeptionen und die Fortschritte in denjenigen Technologien, die ein ABM<sup>2)</sup>-System ermöglichen.

Von 1972 bis 1980 beschränkte sich die ABM-Forschung der Vereinigten Staaten, im Gegensatz zur Sowjetunion, im wesentlichen auf Laborprogramme mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz (ca. 250 Mio Dollar jährlich). Ihre Zielsetzung war zweifach:

— die Exploration der technischen Horizonte von ABM, um die sowjetischen Anstrengungen in diesem Bereich analysieren und bewerten zu können;

— die Option offenzuhalten, im Fall einer sowjetischen Vertragskündigung durch die Verkürzung des für die Entwicklung und Erprobung eines ABM-Systems benötigten Zeitraums ein eigenes ABM-System schnell in Dienst stellen zu können.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre hat sich aber gezeigt, daß selbst ohne forcierte, technisch riskante und aufwendige Programme Fortschritte in verschiedenen Technologien zusammenwirkten, die die Entwicklung leistungsfähiger und kosteneffektiver ABM-Systeme begünstigen. Hierzu gehören insbesondere:

— Mikroelektronik (z. B. hochintegrierte Schaltkreise sehr großer Schaltgeschwindigkeit und Zuverlässigkeit),

— Computerarchitektur und -programme,

— Sensortechnologie (besonders im langwelligeren Infrarotbereich für optische Systeme und Radar im mm-Wellen-Bereich).

Außerdem zeigen sich am Horizont wissenschaftlich-technischer Entwicklung Technologien, deren zunehmende Beherrschung gleichzeitig die bisherige Dominanz offensi-

<sup>2)</sup> In den USA hat sich der Gebrauch des Acronyms BMD (*Ballistic Missile Defense*) für ABM (*Anti-Ballistic Missile*) eingebürgert. Hier wird nur von dem Acronym ABM Gebrauch gemacht.

ver Waffensysteme wenn nicht ablösen, so doch relativieren könnte — mit Gewißheit aber das Zeitalter der Vorherrschaft von Kernwaffen und ballistischen Raketen seinem Ende entgegenführen wird. Es sind insbesondere die Anwendungen gerichteter, hochenergetischer Strahlung (Laser oder Partikelstrahlung), die auf diese Weise zunehmend in das Zentrum technologischer Grundlagenforschung rücken, neue Systemkombinationen für Selbstannäherungsgeräte („terminal homing devices“) und die übernächste Generation elektronischer Datenverarbeitungsanlagen, die einige Charakteristika künstlicher Intelligenz integrieren wird.

Vor allem aber wirken sich auch diejenigen Fortschritte, die zur größeren Flexibilität und Leistungsfähigkeit des strategischen Offensivwaffendispositivs führten, direkt oder indirekt als Verbesserung der Voraussetzungen für ein leistungsfähiges ABM-System aus. So haben z. B. die weiter zunehmende Verlagerung von Kommunikation und Führung, Aufklärung und Frühwarnung auf satellitengestützte Systeme zur leichteren Lösbarkeit des Raketenabwehrproblems beigetragen. Allerdings gewinnen dadurch die sowjetischen Anstrengungen, Satellitenbekämpfungsmittel zu entwickeln, eine so entscheidende Bedeutung, daß die Aufgaben der Raketenverteidigung und die der Satellitenverteidigung kaum noch voneinander getrennt werden können.

Indirekt spielten auch Forschungsprogramme, die die „Härtung“ elektronischer Anlagen von Satelliten und Sensoren gegen die elektromagnetischen Effekte von Nuklearexplosionen zum Ziel hatten, eine bedeutende Rolle im Wandel der ABM-Systementwürfe.

Zweifellos hat der ABM-Vertrag in entscheidender Weise zum Verlauf der ABM-Entwicklung beigetragen. Er entmutigte die Dislozierung unzureichender, auf der nuklearen Bekämpfung gegnerischer Raketengefechtsköpfe beruhender Raketenabwehrsysteme und begünstigte die Entwicklung alternativer Systemkonzeptionen: (Eine ähnlich kanalisierende Funktion hat auch der Vertrag über das Verbot der Stationierung von Massenvernichtungsmitteln im Weltraum.) Dieser Vertrag kann so als Wendepunkt in der Entwicklungsrichtung von ABM-Systemen betrachtet werden. Seine Vertragsbestimmungen führten weg von aufwendigen, verwundbaren, nur-erd-gestützten Systemen und hin zu nicht-nuklearen Entwürfen für ABM-Systeme größerer taktischer Flexibilität.

Der ABM-Vertrag wurde 1972 abgeschlossen, als die technologischen Grenzen ballistischer Interkontinentalraketen zwar theoretisch, aber noch kaum für die strategische Entwicklungsplanung absehbar waren. Gleichzeitig waren die Schwächen der damals dislozierungsfähigen amerikanischen und sowjetischen ABM-Systeme derart offensichtlich, daß für die absehbare Zukunft die Überlegenheit der strategischen Offensive über die strategische Verteidigung unverrückbar erschien. Die außerordentlichen Investitionen der UdSSR in ihr Offensivwaffenprogramm, die sehr viel schneller als erwartet zur Verwundbarkeit der amerikanischen silogestützten Interkontinentalraketen (ICBM) führten, hatten aber, besonders nach dem Scheitern von SALT II, zur Folge, daß die Frage der Verteidigung von ICBM große Dringlichkeit erhielt. Die seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre demonstrierte Dynamik der sowjetischen Auf- und Umrüstung ließ zunehmend Lösungen, die nur auf die Erweiterung des Offensivwaffenpotentials durch eine schwerere und zielgenauere ICBM (MX) und deren „passive“ Verteidigung (durch komplexe Schacht- oder Tunnelanlagen) zielten, als unzureichend erscheinen. Zwar war schon 1969/70 das amerikanische ABM-Entwicklungsprogramm auf die Verteidigung von ICBM ausgerichtet worden. Die Entwicklung des strategischen Kräfteverhältnisses seit Mitte der siebziger Jahre band aber ABM- und ICBM-Entwicklung noch enger aneinander — so eng, daß die Frage, wann und wie die neue Interkontinentalrakete MX in Dienst gestellt werden sollte, zunehmend von der Frage begleitet wurde, wann und wie ein leistungsfähiges ABM-System zu deren Schutz disloziert werden kann. Die enge Verknüpfung dieser beiden Systementscheidungen ist sicher nicht von Dauer. Sie ist Ausdruck eines Dilemmas, das durch die Erosion des strategischen Kräfteverhältnisses und dem damit verbundenen Zeit- und Entscheidungsdruck entstand. Man kann mit einiger Gewißheit annehmen, daß die Bindung der ABM-Systementwicklung an MX aufgehoben werden wird, denn das ABM innewohnende technische und strategische Potential reicht weit über das Problem des MX-Dislozierungsmodus hinaus.

Das Problem der zunehmenden ICBM-Verwundbarkeit selbst bleibt dadurch ungelöst. Seine Bedeutung wird sich jedoch im Verlauf der achtziger Jahre vermindern, u. a. mit dem Beginn der Dislozierung der zielgenauen see-

gestützten Trident 2 — SLBM (D-5), des B-1-Bombenflugzeugs interkontinentaler Reichweite und mit der vollzogenen Umrüstung von B-52 als Cruise Missile-(ALCM)-Träger.

Die Trennung von ABM und MX mag auch die vermutete anfängliche Disposition Präsident Reagans, MX aufgeben zu wollen, in Realität verwandeln. Auf jeden Fall werden aber Interimsmaßnahmen zur Sicherung der Überlebensfähigkeit des ICBM-Dispositivs vorbereitet werden, die auch eine ABM-Komponente einschließen können. Inwieweit solche (kostspieligen) Maßnahmen dann auch verwirklicht werden, hängt von der Zustimmung des Kongresses und von der Höhe der bewilligten Rüstungshaushalte ab.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Kündigung oder nach Verhandlungen um die Modifizierung des ABM-Vertrags. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser Vertrag vor Ende der achtziger Jahre gekün-

digiert oder neu verhandelt werden muß — nicht nur, weil eine Kündigung erst dann notwendig werden könnte, wenn ein dislozierungs-fähiges ABM-System entwickelt worden ist, sondern auch wegen der nachteiligen Wirkungen auf die Bemühungen um verhandelte Begrenzungen (Reduzierungen) strategischer Offensivwaffen; die politische Durchsetzbarkeit der anstehenden Rüstungsentscheidungen könnte dadurch gefährdet werden. Nicht zuletzt wäre auch ein Rüstungskontrollabkommen der am wenigsten kostenträchtige Weg, das Problem der ICBM-Verwundbarkeit zu mildern.

Der ABM-Vertrag wird so aller Voraussicht nach für die nächsten Jahre weiterhin seine kanalisierende Funktion behalten. Die folgende Diskussion der „Systemparameter“ von Raketenabwehrsystemen, der Entwicklungsrichtung von ABM seit 1972 bis Ende der achtziger Jahre, geht von dieser Bewertung aus.

## II. Charakteristika von ABM-Systemen<sup>3)</sup>

Grundsätzlich können ABM-Systeme danach unterschieden werden, in welcher Höhe sie die anfliegenden gegnerischen Gefechtsköpfe erfassen, verfolgen und bekämpfen. Diese Funktionen sind ABM-spezifisch; sie setzen allerdings bereits die Lösung einer Anzahl anderer Aufgaben voraus, die Raketenabwehrsystemen und strategischen Offensivwaffen gemeinsam sind. Dazu gehören insbesondere:

— Frühwarnung vor gegnerischen Raketenstarts (durch bodengestützte Radaranlagen wie BMEWS, PARCS, Pave Paws und durch Frühwarnsatelliten wie diejenigen der DSP-3-Serie),

— Erfassung und Analyse der anfliegenden Materialwolke, d. h. des Angriffsumfangs, der beteiligten Raketentypen, der Flugbahnen,

— Unterscheidung zwischen Gefechtsköpfen und anderem Material wie den Trümmern von Treibstofftanks, den Gefechtskopftägern, Attrappen usw. (bei einem Angriff mit 5 000 Gefechtsköpfen kann die Materialwolke aus ca. 25 000 Materialteilen bestehen).

### 1. Endoatmosphärische ABM-Systeme:

Wenn angreifende Gefechtsköpfe innerhalb der Atmosphäre erfaßt und bekämpft werden (bis ca. 100 km Höhe), wird von „endoatmo-

sphärischen“ Raketenverteidigungssystemen gesprochen. Innerhalb dieses Höhenregimes sind verschiedene Systemauslegungen möglich:

— „Endverteidigungssysteme“ („terminal defense“ oder „low attitude systems“ = LoADS), deren Reichweite unterhalb 15 km liegt. Deren Auslegung erlaubt die Verwendung kleiner, reichweiten- und leistungsbegrenzter Radargeräte, denn die Atmosphäre hat auf dieser Höhe bereits die schwereren Gefechtsköpfe von den leichteren Attrappen, Radardüppeln etc. („penetration aids“) getrennt. Allerdings kann nur eine begrenzte Anzahl von Gefechtsköpfen über einem geplanten Zielgebiet abgefangen werden; der Angreifer ist daher taktisch dominant.

<sup>3)</sup> Diese Diskussion stützt sich auf die folgenden Veröffentlichungen: Office of Technology Assessment, MX Missile Basing, Washington D.C. 1981; Congressional Research Service, Evaluation of FY 1979 Arms Control Impact Statements: Toward More Informed Congressional Participation in National Security Policy Making, Washington D.C. 1978; G. E. Barasch, D. M. Kerr, R. H. Kupperman, R. Pollock, H. A. Smith, Ballistic Missile Defense: A Potential Arms Control Initiative, Los Alamos, Nev., LA-8632, January 1981; Wallace D. Henderson, Space-Based Lasers: Ultimate ABM System?, in: Aeronautics and Astronautics, No 4, Vol. 20, May 1982.

Dieser Systemtyp ist im allgemeinen nur zur Verteidigung „gehärteter“ Punktziele geeignet. Seine Funktionsfähigkeit ist abhängig von der erfolgreichen „Härtung“ von Radaranlagen und Gefechtsführungscomputern, der ihnen zugeordneten Datenübermittlungssysteme und Abfangraketen gegen die elektromagnetischen Effekte von Kernwaffenexplosionen.

Um diese Forderungen an LoADS zu mildern, werden nicht-nukleare Bekämpfungsmittel entwickelt. Auch sind „unkonventionelle“ Systeme vorgeschlagen worden, die neben der nicht-nuklearen Bekämpfung von angreifenden Gefechtsköpfen die Leistungsanforderungen an Radar- und Rechenggeräte weiter verringern und damit zusätzliche Möglichkeiten zur Milderung dieses Verwundbarkeitsproblems eröffnen. Dazu gehört insbesondere das SWARMJET-Konzept von Sandia. Dort wird vorgeschlagen, die Einflugschneise von Gefechtsköpfen mit einer großen Anzahl von Stahlwürfeln zu „salzen“; die eindringenden Gefechtsköpfe würden durch Kollision in den meisten Fällen zerstört, zumindest aber aus ihrer Flugbahn geschleudert werden. Es ist ungewiß, ob diese Konzeption durchführbar ist.

Die technologischen Probleme der nicht-nuklearen Abwehr in LoADS-Systemen mehr konventioneller Auslegung liegen u. a. darin, daß entweder die Radaranlagen der Abfangraketen sehr präzise Flugbahninformationen liefern oder die Abfangraketen selbst mit eigenen Sensoren und Selbstnährungsgeräten ausgerüstet sein müssen.

Die Vorteile der nicht-nuklearen Bekämpfung sind allerdings bedeutend. Abgesehen davon, daß sie die Forderungen an die Härte des Systems vermindern, entfällt hier das Problem des nuklearen Freigabeverfahrens, das für nukleare ABM-Systeme ein nahezu unüberwindliches Funktionshindernis darstellt, auf das aber dennoch nicht verzichtet werden kann, wenn nicht die politische Kontrolle über den Einsatz von Kernwaffen gefährdet werden soll.

— „Endoatmosphärische“ Systeme, die angreifende Gefechtsköpfe zwischen 30 km und 100 km Höhe erfassen und verfolgen, aber nicht notwendigerweise bekämpfen, können auch ungehärtete Flächenziele (z. B. Flugplätze) verteidigen. Die ihnen zugeordneten Radaranlagen müssen allerdings über größere Reichweite und Leistungsstärke verfügen, um zwischen Gefechtsköpfen und Eindringhilfen

unterscheiden zu können: Deren unterschiedlicher ballistischer Koeffizient ist am oberen Ende der Reichweitengrenze dieser Systemauslegung noch nicht ausreichend wirksam.

Die Leistungsanforderungen an diese Radaranlagen haben größere Abmessungen und auch größere Komplexität zur Folge; sie sind daher gegen bestimmte Angriffstaktiken und „black-outs“ sehr viel verwundbarer als die LoADS-zugeordneten Radaranlagen.

Diesem Typ eines endoatmosphärischen Systems entspricht die „Sprint“-Komponente des 1969 begonnenen und 1975 aufgegebenen „Safeguard“-ABM-Systems.

LoADS ist bisher als Teil der Antwort auf das Problem der Verteidigung von MX-Stellungen im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms verfolgt worden.

## 2. „Exoatmosphärische“ Systeme

Diese bekämpfen angreifende Gefechtsköpfe während ihres ballistischen Flugs im erdnahen Weltraum. Hier kann von Verteidigungstaktiken Gebrauch gemacht werden, die den Angreifer zwingen, seinen Angriff unter der Annahme zu planen, daß alle angegriffenen Ziele verteidigt werden; der Verteidiger kann dagegen entscheiden, welche Ziele tatsächlich verteidigt werden („adaptive preferential defense“).

Die Sensoren eines solchen Systems haben mehrere Minuten anstatt nur weniger Sekunden zur Verfügung, um die Gefechtsköpfe in der anfliegenden Materialwolke zu identifizieren und um ihre Flugbahn zu bestimmen; nicht-nukleare Bekämpfungstechniken können daher leichter verwirklicht werden als bei endoatmosphärischen Systemen. Es ist dieser Zeitfaktor, der u. a. „adaptive preferential defense“ ermöglicht, also die Verteidigung einer kleinen Zahl von Angriffszielen durch eine begrenzte Zahl von Abfangmitteln gegen eine große Zahl angreifender Gefechtsköpfe.

Die *nicht*-nukleare Bekämpfung eines Angriffs außerhalb der Atmosphäre ist von noch größerer Bedeutung als im endoatmosphärischen Bereich; die Interferenzeffekte nuklearer Explosionen im Weltraum reichen sehr viel weiter als in der Atmosphäre — nicht nur würden die Sensoren der eigenen Abwehrsysteme gestört (bei erfolgreicher Härtung) oder zerstört werden, sondern auch ein großer Teil der satellitengestützten Füh-

rungs-, Aufklärungs- und Kommunikationssysteme<sup>4)</sup>.

Die gegenwärtigen Entwicklungen in den USA und in der Sowjetunion zielen auf kombinierte („layered“) ABM-Systeme, die sowohl eine endoatmosphärische Komponente („underlay“) als auch eine exoatmosphärische Komponente („overlay“) einbegreifen.

### 3. Gerichtete, hochenergetische Strahlung

Der rasche Fortschritt im Verständnis der Grundprobleme gerichteter, hochenergetischer Strahlung (Laser und Teilchenstrahlung), der nicht zuletzt durch die erheblichen sowjetischen Anstrengungen in diesem Bereich stimuliert wurde, hat in den USA zum Wiederaufleben eines Konzepts zur Abwehr von Raketen in der Startphase bzw. vor der Trennung von Gefechtskopftträger und Gefechtsköpfen geführt. Dieses Konzept, welches das etwas sardonische Acronym „BAMBI“ (Ballistic Missile Boost Intercept) erhielt, wurde Mitte der sechziger Jahre wegen damals unüberwindlicher technischer Hindernisse aufgegeben. Falls es gelingt, die Probleme in der Beherrschung gerichteter, hochenergetischer Strahlung zu lösen, wären Systeme denkbar, die, im erdnahen Weltraum stationiert, ballistische Raketen schon während ihrer Startphase zerstören. Damit sind

die Möglichkeiten von Abwehrsystemen, die auf dem Prinzip gerichteter Energie beruhen, allerdings nicht erschöpft.

Die folgenden Charakteristika lassen ein Laser-(HEL)-Waffensystem strategisch vorteilhaft erscheinen:

— es ist nicht-nuklear und hochselektiv und verursacht dadurch minimale Kollateralschäden;

— die Zielbekämpfung erfolgt mit Lichtgeschwindigkeit;

— mit einer relativ kleinen Anzahl von Systemen (ca. 40) könnte bei einem weltraumgestützten System das gesamte Spektrum der Bedrohung durch ballistische Raketen abgedeckt werden;

— die theoretisch unbegrenzte Fähigkeit zur Bekämpfung multipler Ziele;

— die systeminhärente Fähigkeit zur Selbstverteidigung.

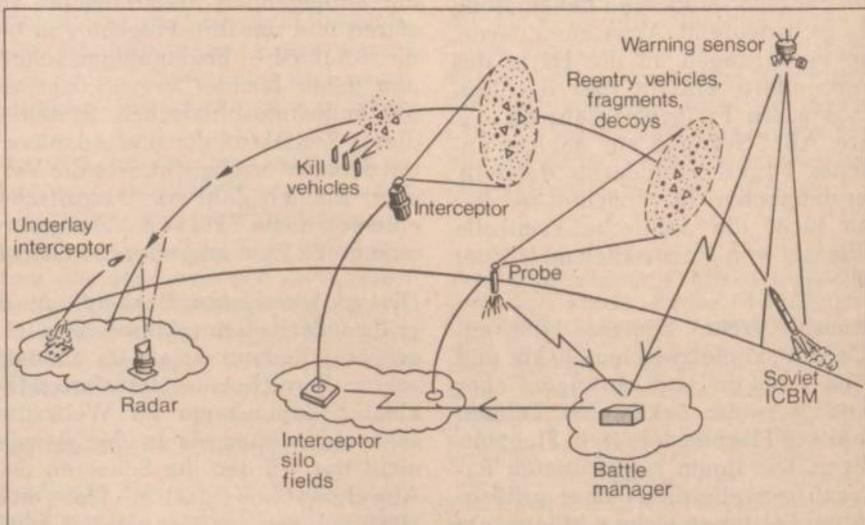
Diesen potentiellen Vorteilen stehen aktuelle Probleme gegenüber:

— die Lücke zwischen der Energiestärke gegenwärtig verfügbarer Lasersysteme (ca. 5 Mw) und der vom gegenwärtigen Entwicklungsstand der zugehörigen Spiegel, Zielerfassungs-, Zielverfolgungs- und Zielpunktverharrungssysteme geforderten Energiestärken (in der Größenordnung von ca. 100 Mw), wird nur sehr langfristig geschlossen werden können;

— die potentielle Verwundbarkeit gegenüber weniger kostspieligen Gegenmaßnahmen, wie

<sup>4)</sup> S. William J. Broad, A Fatal Flaw in the Concept of Space War, in: Science, Vol. 22, No 12, March 1982, S. 1372 ff.

Skizze des „Kombinierten“ ABM-Systems



Quelle: Office of Technology Assessment, „MX Missile Basing“, Washington, D. C. 1981, S. 131

z. B. durch Angriffe von Gefechtssatelliten oder ihre Wirkungsbeschränkung durch „Härtung“ der Offensivwaffen (z. B. durch Verspiegelung der Raketenoberfläche oder durch Rotation des Raketenkörpers);

— unzureichende Kapazitäten zum Transport eines solchen Systems in den erdnahen Weltraum (Anzahl und Nutzlastfähigkeit der „Space Shuttle“ ist zu gering);

— die Entwicklungs- und Dislozierungskosten stehen im Konflikt mit den tradierten Verteilungsschlüsseln des Verteidigungsbudgets und im Konflikt mit den Zwängen eines immer noch wachsenden Haushaltsdefizits.

Gegenwärtig befinden sich in den USA zwei grundlegend verschiedene Ansätze für ein HEL-Waffensystem in der technischen Explorations- bzw. in der Systementwicklungsphase.

Das unter Federführung von DARPA (Defense Advanced Projects Agency) und Luftwaffe verfolgte „Triad“-Programm basiert auf einem chemischen Laser (Wasserstoff- bzw. Deuteriumfluoridlaser) von 5 Mw Leistung, der mit einem 3-m-Richtspiegel kombiniert ist. Die geringe Auslegung der Energieleistung führte hier zu außerordentlichen Forderungen an die Fähigkeit des Systems, den Energiestrahle ohne Abweichung und Strahlverzittereffekten einige Sekunden über mehrere Tausend Kilometer Entfernung auf einen Zielpunkt von wenigen Zentimetern Durchmesser zu fixieren. Weitere Nachteile liegen im Gewicht des Systems, das, um seine volle Operationsfähigkeit zu erreichen, über 200 Space-Shuttle-Ladungen beanspruchen mag. Außerdem ist die „Schußkapazität“ dieses Systems begrenzt. Schließlich sind auch dessen Kosten und das Verhältnis von Systemkomplexität und Funktionserfordernissen (Tests, Kalibrierung, Wartung) derart ungünstig, daß mit einer vollen Systementwicklung nicht mehr gerechnet werden kann.

Seit 1982 wird verstärkt die Eignung anderer Laser kürzerer Wellenlänge (höhere Energieleistung) und geringeren Gewichts untersucht. Insbesondere der freie Elektronenlaser (FEL) gilt als mögliche Alternative zu chemischen Lasern.

Welcher Typ von HEL-Systemen im erdnahen Weltraum aber auch immer disloziert werden soll, all diese Systeme müssen bestimmte technologische Hürden in den folgenden Bereichen überwinden:

— sehr präzise Hochtemperaturoptik;

— adaptive Optik, um den HEL-Strahl zu bündeln und zu führen;

— Konstruktion großer Gerüststrukturen im Weltraum und die Möglichkeit der langfristigen Lagerung von Material, das komplexen kältetechnischen Forderungen genügen muß;

— zuverlässige Quellen für die Erzeugung großer Energiemengen;

— fortgeschrittene Methoden zur Beseitigung von Abfallwärme;

— hochleistungsfähige Überwachungs-, Zielerfassungs-, Führungs- und Kommunikationssysteme;

— ein leistungsfähiges Raumtransportsystem.

Die zweite, von der ersten grundlegend verschiedene Konzeption für die Nutzung von Lasern zur Raketenverteidigung ist die der „Fighting Mirrors“. In diesem Systementwurf bleibt die Energiequelle des Lasers erdgestützt. Die erzeugte Energie soll hier von der festen Anlage aus an die die Erde umkreisenden Spiegel abgestrahlt werden, die dann den Energiestrahle neu bündeln und ins Ziel lenken.

Die Schwierigkeiten dieser Konzeption resultieren u. a. aus der durch die Atmosphäre verursachten Streuung und Energieverlusten des Strahls. Dieser Wirkungsverlust müßte u. a. durch Zusatzanforderungen an die Größe und Oberflächenbearbeitung der Spiegel kompensiert werden. Weil die Durchlässigkeit der Atmosphäre im Bereich kurzer Wellenlängen am günstigsten ist, kommen vor allen Dingen kurzwellige Laser für diesen Systementwurf in Betracht.

Die räumliche Trennung von Energiequelle und Spiegel ermöglicht große Anlagen zur Energieproduktion, wodurch das Problem der kontinuierlichen Erzeugung großer Energiemengen, im Gegensatz zu vollständig weltraumgestützten Systemen, sehr viel leichter zu lösen ist. Daher kommen hier auch Laser in Frage, deren Energiebedarf sehr hoch ist und deren Energieerzeugungsanlagen große Abmessungen haben.

Abgesehen von den Anwendungsmöglichkeiten der Laser zur Raketenabwehr und Satellitenverteidigung existiert eine Vielzahl von Programmen, die die Nutzungsmöglichkeiten von Lasern zur Luftverteidigung sowie zu Kommunikations- und Aufklärungszwecken untersuchen. So hat die amerikanische Luftwaffe bereits Experimente durchgeführt, die den Nachweis erbrachten, daß Luft-Luft-Raketen von flugzeuggestützten Lasern zerstört werden können. Ein solches System könnte Ende der achtziger Jahre zur Einsatzreife ge-

langen. Die amerikanische Marine verfolgt die Nutzung von Lasern zur satellitengestützten Kommunikation und zur Suche nach U-Booten<sup>5)</sup>.

Die Nutzung von Lasern zur Einsteuerung präzisionsgesteuerter Waffen wird bereits seit einer Anzahl von Jahren beherrscht und ist von den hier diskutierten Anwendungen zu unterscheiden. Der Gebrauch von Lasern zur „Beleuchtung“ von Erdkampftzielen könnte aber in ferner Zukunft durch den Gebrauch

von Lasern (satelliten-, luft- oder bodengestützt) zur Bekämpfung von Zielen auf der Erdoberfläche ergänzt werden.

Im Bereich der Partikelstrahlung, der Alternative zu Lasern für die Erzeugung hochenergetischer Strahlung, verfolgt gegenwärtig das amerikanische Heer mit den Los Alamos-Laboratorien das „White Horse“-Projekt: ein weltraumgestütztes System, das auf der Erzeugung neutraler Partikelstrahlungen beruht<sup>6)</sup>.

### III. Die ABM-Entwicklung in den USA bis 1972<sup>7)</sup>

Die amerikanischen Bemühungen um ein Raketenabwehrsystem reichen zurück bis 1953; als das Heer, die verantwortliche Teilstreitkraft für Luftverteidigung, Western Electric und die Bell Telephone Laboratories (BTL) aufforderte, die technische Möglichkeit eines ABM-Systems zu untersuchen. Western Electric und BTL hatten seit 1945 die Federführung des Nike-Projekts inne, eines Entwicklungsprojekts für ein Luftabwehrsystem gegen hochfliegende Bomber. Mit der Schlußfolgerung, daß eine modifizierte Version der Nike-Hercules-Luftabwehrrakete auch zur Verteidigung gegen Raketenangriffe geeignet sei, wurde 1957 das Nike-Zeus-Projekt begonnen. Es sollte daraus ein ABM-System zur Verteidigung von Ballungszentren entstehen.

Die 1958 gegründete Advanced Research Projects Agency (ARPA) wie auch die im selben Jahr neugebildete — und ARPA übergeordnete — Unterabteilung für Verteidigungsforschung und Ingenieurwesen (DDR & E) des amerikanischen Verteidigungsministeriums beurteilten allerdings die Erfolgchancen von Nike-Zeus mit außerordentlicher Skepsis: Sowohl die Beschleunigungswerte der Abfangrakete wie auch die Leistungsfähigkeit der Radaranlagen waren zur Lösung der gestellten Aufgabe zu gering. Das Nike-Zeus-Projekt wurde daher auf die Entwicklung elektronisch gesteuerter Radargeräte in Phasenanordnung (PAR) und einer Abfangrakete mit hoher Beschleunigungsfähigkeit umgestellt.

Von großer Bedeutung für die Neuorientierung des ABM-Projekts waren die Ergebnisse der „Re-entry Body Identification Group“ des

Pentagon, die die technischen Möglichkeiten der Unterscheidung von Gefechtsköpfen, Raketenfragmenten, Attrappen, Radardüppeln usw. untersuchte. Diese Gruppe war einer der Ausgangspunkte für die MIRV (*multiple, independently targetable re-entry vehicles*)-Entwicklung in den USA.

Die Zielsetzung des Heeres blieb weiterhin, mit dem zwischen 1961 und 1965 neukonfigurierten System (dann Nike-X genannt) Ballungszentren gegen einen sowjetischen Angriff zu verteidigen. Im Unterschied dazu verfolgte ARPA im Projekt „Defender“ Lösungen für die Probleme der Verteidigung gehärteter Raketenstellungen und Gefechtsführungszentralen („hardsite defense“). Dieses Projekt war von seinen technischen Aspekten her betrachtet erfolgversprechender als das Heeresprojekt; keine der Teilstreitkräfte zeigte jedoch Interesse an einer Systementwicklung, und der damalige Verteidigungsminister McNamara stand aus politischen wie aus strategischen Gründen jeder ABM-Entwicklung ablehnend gegenüber.

Nachdem 1967 die Glassboro-Gespräche zwischen Präsident Johnson und Kossygin zeigten, daß ein beidseitiger ABM-Verzicht nicht erreicht werden konnte, traf McNamara unter Druck des Kongresses die Entscheidung zur Dislozierung einer reduzierten Version des Heeressystems („Sentinel“). Seine (beabsichtigte) geringe Leistungsfähigkeit beschränkte es auf die Abwehr kleiner und taktisch undifferenzierter Angriffe, wie sie von China oder

<sup>5)</sup> A. a. O.

<sup>7)</sup> Graham T. Allison, Frederic A. Morris, *Armaments And Arms Control: Exploring The Determinants of Military Power*, in: *Daedalus*, Sommer 1975, S. 114 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. *Aviation Week and Space Technology*, March 16, 1981, S. 19.

nicht-identifizierten Angreifern ausgehen könnten, oder auf die Abwehr „nicht-autorisierter“ Angriffe.

Zu Beginn der Nixon-Regierung wurde der Schwerpunkt des ABM-Programms vollständig von der Verteidigung von Ballungszentren auf die Verteidigung von Minuteman-Raketenstellungen verlagert („Safeguard“). Es wurde jedoch weiterhin Gebrauch von den Sentinel-Systemkomponenten gemacht:

Spartan, — einer Abfangrakete, die im erdnahen Weltraum angreifende Gefechtsköpfe abfangen sollte;

Sprint, — einer Abfangrakete, die im oberen endoatmosphärischen Bereich operierte; sowie

von zwei Radartypen, ein weitreichender Zielerfassungs- und -verfolgungsradar und

ein Gefechtsführungsradar, der die angreifenden Gefechtsköpfe im endoatmosphärischen Bereich erfaßte und verfolgte und die Sprint-Abfangrakete auf ihre Flugbahn einwies.

Auch Safeguard war zur Lösung dieser ABM-Aufgabe unzureichend. Die Leistungsbeschränkung der EDV-Anlagen wie auch die Verwundbarkeit besonders der großen „perimeter acquisition radars“ erlaubte nur wenig Vertrauen in die Funktionsfähigkeit dieses Systems gegenüber einem sowjetischen Angriff.

Die Debatte, die durch die Dislozierungsentcheidung für Sentinel und dann Safeguard ausgelöst worden war, zeigte jedoch, daß „hardsite-defense“ größere öffentliche Unterstützung genoß als die Verteidigung von Großstädten.

#### IV. Die ABM-Entwicklung in den USA nach 1972

Das SALT-I-Abkommen, dessen Teil der ABM-Vertrag war, wurde mit der Erwartung verhandelt, daß zumindest für die Dauer des auf fünf Jahre begrenzten Offensivwaffenabkommens die Sowjetunion weder ICBM der vierten Generation zur Einsatzreife bringen, noch die technischen Probleme der Entwicklung zielgenauer Mehrfachgefechtsköpfe, die unabhängig voneinander, verschiedene Ziele angreifen können (MIRV), überwinden werden<sup>4)</sup>.

Diese Fehleinschätzung der technischen Leistungsfähigkeit der UdSSR und mehr noch die Unterschätzung des Umfangs der eingesetzten Ressourcen hatten zur Folge, daß die USA über sehr viel weniger Zeit als erwartet verfügten, um dem sich abzeichnenden strategischen Problem der Verwundbarkeit silogestützter ICBM zu begegnen.

So war bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre deutlich geworden, daß ein permanentes Offensivwaffenabkommen kaum

noch möglich war, daß aber auch in der Kombination eines zweiten Interimsabkommens (SALT II), mit gewissen Modernisierungsmaßnahmen des ICBM-Potentials (MX), das Verwundbarkeitsproblem nicht mehr beherrscht werden könne. Solche Lösungen hätten damals schon die sowjetische Bereitschaft vorausgesetzt, einen großen Teil ihrer Investitionen in silogestützte, schwere ICBM abzuschreiben und die ungeheuren zusätzlichen Kosten der Restrukturierung ihrer strategischen Streitkräfte zu tragen.

Die Entwicklung des sowjetischen strategischen Dispositivs schritt (und schreitet) tatsächlich so schnell voran, daß die (ursprünglich für 1985 geplante) Dislozierung von MX an der Frage, welcher Stationierungsmodus noch zu erträglichen Kosten für einen ausreichenden Zeitraum ein adäquates Maß an Überlebensfähigkeit gewährt, seit Beginn der Reagan-Administration zu scheitern droht. Dabei handelt es sich nicht um die Frage, über welche Kräfte die Sowjetunion gegenwärtig verfügt, sondern darum, über welche sie zur Zeit der Indienststellung des MX-Systems und während seiner projektierten Lebensdauer verfügen wird. Und hier sind dann die Mittel, die die UdSSR im Laufe der siebziger Jahre in waffentechnologische Forschung und Entwicklung investiert hat, von größerer Bedeutung als die zum gegenwärtigen Zeitpunkt einsatzbereiten Waffensysteme.

<sup>4)</sup> Zur Geschichte von SALT I s. die Darstellung von John Newhouse, *Cold Dawn*, New York 1973. Die Debatte um die Voraussetzungen für das SALT-I-Abkommen wurde im Rahmen der Auseinandersetzung um die Fehler in der Bewertung des sowjetischen Rüstungsprogramms durch den CIA geführt. Sie spielte die entscheidende Rolle in der Einsetzung eines „Team-B“, das, in Konkurrenz zum CIA, die sowjetische Rüstungspolitik und deren Tendenzen untersuchen sollte.

me. Diese Investitionen machten im genannten Zeitraum ca. ein Viertel ihrer gesamten Verteidigungsaufwendungen aus, so daß, selbst wenn die sowjetischen und amerikanischen Rüstungsausgaben annähernd gleichen Umfang hätten, der sowjetische Mitteleinsatz für Forschung und Entwicklung fast doppelt so groß wäre wie der der USA.

Was auch immer sonst daraus folgen mag: Eine Lösung des ICBM-Verwundbarkeitsproblems läßt sich daher weder allein durch eine weitere Härtung der ICBM-Startschächte gegen Kernwaffenexplosionen erreichen, noch durch komplexe Startschacht- oder Tunnelsysteme (MPS), in denen ICBM verborgen werden. In den Dislozierungsplänen für MX wurde daher seit 1978 zunehmend die Entwicklung von ABM-Systemen einbezogen.

Ein Meilenstein in der Verknüpfung von MX und ABM war die Entscheidung am 13. März 1978 zugunsten eines MPS- („multiple protective structures“) Modus für MX und zuungunsten einer flugzeuggestützten Systemversion. Beide Versionen waren mit unterschiedlich ausgelegten ABM-System-Konzepten assoziiert<sup>9)</sup>.

MX/MPS wurde im Zusammenhang mit einem LoADS-ABM-System betrachtet. Dieses System sollte entweder in MX-Startschacht- oder MX-Tunnelanlagen aufgestellt werden, wobei in der zweitgenannten Option Abfangrakete, Radar und EDV-Anlage eine mobile Einheit bilden sollten. In der erstgenannten Option war eine räumliche Trennung der Systemkomponenten vorgesehen, wobei die Abfangraketen in unbesetzten MX-Startschächten stationiert und demzufolge auch rotiert werden sollten — um nur diejenigen Gefechtsköpfe abzufangen, die einen besetzten Startschacht angreifen. Für die „erste Generation“ von LoADS war eine Abfangrakete mit nuklearem Gefechtskopf vorgesehen. Nach Lösung der Entwicklungsschwierigkeiten sollte eine andere Abfangrakete mit Selbstnähungsgerät und nicht-nuklearem Zerstörungsmechanismus in Dienst gestellt werden.

Ziel dieses Systems war es, die UdSSR zu zwingen, den Kräfteansatz für einen Angriff auf MX-Stellungen mindestens zu verdoppeln, um dadurch den möglichen taktischen Erfolg mit einer strategischen Niederlage be-

<sup>9)</sup> Vgl. Aviation Week and Space Technology, March 19, 1979, S. 23 ff.

zahlen zu müssen<sup>10)</sup>. MX/MPS und LoADS sollten daher zum gleichen Zeitpunkt den Beginn ihrer Operationsfähigkeit erreichen, um gleichzeitig disloziert werden zu können.

Voraussetzung für den Erfolg dieser Systemlösung war, daß der sowjetische Zuwachs an Gefechtsköpfen unterhalb derjenigen Grenze bleibt, die einen derartigen Kräfteinsatz ermöglicht — d. h. unter ca. 7 000 Gefechtsköpfen. Mit gewissen Vorbehalten akzeptierte daher die amerikanische Luftwaffe, die LoADS favorisierte und der MX, wie alle ICBM, unterstellt sein würde, den SALT-II-Vertragsentwurf; die dort bestimmte Begrenzung des sowjetischen Offensivwaffenpotentials hätte die Erfüllung dieser Bedingung gewährleistet. Aus dem Scheitern von SALT II folgte daher, daß die MX/MPS-LoADS-Kombination in Frage gestellt wurde<sup>11)</sup>.

Obwohl die Stationierung von MX in Transportflugzeugen großer Verweildauer abgelehnt worden war, nahm die Bedeutung des mit dieser Stationierungsmöglichkeit verbundenen ABM-Systems in der Folgezeit weiter zu. Es wurde zum „overlay“, also der exoatmosphärischen Komponente, in der Konzeption eines „layered“ ABM-Systems; LoADS wurde als „underlay“-Komponente beibehalten<sup>12)</sup>.

Dieses System sollte u. a. der Verteidigung der Flugzeugstützpunkte, also „weicher“ Flächenziele, dienen. Die exoatmosphärische Abwehr angreifender Gefechtsköpfe sollte durch eine modifizierte Minuteman-Rakete erfolgen, deren dritte Stufe ein Selbstnähungsgerät mit nicht-nuklearem Gefechtskopf und ein Zielerfassungs-, -beschreibungs- und Zielzuweisungsgerät integriert. Diese dritte Stufe wird bereits als „homing overlay experiment“ (HOE) in diesem Jahr erprobt werden. Zur weitreichenden Zielerfassung und -ver-

<sup>10)</sup> Stark vereinfacht kann dieses Kalkül wie folgt dargestellt werden: z. B. 100 MX werden stochastisch auf Silos aus einer Gesamtmenge von 2300 Silos verteilt. Die UdSSR kann nicht unterscheiden, welche Silos leer und welche geladen sind. Falls die Sowjetunion über die theoretische Fähigkeit verfügte, mit jedem Gefechtskopf ein Ziel gegebener Härte zu zerstören, müßte sie also mindestens 2300 Gefechtsköpfe zur Zerstörung von 100 MX einsetzen. Wenn jede Abwehrrakete eines LoADS-Systems eine größere als 50%ige Chance hat, einen angreifenden Gefechtskopf abzufangen, müßte die UdSSR 4600 Gefechtsköpfe für die sichere Zerstörung von 100 MX ansetzen.

<sup>11)</sup> Vgl. Aviation Week and Space Technology, March 23, 1981, S. 18 f.

<sup>12)</sup> Vgl. Aviation Week and Space Technology, March 30, 1981, S. 18 f.

folgung, wie zur Unterscheidung der Gefechtsköpfe von der sie umgebenden Materialwolke, wird ein optisches System entwickelt, dessen Sensor im Bereich langwelliger Infrarotstrahlung arbeitet. Damit ist dieses System, im Unterschied zu LoADS, unabhängig von verwundbaren, bodengestützten Radaranlagen. Sobald die Frühwarnsysteme Vorbereitungen für einen sowjetischen Raketenstart melden, wird diese Sonde über die Atmosphäre geschossen. Nur die Gefechtsführung bleibt in dieser Systemkonzeption weiterhin in einer gehärteten, ortsfesten Anlage.

Obwohl möglicherweise die Berichte über die Skepsis Präsident Reagans gegenüber MX nicht vollständig zutrafen, verursachte seine Entscheidung, SALT II nicht zu ratifizieren und seine Ablehnung von MX/MPS, das erneute Aufbrechen des MX-Dislozierungsproblems unter schwierigeren Bedingungen. Nicht nur stand eine erneute Festlegung des Dislozierungsmodus unter noch größerem Zeitdruck als 1978; im Kongreß regte sich zunehmend Widerstand gegen die Verzögerungen im MX-Projekt (der dann 1982 und 1983 zur Streichung der Mittel für die Produktion dieser ICBM führte)<sup>13</sup>). Auch täuschte die nur schwache Hoffnung, daß es gelingen könnte, mit der Sowjetunion einen Vertrag über die Reduzierung bestehender und die Entwicklungsbeschränkung zukünftiger strategischer Offensivwaffen — also eine Art „umgekehrten“ ABM-Vertrag — abzuschließen, nicht darüber, daß sich mit jeder weiteren Verzögerung das Problem der Verwundbarkeit von ICBM bis zur Obsoleszenz im Planungsstadium jeder MX-LoADS-Kombination verschärfen wird.

1981 wurde daher das Townes-Panel bestellt, um noch einmal alle bisher diskutierten Dislozierungsoptionen für MX zu analysieren. In dessen Bericht wurde dann auch tatsächlich die Ablehnung von MX/MPS-LoADS begründet<sup>14</sup>).

Im gleichen Jahr unternahm das Verteidigungsministerium eine Überprüfung des ABM-Entwicklungsprogramms des Heeres. In dessen Folge wurde die Komponentenintegration eines „kombinierten“ („layered“) ABM-Systems beschlossen, um bis 1986 einen Prototyp entwickeln zu können. Seine Auslegung

sollte zur Verteidigung von ICBM, Bomberbasen, Führungs-, Kommunikations-, Warnungs- und Aufklärungsanlagen befähigen. Es wurde allerdings nicht verhohlen, daß ein solches System nicht vor Beginn der neunziger Jahre in Dienst gestellt und operationsfähig gemacht werden könnte — selbst dann nur, wenn hohe Entwicklungsrisiken und -kosten in Kauf genommen würden. Im Unterschied dazu hätte LoADS bis 1987/88 den Beginn seiner Operationsfähigkeit erlangen können<sup>15</sup>).

Jedoch konnten weder das Townes-Panel noch die Überprüfung des ABM-Programms eine endgültige Antwort auf die Frage geben, wie, wann und wo MX in Dienst gestellt werden sollte. Mittlerweile war nur Einigkeit darüber erzielt worden, daß über die MPS-Lösung die Entwicklung entweder hinweggegangen war oder diese Lösung von Anbeginn zu viele Schwächen aufwies. So schlug Verteidigungsminister Weinberger 1982 den „dense pack“-Modus vor, in dem in geringem Abstand voneinander (600—700 m) in 2 000 bis 3 000 hochgehärteten Kanisterschächten 200 bis 300 MX-Raketenkapseln verborgen werden sollten. Der geringe Abstand kann zur Überlebensfähigkeit auf diese Weise dislozierter ICBM beitragen, weil damit die gegenseitigen Interferenzwirkungen nuklearer Explosionen („Fratrizideffekt“) genutzt werden<sup>16</sup>). Dieser Vorschlag scheint jedoch wieder fallengelassen worden zu sein; eine große Zahl alternativer Systemlösungen bleibt im Gespräch.

Es ist gegenwärtig kaum vorhersehbar, für welche Lösung die endgültige Entscheidung fallen wird. Fest steht jedoch, daß sich allein durch diese Ungewißheit die ABM-Entwicklung aus der Verklammerung mit dem MX-Problem zu lösen beginnt — sowohl was den Zeithorizont für die Systementwicklung als auch was die Fülle der technischen und strategisch-operativen Möglichkeiten betrifft.

Obwohl bis zur ersten Einsatzreife eines solchen Systems sicher noch mindestens zehn bis fünfzehn Jahre vergehen werden, wirkt sich die Möglichkeit der Entwicklung von Abwehrsystemen, die auf der Beherrschung gerichteter, hochenergetischer Strahlung (insbesondere Laser) beruhen, bereits heute auf strategische Entscheidungen aus. Mit den verschiedenen Lösungsphasen der bisher überwältigenden technischen (und finanziel-

<sup>13</sup>) Vgl. Aviation Week and Space Technology, March 22, 1982, S. 18 f.

<sup>14</sup>) Vgl. Anm. 11.

<sup>15</sup>) Vgl. Anm. 12.

<sup>16</sup>) Vgl. Aviation Week and Space Technology, March 29, 1982, S. 20 f.

len) Probleme könnten, Schritt um Schritt, die Aufgaben der Verteidigung gegen ballistische Raketen, der Satellitenverteidigung, sogar der Luftverteidigung und der Bekämpfung von Zielen auf der Erdoberfläche in einem Systemkonzept integriert werden. Die volle strategische und politische Bedeutung dieser Entwicklung ist heute noch nicht abzusehen. Absehbar ist jedoch, daß Kernwaffen ihre bisherige Vorherrschaft verlieren werden und damit die aus ihr gewachsenen Strukturen internationaler Beziehungen und internationaler Politik.

Trotz der weitreichenden Folgen, die wohl eine neue Büchse der Pandora öffnen, aber auch das nukleare Damoklesschwert stumpf werden lassen wird, scheint es nicht sehr wahrscheinlich, daß die USA oder die Sowjetunion die Entwicklung von ABM-Systemen vertrauterer Wirkungsweise überspringen werden. Es ist eher denkbar, daß ABM-Systeme der übernächsten Generation eine Komponente gerichteter Strahlung haben werden, deren Operationsfeld der erdnahe Weltraum sein wird.

Das amerikanische Interesse an der Nutzung gerichteter Energiestrahlen zur Verteidigung gegen Raketenangriffe ist in bedeutender Weise durch die forcierten sowjetischen Entwicklungsprogramme in diesem Bereich stimuliert worden. Eine zentrale Rolle kam hier dem ehemaligen Direktor der Defense Intelligence Agency, Daniel O. Graham, zu, der seit Mitte der siebziger Jahre immer wieder auf die sowjetischen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen verwies. Er argumentierte damit gegen die weitverbreitete Skepsis gegenüber den Erfolgsaussichten dieser Programme. Besonders zwei Gesichtspunkte legten eine vorsichtiger Bewertung der sowjetischen und, a fortiori, amerikanischen Versuche, das militärische Potential hochenergetischer, gerichteter Strahlen zu bewerten, nahe.

Die Extrapolation von der Leistungsfähigkeit der gegenwärtig verfügbaren Laser auf die geforderte Energieleistung effektiver Laserwaffensysteme, die zur Dislozierung im Weltraum geeignet sind, ist mit außerordentlichen technischen Schwierigkeiten verbunden, deren Lösung möglicherweise mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Noch größer ist allerdings die Lücke zwischen der heutigen Leistungsfähigkeit von Aufklärungs-, Gefechtsführungs- und Kommunikationssystemen und der für die Führung solcher Waffensysteme geforderten Leistungsparameter.

Eine untergeordnete, aber keineswegs nebensächliche Rolle spielten zwei politische Argumente: Die Ausrichtung des amerikanischen Forschungs- und Entwicklungsprogramms auf eine Systementwicklung wäre verfrüht und der späteren Dislozierung eines ausgereiften Systems abträglich, denn die voraussehbar hohen Entwicklungskosten und Kostenüberschreitungen für Systeme, deren Defekte und Leistungsmängel bald die strategische Debatte beherrschen würden, könnten zurück schlagen auf die politische Durchsetzbarkeit einer Systementwicklung überhaupt; ein negativer Willensbildungseffekt würde, ähnlich der Sentinel-Safeguard-Debatte, eintreten. Auch stünde eine solche verfrühte Systementwicklung in Konkurrenz zu den unmittelbar notwendigen Investitionen in die Modernisierung der strategischen Streitkräfte.

Obwohl diese Auffassungen von großen Teilen des Militärs und des amerikanischen Verteidigungsministeriums mitgetragen wurden, setzte sich doch die Auffassung durch, daß, wenn auch Ergebnisse nur langfristig erzielt werden können, diese Technologien doch mit Nachdruck und angemessenem Mitteleinsatz verfolgt werden müssen.

Entscheidend dafür war nicht nur der seit 1980 zunehmende Druck einer Anzahl republikanischer Senatoren und Kongreßabgeordneter auf die Reagan-Administration, die Entwicklung von hochenergetischen Lasern zu forcieren; den sowjetischen Fortschritten in diesem Bereich konnte nicht mehr mit dem offiziellen Gleichmut begegnet werden, der noch 1980 vorherrschte<sup>17)</sup>. Die Befürchtung, daß die UdSSR kurz vor der Erprobung eines, wenn auch leistungsbegrenzten, Waffensystems stünde, mochte übertrieben sein. Es war jedoch kaum noch zu bezweifeln, daß die UdSSR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit der Systemerprobung beginnen könnte<sup>18)</sup>.

Von großer politischer Bedeutung war auch die 1982 erfolgte Veröffentlichung der „High-Frontier“-Studie der Heritage Foundation, die der Reagan-Administration nahesteht. Diese Studie, an der Daniel O. Graham federführend beteiligt war, faßte mit großem Gespür für Öffentlichkeitswirkung alle Entwicklungsansätze der Verteidigung im erdnahen Welt-

<sup>17)</sup> Vgl. z. B. Peter V. Domenici, *Toward a Decision on Ballistic Missile Defense*, in: *Strategic Review*, Winter 1982.

<sup>18)</sup> Vgl. *Aviation Week and Space Technology*, March 8, 1982, S. 28 f.

raum, in der Forderung nach einer integrierten und forcierten Systementwicklung zusammen. Schwerpunkt der Argumentation war die Notwendigkeit eines dreischichtigen ABM-Systems, das die nicht-nukleare Version der „underlay“-Komponente und die „overlay“-Komponente des „layered defense systems“ einbezog, und ein HEL-System, das gegnerische Raketen in Start- und Anfangsphase ihrer ballistischen Flugbahn bekämpft<sup>19)</sup>.

Außerdem wurde die Entwicklung eines Satellitenabwehrsystems gefordert; zahlreiche, mit Selbstannäherungsgeräten ausgerüstete Abfangraketen sollen auf Trägersatelliten stationiert werden, um sowjetische Kampfsatelliten anzugreifen und zu zerstören zu können.

Diese Studie ist von weiterwirkender Bedeutung; sie war Ausdruck einer sich verstärkenden Tendenz, den Gordischen Knoten des ICBM-Verwundbarkeitsproblems durch eine grundlegende Veränderung der Entwick-

lungsrichtung der strategischen Streitkräfte zu durchschlagen<sup>20)</sup>. Sie machte auch zum ersten Mal deutlich, daß die Trennung zwischen der Verteidigung militärischer Ziele und der Verteidigung von Städten, auf der noch das „layered defense system“ des Heeres beruhte, aufgehoben werden kann. Selbst wenn man die Leistungsgrenzen der in der „High-Frontier“-Studie vorgeschlagenen Abwehrsysteme in Betracht zieht, so rückt doch die kumulative Wirkung der vorgeschlagenen drei Verteidigungsschichten selbst auf einen massiven Angriff, die Möglichkeit der Flächenverteidigung der USA, ins strategische Blickfeld. Der Zusammenhang zwischen der sukzessiven Ausdünnung eines mehrere Tausend Gefechtsköpfe umfassenden Angriffs mit der taktischen Dominanz des Verteidigers über den Angreifer und der Möglichkeit, die Verteidigung aller Zielkategorien in einer Systemkonzeption zu integrieren, wird die weitere ABM-Entwicklung der USA beherrschen.

## V. Die ABM-Entwicklung in der UdSSR bis 1972<sup>21)</sup>

Informationen über das sowjetische ABM-Programm sind naturgemäß sehr viel bruchstückhafter als über das der USA. Dieses Programm muß allerdings genauso weit zurückreichen wie das der Vereinigten Staaten. So erklärte im Oktober 1961 Marschall Malinowski, daß die Sowjetunion das Problem, Raketen im Flug zu zerstören, gelöst habe. Im Juli 1962 verwies Nikita Chruschtschow erneut auf die Erfolge der sowjetischen Raketenverteidigung. Diese Erklärungen waren sicher keine leeren Behauptungen. Der Weg aber, von der prinzipiellen Lösung des Problems, eine einzelne Rakete abzufangen, bis zur Entwicklung eines leistungsfähigen ABM-Systems, ist weit und schwierig.

Bei der Parade zu den Revolutionsfeierlichkeiten 1964 wurde zum ersten Mal eine mehrstufige Abfangrakete (Galosh) vorgestellt, deren Reichweite auf mehrere hundert Kilometer geschätzt wurde. In der Folgezeit wurde diese Rakete Bestandteil eines ABM-Gürtels um Moskau, dessen Radaranlagen damals weit weniger leistungsfähig waren als diejenigen des Sentinel- und Safeguard-Systems der USA. Der Galosh-Gürtel scheint jedoch nicht

bis zu seiner ursprünglich geplanten Dichte aufgebaut worden zu sein.

Zu den Revolutionsfeierlichkeiten 1963 wurde eine Abfangrakete (SA-5, Griffon) gezeigt, von der längere Zeit vermutet wurde, daß sie und die mit ihr assoziierten Radaranlagen zumindest auch ABM-Funktionen übernehmen könne. Sie war Teil des sogenannten Tallin/Leningrad-Abwehrsystems, dessen Aufbau offensichtlich auch abgebrochen wurde. Es wird heute angenommen, daß dieses System zur Abwehr hochfliegender Bomber (wie der von den USA aufgegebenen B-70) entwickelt wurde. Diese Vermutung wird dadurch erhärtet, daß in der Folge des israelischen Libanon-Feldzugs SA-5 in Syrien stationiert wurden.

Als die SALT-Verhandlungen 1969 aufgenommen wurden, war so die UdSSR noch weiter

<sup>20)</sup> Zur ABM-Debatte in den USA s. besonders Albert Carnesale, *Reviving the ABM debate*, in: *Arms Control Today*, Vol. 11, No 4, April 1981; *The Washington Quarterly*, *ABM Revisited: Promise or Peril*, Vol. 4, No 4, Autumn 1981; Kosta Tsipis, *Laser Weapons*, in: *Scientific American* Vol. 245, Nr. 6, Dez. 1981.

<sup>21)</sup> Diese Diskussion stützt sich vorwiegend auf Johan J. Holst, *Missile Defense: The Soviet Union and The Arms Race*, in: J. J. Holst, W. Schneider (ed.), *Why ABM?*, New York 1969.

<sup>19)</sup> A. a. O., S. 27 f.

von einem funktionsfähigen ABM-System entfernt als die USA. Wie die USA in den fünfziger und sechziger Jahren, hatte sich die Sowjetunion auf die Verteidigung von Ballungszentren (Moskau) konzentriert. Die Beibehaltung dieser Ausrichtung des sowjetischen Programms mag aus der, im Vergleich zu Washington, größeren strategisch-politischen Bedeutung Moskaus resultieren, aber auch aus der Möglichkeit, dem Problem der (wenn auch nur langsam) wachsenden Verwundbarkeit ihrer ICBM durch Maßnahmen, die die Weite und relative Leere des sowjetischen Territoriums nutzen, zu begegnen. Auch erscheint die Indienststellung eines nur

wenig leistungsfähigen ABM-Systems dann sinnvoll, wenn man in Betracht zieht, daß drei kleine Atomkräfte (Frankreich, Großbritannien, China) mögliche Kriegsgegner der UdSSR sind. Deren Dispositiv war bis in die siebziger Jahre im allgemeinen ausreichend undifferenziert, um eine begrenzte Effektivität des Galosh-Systems zu gewährleisten. So verzichtete die Sowjetunion nach Abschluß des ABM-Vertrages, im Unterschied zu den USA, die 1975 das Minuteman-Verteidigungssystem um Grand Forks, North Dakota, einmotteten, auf die Demontage des sehr viel weniger effektiven Galosh-Gürtels um Moskau.

## VI. Die ABM-Entwicklung in der UdSSR nach 1972

Die sowjetische ABM-Forschung und Entwicklung nach 1972 nahm einen etwas anderen Verlauf als die der Vereinigten Staaten. Neben den außerordentlich hohen Investitionen in strategische Offensivwaffen begann die UdSSR ein forciertes Programm der wissenschaftlich-technischen Exploration hochenergetischer, gerichteter Strahlung, dessen genauer Charakter aus der offenen Literatur nicht zu ermitteln ist. Auf jeden Fall aber scheinen neutrale Partikel- und Elektronenstrahlung, nuklear gepumpte Röntgenlaser, elektrisch angeregte Kohlenmonoxid-Laser und vor allen Dingen freie Elektronenlaser im Zentrum ihrer Anstrengungen zu stehen. Abgesehen von Gerüchten gibt es aber keine sichere Information darüber, ob in der Sowjetunion ortsfeste Laser tatsächlich in einem Satellitenbekämpfungsmodus erprobt wurden.

Relativ zweifelsfrei ist jedoch, daß die UdSSR seit mindestens zehn Jahren große Anstrengungen unternimmt, ein System zur Bekämpfung von Satelliten auf niedrigen Umlaufbahnen zu entwickeln.

Die sowjetischen Bemühungen um Modernisierung und Weiterentwicklung ihres Moskauer ABM-Gürtels wurden jedoch erst gegen Ende der siebziger Jahre voll sichtbar. 1980 wurde die Hälfte der verbliebenen Galosh-Startanlagen (32) demontiert und die noch mechanisch gerichteten Radaranlagen durch elektronisch gesteuerte Radargeräte in Phasenordnung ersetzt. Außerdem waren sprintähnliche hypersonische Abfangraketen entwickelt worden, die den Charakter des Moskauer ABM-Systems wesentlich verän-

dern<sup>22)</sup>. Die vermutete Systemauslegung läßt darauf schließen, daß Moskau weniger wie ein weiches Flächenziel verteidigt werden soll, als wie eine Kumulation von Punktzielen. Diese Vermutung wird auch dadurch gestützt, daß, im Unterschied zu den USA, alle entwickelten ABM-Abfangraketen nur mit nuklearen Gefechtsköpfen ausgerüstet sind.

Ähnlich aber wie in den Vereinigten Staaten zwischen 1972 und 1979, scheinen die sowjetischen Anstrengungen zur Modernisierung ihres Moskauer ABM-Systems darauf gerichtet zu sein, über ein schnell dislozierbares, relativ modernes ABM-System zu verfügen für den Fall, daß der ABM-Vertrag gekündigt wird.

Das, was an Evidenz bekannt ist, mag auch darauf hindeuten, daß die UdSSR die Phase der Entwicklung nicht-nuklearer Abfangraketen überspringen könnte zugunsten verstärkter Entwicklungsanstrengungen im Bereich ortsfester wie auch weltraumgestützter Waffensysteme, die auf der Erzeugung hochenergetischer Strahlung beruhen. Möglicherweise werden auch die erprobten Satellitenbekämpfungssysteme eine gewisse Fähigkeit zur Bekämpfung angreifender Gefechtsköpfe erhalten; mit Sicherheit haben jedoch diese Systeme eine erhebliche Fähigkeit zur Bekämpfung mancher satellitengestützten Aufklärungs-, Frühwarn-, Gefechtsführungs- und Kommunikationsmittel, von denen sowohl das strategische Offensivwaffendispositiv der USA abhängt als auch das prospektive ABM-Dispositiv.

<sup>22)</sup> Vgl. Anm. 18.

Die UdSSR befinden sich hier jedoch auch in einem Dilemma, das durch die Vorherrschaft silogestützter ICBM in ihrer strategischen Streitkräftestruktur bestimmt ist, der ABM in gewisser Weise „systemfremd“ ist — jedenfalls insofern, als ABM die strategische Bedeutung von ICBM zunehmend vermindern wird. Zwar ist die sowjetische Streitkräfteentwicklung seit Mitte der siebziger Jahre gleichgewichtiger geworden (besonders durch den neuen Schwerpunkt im Bereich raketen-

tragender U-Boote); dennoch wird die jetzt zunehmende Schrittfolge der amerikanischen ABM-Entwicklung erneut die Sowjetunion vor wachsende Strukturprobleme in ihren strategischen Streitkräften stellen.

Insgesamt aber wird sich auch die Sowjetunion genauso wenig wie die USA dem beginnenden, grundlegenden strategischen Wandel entziehen können, der nicht zuletzt durch ihr Offensivwaffenprogramm ausgelöst wurde.

## VII. Ausblick

Im Hinblick auf die möglichen politischen und strategischen Konsequenzen der zukünftigen ABM-Entwicklung sollen einige Thesen formuliert werden, die mögliche Dimensionen des beginnenden, grundlegenden Wandels ansprechen.

1. Seit Kernwaffen das beherrschende Element der amerikanischen und der sowjetischen Streitkräfte wurden, beruhte Abschreckung auf der Drohung nuklearer Vergeltung.

2. Diese Drohung hat einen Krieg zwischen den USA und der UdSSR und auch militärische Konflikte, die das Risiko eines solchen Krieges in sich bergen (z. B. in Europa), verhindert.

3. Die Intensität des politischen Gegensatzes zwischen den USA und der UdSSR, zwischen dem westlichen und dem östlichen Bündnis-system, ließ einen militärischen Konflikt nie ganz so unwahrscheinlich erscheinen, wie es die konkreten Konsequenzen nuklearer Vergeltung erfordern würden. Nukleare Angst ist dadurch eines der beherrschenden Merkmale der westlichen Kultur geworden.

4. Die Suche nach Auswegen aus diesem Dilemma kennzeichnet die strategische und politische Entwicklung der Ära nuklearer Abschreckung — sei es in der Entwicklung der strategischen Doktrinen, der wachsenden Akzentuierung nicht-nuklearer Verteidigung, sei es in Rüstungskontrolle oder ABM.

5. Die technologische Entwicklung hat bisher diese Form der Abschreckung nicht nur begünstigt, sondern erzwungen; alle Versuche, einen dauerhaften Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, scheiterten bisher daran, daß ihre Voraussetzungen durch die Entwicklungsdominanz der Offensivwaffentechnologien untergraben wurden.

6. Der sich abzeichnende Wandel zur Entwicklungsdominanz nicht-nuklearer, defensiver Waffentechnologien könnte das Grundproblem nuklearer Abschreckung auflösen.

7. Dieser Prozeß ist langfristig und wird sich über Jahrzehnte erstrecken.

8. Er ist mit großen Unsicherheiten verbunden und kann zur Verschärfung der Rüstungskonkurrenz, zu erhöhten Verteidigungslasten, zusätzlichen Belastungen von Rüstungskontrollverhandlungen, zur Steigerung politischer Konflikte führen. Auf welche Weise die politischen Folgen dieses Transformationsprozesses gesteuert werden, wird für lange Zeit Mittelpunkt des strategischen Verhältnisses USA — UdSSR bleiben.

9. Langfristig wird sich der Umrüstungsprozeß auch unter Präsidenten der demokratischen Partei durchsetzen, die möglicherweise Verteidigungsfragen einen geringeren Rang beimessen werden als die gegenwärtige Regierung der USA.

10. Dieser Prozeß wird sich auch unter demokratischen Präsidenten deswegen durchsetzen, weil die, wenn auch nur langfristig realisierbare Möglichkeit zur effektiven Flächenverteidigung der USA (also auch der Bevölkerungszentren) die Fortgeltung von Strategien „gesicherter Zerstörung“ öffentlich zunehmend inakzeptabel machen wird.

11. Weil die Schwerpunktentscheidungen nukleartechnologischer Forschung und Entwicklung „synergistischen“ (sich gegenseitig verstärkenden) Prozessen unterliegen, werden alle militärischen Forschungs- und Technologieprogramme zunehmend auf ihre defensiven Möglichkeiten hin, wenn nicht angelegt, so doch auch untersucht werden.

12. Im Verlauf dieses Prozesses wird sich der Charakter nuklearer Offensivwaffen grundsätzlich verändern, z. B. durch die Entwicklung agiler, überschallschneller, sich passiv verteidigender Cruise Missiles sehr großer Reichweite, wie auch der Charakter der See-, Land- und Luftstreitkräfte insgesamt.

13. Es werden extreme Spannungen in der Streitkräfteentwicklung auftreten, besonders aber im Bereich von Doktrin und Strategie.

14. Die UdSSR, die in den siebziger Jahren diesen Prozeß wesentlich stimuliert hat, wird sich dessen Konsequenzen nicht entziehen können: Sie hat einen Rüstungswettlauf in einem Bereich begonnen, im dem die USA durch ihre technologische Leistungsfähigkeit begünstigt sind.

15. Die Entwicklung defensiver Waffensysteme hat weitreichende Folgen für die Nuklearrüstung Frankreichs und Großbritanniens: Ihre nuklearen Waffensysteme stellen eine zusätzliche, schwerwiegende Belastung für die Forderung an die Leistungsfähigkeit

sowjetischer ABM-Systeme dar; sobald allerdings die UdSSR *effektive* Systeme in Dienst stellen kann, die auf der Erzeugung hochenergetischer, gerichteter Strahlung beruhen, werden deren ballistische Raketenwaffen zunehmend „marginalisiert“ werden.

16. Die Möglichkeit der Bekämpfung von Gefechtsköpfen ballistischer Raketen sind nicht auf Raketen interkontinentaler Reichweite beschränkt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die ABM-Entwicklung im Laufe der achtziger Jahre auch die Fragen der europäischen Verteidigung einbeziehen wird.

17. Es ist wahrscheinlich, daß Ende der achtziger Jahre ein Prototyp für ein „Kombiniertes“ ABM-System und auch Satellitenverteidigungssysteme erprobt werden können; im Verlauf der neunziger Jahre wird möglicherweise ein weltraumgestütztes HEL-Waffensystem erprobt werden können und eine Anzahl von Laserwaffen taktisch-operativer Anwendung (z. B. Luftverteidigung) ihre anfängliche Operationsreife erlangen.

### **Daniel Frei: Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/83, S. 3—33

„Frieden schaffen ohne Waffen“ — geht das? Laut der vorherrschenden Meinung der aktuellen Friedensbewegung könnte Gewaltverzicht in dreifacher Weise dem Frieden dienen: 1. durch einseitige Abrüstung, 2. durch Soziale Verteidigung, 3. durch abgestuftes Entgegenkommen. Jeder dieser drei Ansätze wird zunächst aus der Sicht seiner Vertreter dargestellt und dann kritisch geprüft. Die verfügbaren theoretischen und empirischen Befunde ergeben, daß sie ihr Ziel (Abhaltung oder Vertreibung eines Aggressors, Herbeiführung von Entspannung und Frieden) nicht zu erreichen vermögen, sondern z. T. sogar noch gefährden. Sie lenken wertvolle idealistische Motivationskräfte ins Abseits, statt sie der eigentlichen Aufgabe der Menschheit zugute kommen zu lassen: der Schaffung eines globalen Systems der friedlichen Konfliktlösung.

### **Heinz Magenheimer: Regionalisierung eines Nuklearkrieges in Europa?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/83, S. 24—30

Im Zuge der Diskussion über den „Nachrüstungsbeschluß“ der NATO vom 12. Dezember 1979 kam es nicht zuletzt zu Stellungnahmen zum Fragenkomplex, inwieweit die Aufstellung von Mittelstreckensystemen auf westlicher Seite die Gefahr eines auf Europa bezogenen Kernwaffenkrieges erhöhe. Hierbei wurden sehr unterschiedliche Positionen bezogen, die von einer Bejahung bis zu einer vorsichtigen Verneinung reichten. Auf westlicher Seite hat man es oft unterlassen, die Frage der eurostrategischen Waffen in den Gesamtrahmen der strategischen Doktrin der USA einzuordnen. Diese Doktrin hatte schon seit der Formulierung der „Flexible Response“, besonders aber seit dem „Schlesinger-Konzept“ von 1974, großes Augenmerk auf die „Begrenzung“ eines atomaren Konflikts zum Zwecke der Schadensverringerung und einer möglichst raschen Kriegsbeendigung gelegt. Die geplante Aufstellung von 572 Mittelstreckensystemen dient daher nicht der Führung eines begrenzten Nuklearkrieges unter Schonung des amerikanischen Kernlandes, sondern vielmehr zur Verklammerung der strategischen und eurostrategischen Arsenale, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung nicht allein von den strategischen Waffen der USA abhängig zu machen. Keinesfalls wird durch die TNF-Nachrüstung eine westliche „Erstschlagsoption“ angestrebt, wie von sowjetischer Seite oftmals behauptet wird, da u. a. hierzu die Cruise Missiles technisch und operativ gar nicht in der Lage wären.

Wenn auch die sowjetische Doktrin eine Begrenzung eines einmal ausgebrochenen Nuklearkrieges offiziell für unrealistisch erklärt, gibt es dennoch in der Fachliteratur Formulierungen, die eine solche Begrenzung nicht völlig von der Hand weisen. Es hängt viel davon ab, ob man die absichtliche Schonung sowjetischen Territoriums als Angebot einer „Kriegsbegrenzung“ auffassen will. Die Bedeutung der amerikanischen TNF liegt aber vielmehr in der Option, die von einem massiven Einsatz gegen die nachzuführenden Verbände der zweiten strategischen Staffel des Warschauer Paktes im Falle eines Großangriffes gegen Westeuropa ausgeht; diese Option gilt auch unter konventionellen Voraussetzungen. Diese als „Rogers-Plan“ bekanntgewordene Variante könnte wesentlich zur Hebung der atomaren Schwelle beitragen.

## **René Herrmann: ABM in den achtziger Jahren. Technische Möglichkeiten und strategische Zwänge**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/83, S. 31—45

1972 wurde der ABM-Vertrag zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossen. Er gilt bis heute als die bedeutendste Rüstungsbegrenzungsmaßnahme nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Voraussetzungen, die seinen Abschluß ermöglichten, haben sich jedoch grundlegend gewandelt. Landgestützte strategische Offensivwaffen werden zunehmend verwundbar durch die rasche Entwicklung besonders derjenigen Technologien, die die Zielgenauigkeit ballistischer Raketen verbessern. Ohne die ABM-Verteidigung landgestützter Interkontinentalraketen kann deren Überlebensfähigkeit nicht mehr gesichert werden. Im Verlauf der siebziger Jahre hat auch die Entwicklung der für ABM-Systeme grundlegenden Technologien große Fortschritte gemacht. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Möglichkeit der nicht-nuklearen Bekämpfung nuklearer Interkontinentalraketen. Dazu gehören auch Systeme, die auf der Anwendung gerichteter, hochenergetischer Strahlung beruhen. Die sich somit abzeichnende Überwindung der strategischen Vorherrschaft von Nuklearsystemen wird sich noch nicht in den achtziger Jahren vollziehen. Die ersten Rückwirkungen dieser Entwicklung werden aber bereits im Verlauf der achtziger Jahre bemerkbar werden. Dazu gehört nicht zwangsläufig die Kündigung des ABM-Vertrags, denn dieser Vertrag versperrt nicht diese Entwicklung, sondern kanalisiert sie.